

No. 54864*

—

**Germany
and
Turkmenistan**

Agreement between the Federal Republic of Germany and Turkmenistan for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital (with Protocol). Berlin, 29 August 2016

Entry into force: *28 November 2017 by the exchange of the instruments of ratification, in accordance with article 32*

Authentic texts: *German, Russian and Turkmen*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 22 January 2018*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

—

**Allemagne
et
Turkménistan**

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Turkménistan tendant à éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole). Berlin, 29 août 2016

Entrée en vigueur : *28 novembre 2017 par l'échange des instruments de ratification, conformément à l'article 32*

Textes authentiques : *allemand, russe et turkmène*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Allemagne, 22 janvier 2018*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

Abkommen

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland

und

Turkmenistan

zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf
dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und
vom Vermögen

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Turkmenistan -

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Vertragsstaaten zu fördern -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2
Unter das Abkommen fallende Steuern

- (1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.
- (2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung

beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Gewerbesteuer
einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in Turkmenistan:

die Gewinnsteuer (Einkommensteuer) für juristische Personen,
die Einkommensteuer für natürliche Personen und
die Vermögensteuer
(im Folgenden als „turkmenische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) umfasst der Ausdruck „Turkmenistan“ das Hoheitsgebiet von Turkmenistan, auf dem Turkmenistan seine souveränen Rechte und Hoheitsbefugnisse entsprechend dem Völkerrecht ausübt;
- b) umfasst der Ausdruck „die Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder Turkmenistan;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf Turkmenistan

alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit Turkmenistans besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Turkmenistan geltenden Recht errichtet worden sind;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in Turkmenistan das Ministerium der Finanzen und der Staatliche Hauptsteuerdienst oder ihr bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4
Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstatt,

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen und

g) ein Auslieferungslager.

(3) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst auch

- a) eine Bauausführung, Montage oder Überwachungstätigkeit in Zusammenhang damit, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet, und
 - b) eine Einrichtung zur Erkundung von Bodenschätzen oder damit verbundene Überwachungstätigkeiten oder einen Bohrturm oder ein Bohrschiff zur Erkundung von Bodenschätzen, wenn ihre Nutzung oder diese Tätigkeit die Dauer von zwölf Monaten überschreitet.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
 - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung unterhalten werden;
 - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
 - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
 - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
 - f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben,

vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels wird ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats, außer bei Rückversicherungen, so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es im Gebiet des anderen Staates durch eine Person, die kein unabhängiger Vertreter nach Absatz 7 ist, Prämien einzieht oder dort gelegene Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln und in ihren kaufmännischen und finanziellen Beziehungen zu dem Unternehmen an keine vereinbarten oder auferlegten Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Personen gewöhnlich miteinander vereinbaren würden.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so

können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Dieser Artikel gilt auch für die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft. Er erstreckt sich auch auf Vergütungen, die ein Gesellschafter einer Personengesellschaft von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft, für die

Gewährung von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezieht, wenn diese Vergütungen nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, den Einkünften des Gesellschafters aus dieser Betriebsstätte zugerechnet werden.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Für Zwecke dieses Artikels beinhaltet der Begriff „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ auch die Gewinne aus der

- a) gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9
Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser

Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt Folgendes:

a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung Turkmenistans, die Zentralbank von Turkmenistan oder an die staatliche Außenwirtschaftsbank von Turkmenistan gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;

b) Zinsen, die aus Turkmenistan stammen und für ein durch Gewährleistungen der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen oder an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH gezahlt werden, sind von der turkmenischen Steuer befreit.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 können Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und die Zinszahlung

a) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit steht, oder

b) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit steht.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(6) Die Absätze 1 bis 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt

werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(8) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, darf diese Steuer 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem

Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen - direkt oder indirekt - überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14
Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können. Hält sich eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person insgesamt länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahrs beginnt oder endet, im anderen Vertragsstaat auf, gilt sie für diese Zwecke als eine Person, der im anderen Vertragsstaat gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht; die Einkünfte aus den oben genannten Tätigkeiten, die im anderen Staat ausgeübt werden, können dieser festen Einrichtung zugerechnet werden. In diesem Fall können die der festen Einrichtung zuzurechnenden Einkünfte entsprechend den für die Ermittlung der Unternehmensgewinne und ihre Zurechnung zu einer Betriebsstätte geltenden Grundsätzen des Artikels 7 in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15
Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausge-

übt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Vertragsstaates oder eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(5) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

Artikel 19
Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder aus von diesem Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, ist der Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Vergütungen, die vom oder für das Goethe-Institut oder den Deutschen Akademischen Austauschdienst der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 15.

Artikel 20

Studenten

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar von der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21
Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22
Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Turkmenistan sowie die in Turkmenistan gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Turkmenistan besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in Turkmenistan ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die turkmenische Steuer angerechnet, die nach turkmenischen

Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in Turkmenistan besteuert werden können;
- ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 3 in Turkmenistan besteuert werden können;
- ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- gg) Einkünfte im Sinne des Artikels 17.

c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in Turkmenistan ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige Einkommen oder Vermögen zu berücksichtigen.
 - e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
 - aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder
 - bb) wenn die zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation mit der zuständigen Behörde von Turkmenistan auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die mitgeteilten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Mitteilung übermittelt wurde.
- (2) Bei einer in Turkmenistan ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Bezieht eine in Turkmenistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so gestattet Turkmenistan

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag anzurechnen, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht.

- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag anzurechnen, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht;

Diese anzurechnenden Beträge dürfen jedoch in keinem Fall den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

Einkünfte oder Vermögen einer in Turkmenistan ansässigen Person, die nach irgendeiner Bestimmung dieses Abkommens von der Besteuerung in Turkmenistan ausgenommen sind, können gleichwohl in Turkmenistan bei der Berechnung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen dieser dort ansässigen Person einbezogen werden.

Artikel 24 Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 8 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25
Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren,

gegebenenfalls durch eine gemeinsame Kommission, die aus ihnen oder ihren Vertretern besteht.

Artikel 26 Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung beziehungsweise Vollstreckung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung über Rechtsmittel hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Auskünfte in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(3) Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen gemäß Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches steuerliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

Artikel 27

Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amtshilfe ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Steueranspruch“ bedeutet einen Betrag, der auf Grund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats,

eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung diesem Abkommen oder anderen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten als Vertragsparteien angehören, nicht widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen und Kosten der Erhebung oder Sicherung.

(3) Ist der Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird vom anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung seiner eigenen Steuern erhoben, als handele es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch des anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der andere Staat leitet nach seinen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steueranspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen im erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Erhebung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Vorschriften über die vorrangige Behandlung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Ferner hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausgezahlt hat,

- a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, oder
- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und nach Wahl des anderen Staates setzt der erstgenannte Staat das Ersuchen entweder aus oder nimmt es zurück.

(8) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) widersprechen;

- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder Sicherung, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;
- d) Amtshilfe in Fällen zu leisten, in denen der Verwaltungsaufwand für diesen Staat in einem eindeutigen Missverhältnis zu dem Nutzen steht, den der andere Vertragsstaat dadurch erlangt.

Artikel 28

Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung

- (1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg erhoben, so wird vorbehaltlich anderer Regelungen in diesem Artikel das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.
- (2) Jeder Vertragsstaat wird Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach diesem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.
- (3) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.
- (4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 29

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden.

(2) Führen die Bestimmungen des Absatzes 1 zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 30

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 31

Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 32
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 24. November 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan außer Kraft und ist nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das neue Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das neue Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 33
Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

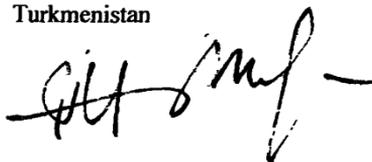
Maßgebend für die Wahrung des Kündigungstermins ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Berlin am 29. August 2016 in zwei Urschriften, jede in deutscher, turkmenischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des turkmenischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Für die
Bundesrepublik Deutschland



Für
Turkmenistan



Protokoll

zum Abkommen

zwischen der

Bundesrepublik Deutschland

und

Turkmenistan

zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet

der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

vom 29. August 2016

Anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe b:

Die Einkommensteuer für natürliche Personen umfasst die Patentabgabe, die in Turkmenistan von dort unternehmerisch tätigen natürlichen Personen als fester Betrag oder erlösabhängig erhoben wird.

2. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.

- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.

- d) Kein Abzug wird für Beträge zugelassen, die von der Betriebsstätte (außer zur Erstattung tatsächlicher Ausgaben) an das Stammhaus oder an eine andere Geschäftsstelle dieses Unternehmens gezahlt werden oder der Betriebsstätte vom

Stammhaus oder von einer anderen Geschäftsstelle dieses Unternehmens in Rechnung gestellt werden in Form von

- aa) Lizenzgebühren, Gebühren oder anderen Vergütungen für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten,
- bb) Vergütungen für besondere Dienstleistungen oder Managementleistungen oder
- cc) Zinsen für ein der Betriebsstätte gewährtes Darlehen, sofern es sich nicht um Bankinstitute handelt.

3. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) nach dem Recht des Staates, aus dem sie stammen, besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind.

4. Zu Artikel 19:

Artikel 19 findet im Fall der Bundesrepublik Deutschland auch auf Löhne und Gehälter Anwendung, die von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts gezahlt werden, sofern diese ihren Status entsprechend nachweist.

5. Zu Artikel 26:

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die

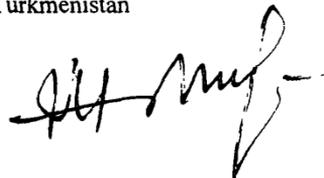
zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Für die
Bundesrepublik Deutschland



Für
Turkmenistan



Соглашение

между

Федеративной Республикой Германия

и

Туркменистаном

об

избежании двойного налогообложения

в отношении налогов на доходы и имущество

Федеративная Республика Германия

и

Туркменистан,

желая заключить Соглашение об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и на имущество и развивать экономическое сотрудничество между двумя Договаривающимися Государствами,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

(1) Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и имущество, взимаемым от имени Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, независимо от способа и метода их взимания.

(2) Налогами на доходы и имущество считаются любые налоги, которые взимаются с совокупного дохода, совокупного имущества или частей дохода или

имущества, включая налоги с прибыли от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги с общих сумм заработной платы или вознаграждений, выплачиваемых предприятиями, а также налоги с прироста имущества.

(3) К действующим в настоящее время налогам, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, в частности, относятся:

а) в Федеративной Республике Германия:

 подходный налог,
 налог с корпораций,
 промышленный налог,
 включая налоговые надбавки к ним
 (далее именуемые „германские налоги“);

б) в Туркменистане:

 налог на прибыль (доход) юридических лиц,
 налог на доходы физических лиц и
 налог на имущество
 (далее именуемые „налоги Туркменистана“).

(4) Настоящее Соглашение применяется также к любым подобным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга о существенных изменениях, внесенных в их налоговые законы.

Статья 3

Общие определения

- (1) Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:
- a) термин „Туркменистан“ охватывает территорию Туркменистана, над которой Туркменистан осуществляет свои суверенные права и юрисдикцию согласно международному праву;
 - b) термин „Федеративная Республика Германия“ охватывает территорию Федеративной Республики Германия, а также прилегающий к территориальному морю район морского дна, его недр, а также расположенной над ними водной толщи, в котором Федеративная Республика Германия в соответствии с международным правом и национальным законодательством осуществляет суверенные права и юрисдикцию в целях разведки, разработки, сохранения природных ресурсов, как живых, так и неживых, а также в целях управления ими;
 - c) термины „Договаривающееся Государство“ и „другое Договаривающееся Государство“ означают Федеративная Республика Германия или Туркменистан, в зависимости от контекста;
 - d) термин „лицо“ включает физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;
 - e) термин „компания“ означает юридическое лицо или правовой субъект, который для целей налогообложения рассматривается как юридическое лицо;
 - f) термины „предприятие Договаривающегося Государства“ и „предприятие другого Договаривающегося Государства“ соответственно означают предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом

Договаривающегося Государства, или предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом другого Договаривающегося Государства;

g) термин „международные перевозки“ означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием с местом фактического руководящего органа в Договаривающемся Государстве, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договаривающемся Государстве;

h) термин „национальное лицо“ означает:

aa) применительно к Федеративной Республике Германия:

любого немца в понимании Основного закона Федеративной Республики Германия, а также любое юридическое лицо, товарищество и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Федеративной Республике Германия законодательством;

bb) применительно к Туркменистану:

любое физическое лицо, имеющее гражданство Туркменистана, а также любое юридическое лицо, товарищество и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Туркменистане законодательством;

i) термин „компетентный орган“ означает:

aa) применительно к Федеративной Республике Германия - Федеральное министерство финансов или орган, которому оно передало свои полномочия;

bb) применительно к Туркменистану - Министерство финансов Туркменистана и Главная государственная налоговая служба Туркменистана или их полномочный представитель.

(2) Если из контекста не вытекает иное, то при применении Договаривающимся Государством настоящего Соглашения любой не определенный в Соглашении термин имеет то значение, которое в период действия настоящего Соглашения ему придает законодательство этого Государства о налогах, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, причем значение согласно применяемому в этом Государстве налоговому законодательству преобладает над каким-либо значением, которое термин имеет в соответствии с другой правовой отраслью данного Государства.

Статья 4

Резидент

(1) Для целей настоящего Соглашения термин „резидент Договаривающегося Государства“ означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основе своего местожительства, своего постоянного местопребывания, места нахождения своего руководящего органа или иного аналогичного критерия, включая также само это Государство, его земли и их административно-территориальные образования. Указанный термин не распространяется, однако, на лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении имущества, расположенного в этом Государстве.

(2) В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, действуют следующие положения:

- а) лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом только того Государства, с которым оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
 - б) в случае, если не может быть определено, в каком Государстве лицо имеет центр жизненных интересов, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно обычно проживает;
 - с) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, гражданином которого оно является;
 - д) если лицо является гражданином обоих Государств или ни одного из них, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию.
- (3) В случае, если в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи лицо, иное, чем физическое лицо, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположено место нахождения его фактического руководящего органа.

Статья 5

Постоянное представительство

- (1) Для целей настоящего Соглашения термин „постоянное представительство“ означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое деятельность предприятия осуществляется полностью или частично.
- (2) Термин „постоянное представительство“ в частности, включает:
- a) место управления;
 - b) отделение;
 - c) офис;
 - d) фабрику;
 - e) мастерскую;
 - f) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место разработки природных ресурсов и
 - g) помещение, используемое для сбыта продукции.
- (3) Термин „постоянное представительство“ содержит также:
- a) строительную площадку либо строительный или монтажный или сборочный объект, или надзорную деятельность, связанную с упомянутыми объектами, если такая площадка или объект или надзорная деятельность существуют более 12 месяцев;

b) установку или сооружение, используемые для разведки природных ресурсов, или услуги, связанные с наблюдением за выполнением этих работ, или буровую установку или судно, используемые для разведки природных ресурсов, если такое использование или такие услуги продолжаются в течение более 12 месяцев.

(4) Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, постоянным представительством не считаются:

a) объекты, используемые исключительно в целях хранения или демонстрации изделий или товаров, принадлежащих предприятию;

b) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях хранения или демонстрации;

c) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях обработки или переработки их другим предприятием;

d) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях закупки для предприятия изделий или товаров либо сбора информации для него;

e) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления для предприятия любых иных видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;

f) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления видов деятельности, перечисленных в подпунктах а) - е) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого

совокупная деятельность данного постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

(5) Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 7 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договариваемом Государстве полномочие на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет в нем данное полномочие, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как имеющее постоянное представительство в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное представительство.

(6) Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, страховое предприятие Договариваемого Государства, кроме случаев перестрахования, будет считаться имеющим постоянное представительство в другом Договариваемом Государстве, если оно собирает страховые премии на территории этого другого Государства или осуществляет страхование от возможного там риска через лицо, не являющееся агентом с независимым статусом в соответствии с пунктом 7 настоящей статьи.

(7) Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное представительство в Договариваемом Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента, если такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности и условия деловых и финансовых отношений, согласованных между ними или возложенных на них, не отличаются от тех, которые независимые лица обычно имеют между собой.

(8) Тот факт, что компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства или осуществляет в нем свою деятельность (либо через постоянное представительство, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное представительство другой.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

(1) Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доходы от предприятий сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Термин „недвижимое имущество“ имеет то значение, которое он имеет по законодательству того Договаривающегося Государства, в котором расположено данное имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства о земельных участках, права пользования недвижимым имуществом и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов; морские и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

(3) Положения пункта 1 настоящей статьи применяются к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

(4) Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, предназначенного для целей оказания независимых личных услуг.

Статья 7

Прибыль от предпринимательской деятельности

(1) Прибыль предприятия Договаривающегося Государства может облагаться налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное представительство. Если предприятие осуществляет свою деятельность упомянутым образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая относится к этому постоянному представительству.

(2) В случае, если предприятие Договаривающегося Государства осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное представительство, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному представительству относятся суммы прибыли, которые оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным предприятием и действуя полностью независимо в отношениях с предприятием, постоянным представительством которого оно является.

(3) При исчислении прибыли постоянного представительства допускается вычет расходов, понесенных для нужд такого постоянного представительства, включая управленческие и общеадминистративные расходы, независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное представительство, или где-либо в другом месте.

(4) Если в Договариваемом Государстве принято исчислять прибыль, относящуюся к постоянному представительству, путем распределения совокупной суммы прибыли предприятия на его отдельные подразделения, то положения пункта 2 настоящей статьи не исключают то, чтобы это Договариваемое Государство исчисляло облагаемую налогом прибыль в соответствии с принятым методом распределения; выбранный метод распределения должен давать результаты, соответствующие принципам, содержащимся в настоящей статье.

(5) Никакая прибыль не относится к постоянному представительству на основании лишь закупки этим постоянным представительством товаров или изделий для предприятия.

(6) При применении положений предыдущих пунктов настоящей статьи прибыль, относящаяся к постоянному представительству, каждый год должна быть исчислена одним и тем же методом, если только не имеется достаточно веских причин действовать по иному.

(7) Положения настоящей статьи применяются также к доходам от участия в товариществе. Ее действие также распространяется на вознаграждения, которые получает участник товарищества от данного товарищества за свою деятельность в интересах товарищества, за предоставление кредитов (займов) или передачу хозяйственных ценностей, если указанные вознаграждения согласно налоговому законодательству того Договариваемого Государства, в котором расположено постоянное представительство, относятся к доходам, получаемым участником от этого постоянного представительства.

(8) Если прибыль включает доходы, рассматриваемые в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих других статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Морской и воздушный транспорт

(1) Прибыль от использования морских или воздушных судов в международных перевозках может облагаться налогом только в том Договариваемом Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия.

(2) Для целей настоящей статьи термин „прибыль от эксплуатации морских или воздушных судов в международных перевозках“ включает также суммы прибыли от:

- а) нерегулярной сдачи внаем порожних морских или воздушных судов и
- б) использования или сдачи внаем контейнеров (включая трейлеры и принадлежащее к ним оборудование, предназначенное для контейнерного транспорта),

если такие виды деятельности относятся к эксплуатации морских или воздушных судов в международных перевозках.

(3) Если место фактического руководящего органа предприятия морского транспорта находится на борту судна, то оно считается расположенным в том Договариваемом Государстве, в котором находится порт приписки судна, или, при отсутствии порта приписки, в Договариваемом Государстве, резидентом которого является лицо, эксплуатирующее данное судно.

(4) Положения пункта 1 настоящей статьи также распространяются на прибыль от участия в пуле, в совместной деятельности или в международном транспортном агентстве.

Статья 9

Ассоциированные предприятия

(1) В случае, если:

а) предприятие Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства или

б) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в указанных случаях оба предприятия в их коммерческих или финансовых отношениях обязаны соблюдать согласованные или возложенные на них условия, отличающиеся от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то прибыль, которая могла бы быть получена одним из предприятий без таких условий, но не была получена в силу этих условий, может быть отнесена к прибыли данного предприятия и соответственно обложена налогом.

(2) Если в Договаривающемся Государстве к прибыли предприятия этого Государства относятся и соответственно подлежат налогообложению суммы прибыли, в отношении которых предприятие другого Договаривающегося Государства подлежало налогообложению в этом другом Государстве, и если речь в отношении отнесенных сумм прибыли идет о суммах, которые могли бы быть получены предприятием первого упомянутого Государства при совпадении условий, согласованных между указанными предприятиями, с условиями, которые были бы согласованы между независимыми предприятиями, то другое Государство производит соответствующую поправку взимаемого в нем налога с таких сумм прибыли. При такой поправке должны быть соблюдены остальные положения

настоящего Соглашения; в случае необходимости компетентные органы Договаривающихся Государств вступают во взаимные консультации.

Статья 10

Дивиденды

(1) Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Однако, указанные дивиденды могут также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором компания, выплачивающая дивиденды, является резидентом, в соответствии с его законодательством; но если правообладатель дивидендов является резидентом другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать:

- а) 5 процентов от валовой суммы дивидендов, если правообладателем является компания (за исключением товарищества), которая непосредственно располагает не менее чем 25 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании;
- б) 15 процентов от валовой суммы дивидендов во всех иных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении сумм прибыли, из которых выплачиваются дивиденды.

(3) Употребляемый в настоящей статье термин „дивиденды“ означает доходы по акциям, по правам или сертификатам на участие в прибыли, по акциям горнодобывающей промышленности, по учредительским паям или прочие доходы, которые по законодательству Государства, резидентом которого является компания,

распределяющая прибыль, приравниваются в налоговом отношении к доходам по акциям, а также суммы прибыли, распределяемые по сертификатам паевого инвестиционного фонда.

(4) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и долевое участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с таким постоянным представительством или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

(5) В случае если компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, извлекает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией, за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с расположенными в этом другом Государстве постоянным представительством или постоянной базой, ни облагать суммы прибыли такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Статья 11

Проценты

(1) Проценты, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Однако, указанные проценты могут также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; но если правообладатель процентов является резидентом другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать 10 процентов от валовой суммы процентов.

(3) Несмотря на положения пункта 2 настоящей статьи действуют следующие положения:

а) суммы процентов, которые возникли в Федеративной Республике Германия и выплачиваются Правительству Туркменистана, Центральному банку Туркменистана или Государственному банку внешнеэкономической деятельности Туркменистана, освобождаются от германских налогов;

б) суммы процентов, которые возникли в Туркменистане и выплачиваются по кредитам (займам), гарантированным Федеративной Республикой Германия в связи с экспортом или прямыми иностранными инвестициями, или выплачиваются Правительству Федеративной Республики Германия, Немецкому федеральному банку, Кредитному институту по восстановлению экономики (KfW), Германскому обществу инвестиций и развития (DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH), освобождаются от налогов Туркменистана.

(4) Несмотря на положения пункта 2 настоящей статьи, проценты в понимании пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в Договариваемом Государстве, резидентом которого является получатель, если получатель сумм процентов является их правообладателем и выплата процентов:

а) связана с продажей промышленного, коммерческого или научного оборудования в кредит, или

б) связана с продажей предприятием другому предприятию товаров в кредит.

(5) Употребляемый в настоящей статье термин „проценты“ означает доходы от долговых требований любого вида, включая и случаи, когда требования обеспечены залоговым правом на земельные участки, и, в частности, доходы по государственным займам и облигациям, включая связанные с ними премии, а также выигрыши по выигрышным займам. Пени за несвоевременную выплату не считаются процентами в понимании настоящей статьи.

(6) Положения пунктов 1 – 4 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договариваемого Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договариваемом Государстве, в котором проценты возникли, через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и долговое требование, по которому выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному представительству или такой постоянной базе. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

(7) Проценты считаются возникшими в Договариваемом Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство, одна из его земель или одно из их административно-территориальных образований, либо резидент этого Государства. Однако, если плательщик процентов, независимо от того, является ли

он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное представительство или постоянную базу, и если задолженность, по которой выплачиваются проценты, образовалась для нужд постоянного представительства или постоянной базы, и если расходы по выплате процентов несут постоянное представительство или постоянная база, то проценты считаются возникшими в том Государстве, в котором расположены постоянное представительство или постоянная база.

(8) Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма процентов относительно долгового требования, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 12

Роялти

(1) Роялти, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Указанные роялти могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; если, однако, правообладатель роялти является резидентом другого Государства, то налог не должен превышать 10 процентов от валовой суммы роялти.

(3) Употребляемый в настоящей статье термин „роялти“ означает вознаграждения любого вида, которые выплачиваются за использование либо предоставление права использования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, патенты, торговые знаки, образцы или модели, схемы, секретные формулы или технологии, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта. Термин „роялти“ также включает вознаграждения любого вида за использование либо предоставление права использования имен, портретов либо иных аналогичных личных прав, а также выплаты за запись представлений артистов и спортсменов, произведенную радио- или телекомпаниями.

(4) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникли роялти, предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых производятся роялти, реально связаны с таким постоянным представительством или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

(5) Роялти считаются возникшими в Договаривающемся Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство, одна из его земель или одно из их административно-территориальных образований, либо резидент этого Государства. Если, однако, плательщик роялти, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное представительство или постоянную базу, и если обязательство выплачивать такие роялти было принято для нужд постоянного представительства или постоянной базы, и если постоянное представительство или постоянная база несут расходы по выплате роялти, то такие платежи считаются возникшими в том

Государстве, в котором расположены постоянное представительство или постоянная база.

(6) Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма роялти относительно объема услуг, лежащих в их основе, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 13

Прибыль от отчуждения имущества

(1) Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, находящегося в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Прибыль от отчуждения акций и прочих долей участия в компании, активы которой преимущественно, прямо или косвенно состоят из недвижимого имущества, расположенного в Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом Государстве.

(3) Прибыль от отчуждения движимого имущества, представляющего собой активы постоянного представительства, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящегося к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, включая такие суммы прибыли, которые извлекаются в связи с отчуждением такого

постоянного представительства (отдельно или вместе с остальным предприятием) или такой постоянной базы, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

(4) Прибыль от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках, а также движимого имущества, связанного с эксплуатацией таких морских или воздушных судов, может облагаться налогом только в том Договариваемом Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия.

(5) Прибыль от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 – 4 настоящей статьи, может облагаться налогом только в Договариваемом Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее это имущество.

Статья 14

Независимые личные услуги

(1) Доходы, получаемые резидентом Договариваемого Государства от оказания профессиональных услуг или другой деятельности независимого характера, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только он не имеет в другом Договариваемом Государстве регулярно доступную постоянную базу для осуществления своей деятельности. Если он имеет такую постоянную базу, то доходы могут облагаться налогом в этом другом Государстве, но только в той части, которая может быть отнесена к этой постоянной базе. Если физическое лицо, являющееся резидентом Договариваемого Государства, пребывает в другом Договариваемом Государстве в течение периода или периодов, превышающих в общей сложности 183 дня в любом двенадцатимесячном периоде, начинающем или заканчивающем в соответствующем налоговом году, то оно считается имеющим регулярно доступную постоянную базу в этом другом Государстве, и доходы от осуществления в этом другом Государстве упомянутой выше деятельности могут быть отнесены к этой постоянной базе. В таком случае доходы, относящиеся к

постоянной базе, могут облагаться налогом в этом другом Государстве в соответствии с принципами, аналогичными тем, которые изложены в статье 7 настоящего Соглашения для исчисления суммы предпринимательской прибыли и ее отнесения к постоянному представительству.

(2) Термин „профессиональные услуги“ включает, в частности, независимо осуществляемую научную, литературную, воспитательную или преподавательскую деятельность, независимо осуществляемую деятельность в области искусств, а также независимую деятельность врачей, стоматологов, адвокатов, инженеров, архитекторов и экспертов в области бухгалтерского дела.

Статья 15

Работа по найму

(1) С учетом положений статей 16 – 19 настоящего Соглашения жалование, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от работы по найму, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только работа не выполняется в другом Договаривающемся Государстве. Если работа выполняется в нем, то полученные в этой связи вознаграждения могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

- а) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и

- b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства, и
 - c) расходы по выплате вознаграждений не несут постоянное представительство или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Государстве.
- (3) Положения пункта 2 настоящей статьи не применяются к вознаграждениям в связи с работой наемных работников в рамках коммерческой деятельности по предоставлению рабочей силы.
- (4) Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществляется на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого в международных перевозках, могут облагаться налогом в том Договариваемом Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия, эксплуатирующего морское или воздушное судно.

Статья 16

Вознаграждения членам наблюдательных советов и советов директоров

Вознаграждения членам наблюдательных советов или советов директоров и аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договариваемого Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договариваемого Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 17

Артисты и спортсмены

(1) Несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве артиста-исполнителя, такого, как артиста театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, а также в качестве спортсмена от его лично осуществляемой деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) В случае, если доходы от осуществляемой лично артистом или спортсменом в таком своем качестве деятельности начисляются не самому артисту или спортсмену, а иному лицу, то эти доходы, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором артист или спортсмен осуществляет свою деятельность.

(3) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляемой артистами или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их пребывание в этом Государстве полностью или преимущественно финансируется за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, либо организацией, признанной в этом другом Государстве общественно полезной (благотворительной). В таком случае доходы могут облагаться только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является артист или спортсмен.

Статья 18

Пенсии, ренты и аналогичные выплаты

(1) С учетом положений пункта 2 статьи 19 настоящего Соглашения пенсии и аналогичные выплаты или ренты, которые получает резидент Договаривающегося Государства из другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве.

(2) Выплаты, которые получает физическое лицо, являющееся резидентом Договаривающегося Государства, за счет обязательного социального страхования другого Договаривающегося Государства, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

(3) Периодические и единовременные выплаты, которые выплачивает Договаривающееся Государство или одно из его административно-территориальных образований резиденту другого Договаривающегося Государства в возмещение ущерба, понесенного вследствие политического преследования, в возмещение противозаконности или ущерба вследствие военных действий (включая компенсационные выплаты и пособия), обязательной военной или альтернативной гражданской службы, преступления, прививки или аналогичных событий, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи.

(4) Термин „рента“ означает определенную сумму, которая регулярно выплачивается в установленные сроки, пожизненно или на протяжении определенного либо определяемого периода времени, на основании обязательства, предусматривающего эти выплаты в качестве возмещения за адекватную услугу, предоставленную деньгами или материальными ценностями.

(5) Выплаты иждивенцам в качестве средств к существованию, включая алименты на детей, которые выплачивает резидент Договаривающегося Государства резиденту

другого Договаривающего Государства, освобождаются от налогообложения в этом другом Государстве. Настоящее положение не применяется, если эти выплаты в первом упомянутом Государстве подлежат вычету при исчислении совокупного налогооблагаемого дохода их плательщика; суммы, не облагаемые налогом в целях облегчения социального бремени, не считаются вычетом в понимании настоящего положения.

Статья 19

Государственная служба

(1)

- a) Жалованье, заработная плата и аналогичные вознаграждения, за исключением пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством, одной из его земель или одним из их административно-территориальных образований физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- b) Указанные вознаграждения могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если указанная служба осуществляется в этом другом Государстве и физическое лицо является резидентом данного Государства, а также:
 - aa) является национальным лицом данного Государства или
 - bb) стало резидентом данного Государства не только лишь в целях осуществления службы.

(2)

а) Пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством, одной из его земель или одним из их административно-территориальных образований, или за счет фонда, созданного этим Государством, одной из его земель или одним из их административно-территориальных образований, физическому лицу за службу, осуществленную для этого Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

б) Однако, указанные пенсии могут облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого другого Государства.

(3) В отношении вознаграждений и пенсий за услуги, оказываемые в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, применяются положения статей 15, 16, 17 или 18 настоящего Соглашения.

(4) Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках программы экономического сотрудничества Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований за счет средств, выделяемых исключительно этим Государством, этой землей или этим административно-территориальным образованием, специалистам или добровольным помощникам, направленным в другое Договаривающееся Государство с его согласия.

(5) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым со стороны или от имени Института Гете или Германской службы академических обменов Федеративной Республики Германия. Компетентные органы по взаимному согласию могут договориться о применении

соответствующего подхода к вознаграждениям иных аналогичных учреждений Договаривающихся Государств. Если указанные вознаграждения не облагаются налогом в государстве-учредителе учреждения, то действуют положения статьи 15 настоящего Соглашения.

Статья 20

Студенты

Выплаты, предназначенные для проживания, учебы или подготовки, которые получает студент, практикант или учащийся, находящийся в Договариваемом Государстве исключительно с целью учебы или подготовки и являющийся резидентом другого Договариваемого Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшийся таковым, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Иные доходы

(1) Доходы, получаемые резидентом Договариваемого Государства, которые не рассматривались в предыдущих статьях настоящего Соглашения, независимо от их происхождения могут облагаться налогом только в этом Государстве.

(2) Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества, если получатель, являющийся резидентом Договариваемого Государства, осуществляет в другом Договариваемом Государстве предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или

имущественные ценности, в отношении которых выплачиваются эти доходы, реально связаны с таким постоянным представительством или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

Статья 22

Имущество

(1) Недвижимое имущество, принадлежащее резиденту Договаривающегося Государства и расположенное в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Движимое имущество, представляющее собой активы постоянного представительства, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

(3) Морские или воздушные суда, эксплуатируемые в международных перевозках, а также движимое имущество, связанное с эксплуатацией таких морских или воздушных судов, могут подлежать налогообложению только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия.

(4) Все иные элементы имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 23

Устранение двойного налогообложения в государстве резидентства

(1) Применительно к резиденту Федеративной Республики Германия налоги устанавливаются следующим образом.

- а) Из налоговой базы германских налогов исключаются доходы из Туркменистана, а также расположенные в Туркменистане имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут облагаться налогом в Туркменистане и не подпадают под действие подпункта б) настоящего пункта.

Применительно к доходам от дивидендов предыдущие положения применяются только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компании (за исключением товарищества), являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Туркменистана, капитал которой принадлежит не менее чем на 25 процентов непосредственно германской компании, и если они не были вычтены при исчислении прибыли компании, выплачивающей дивиденды.

Для целей налогообложения имущества из налоговой базы германских налогов исключаются также долевые участия, дивиденды по которым, если бы они выплачивались, подлежали бы исключению из налоговой базы согласно положениям предыдущих частей настоящего подпункта.

- б) С учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов при обложении германскими налогами, взимаемыми с дохода, применительно к нижеприведенным доходам производится зачет налогов Туркменистана, уплаченных по этим доходам согласно законодательству Туркменистана и в соответствии с настоящим Соглашением:

- aa) дивидендам, не подпадающим под действие подпункта а) настоящего пункта;
 - bb) процентам;
 - cc) роялти;
 - dd) доходам, которые согласно пункту 2 статьи 13 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Туркменистане;
 - ee) доходам, которые согласно пункту 3 статьи 15 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Туркменистане;
 - ff) вознаграждениям членам наблюдательных советов и советов директоров;
 - gg) доходам в понимании статьи 17 настоящего Соглашения.
- с) В отношении доходов в понимании статей 7 и 10 настоящего Соглашения и имущественных ценностей, лежащих в их основе, вместо положений подпункта а) настоящего пункта применяются положения подпункта б) настоящего пункта, если резидент Федеративной Республики Германия не представляет подтверждения о том, что постоянное представительство в хозяйственном (отчетном) году, в котором оно извлекло прибыль, или компания, являющаяся резидентом Туркменистана, в хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получали свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 – 6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах; то же положение действует в отношении недвижимого имущества, предназначенного для нужд постоянного представительства, и доходов, извлеченных из него (пункт 4 статьи 6 настоящего Соглашения), а также в отношении сумм

прибыли от отчуждения данного недвижимого имущества (пункт 1 статьи 13 настоящего Соглашения) и движимого имущества, представляющего собой активы постоянного представительства (пункт 3 статьи 13 настоящего Соглашения).

- d) Однако, Федеративная Республика Германия оставляет за собой право в соответствии с положениями настоящего Соглашения учитывать доходы или имущественные ценности, изъятые из обложения германскими налогами, при установлении налоговой ставки, применяемой ей к остальным суммам дохода или имущества.
- e) Несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом b) настоящего пункта,
 - aa) если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям настоящего Соглашения или причисляются разным лицам (кроме случаев согласно статье 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения, и когда ввиду такого различного отнесения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не были бы подвергнуты налогообложению или были бы подвергнуты меньшему налогообложению, чем при отсутствии такого конфликта, либо
 - bb) если компетентный орган Федеративной Республики Германия после консультаций с компетентным органом Туркменистана уведомляет по дипломатическим каналам об иных доходах, к которым он предполагает применять метод налогового зачета согласно подпункту b) настоящего пункта. Двойное налогообложение в отношении указанных доходов устраняется путем налогового зачета согласно подпункту b) настоящего

пункта с первого дня календарного года, следующего за календарным годом, в котором было передано уведомление.

(2) Применительно к резиденту Туркменистана налоги устанавливаются следующим образом.

Если резидент Туркменистана получает доход или владеет имуществом, которые, согласно положениям настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, Туркменистан позволит:

- a) вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную налогу на доход, уплаченному в Федеративной Республике Германия;
- b) вычесть из налога на имущество этого резидента сумму, равную налогу на имущество, уплаченному в Федеративной Республике Германия.

Эти вычеты в любом случае не должны превышать часть налога с дохода или с имущества, подсчитанную до предоставления вычета, относящуюся к доходу или имуществу, которые могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, в зависимости от обстоятельств.

Если в соответствии с любым положением настоящего Соглашения полученный доход или имущество резидента Туркменистана освобождены от налога в Туркменистане, Туркменистан может, тем не менее, при подсчете суммы налога на остальную часть дохода или имущества этого резидента принять во внимание освобожденные от налога доход или имущество.

Статья 24
Недискриминация

(1) Национальные лица Договаривающегося Государства не могут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица этого другого Государства при тех же обстоятельствах, в частности в отношении резидентства. Несмотря на положения статьи 1 настоящего Соглашения, данное положение применяется также к лицам, не являющимся резидентами ни одного из Договаривающихся Государств.

(2) Лица без гражданства, являющиеся резидентами Договаривающегося Государства, не могут подвергаться ни в одном из Договаривающихся Государств налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица соответствующего Государства при тех же обстоятельствах.

(3) Налогообложение в отношении постоянного представительства, которое имеет предприятие Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся Государстве, в этом другом Государстве не может быть менее благоприятным, чем налогообложение в отношении предприятий этого другого Государства, осуществляющих ту же деятельность. Данное положение не должно истолковываться как обязывающее Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства не облагаемые налогом суммы, налоговые льготы или скидки, которые оно предоставляет только своим резидентам.

(4) В случаях, когда не подлежат применению положения пункта 1 статьи 9, пункта 8 статьи 11 или пункта 6 статьи 12 настоящего Соглашения, проценты, роялти и иные выплаты, которые производит предприятие Договаривающегося

Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этого предприятия на таких же условиях, как платежи, предназначенные резиденту первого упомянутого Государства. Соответственно долги, которые предприятие Договаривающегося Государства имеет по отношению к резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемого имущества этого предприятия на тех же условиях, как долги перед резидентом первого упомянутого Государства.

(5) Предприятия Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично, прямо или косвенно принадлежит резиденту другого Договаривающегося Государства или нескольким таким лицам, или контролируется ими, не могут подвергаться в первом упомянутом Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться аналогичные предприятия первого упомянутого Государства.

(6) Несмотря на статью 2 настоящего Соглашения, положения настоящей статьи применяются к налогам любого вида и наименования.

Статья 25

Процедура взаимного согласования

(1) Если лицо считает, что действия Договаривающегося Государства или обоих из них приводят или приведут к налогообложению по отношению к нему, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, без ущерба для правовых средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, а в случае, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 24 настоящего

Соглашения, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действии, приведшем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

(2) Если компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии прийти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутое путем согласования урегулирование должно выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

(3) Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранять по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также консультироваться о том, как избежание двойного налогообложения может быть достигнуто в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

(4) Компетентные органы Договаривающихся Государств могут вступать в прямые контакты друг с другом, включая создание совместной комиссии, членами которой могут быть сами компетентные органы или их представители, для достижения согласия в понимании предыдущих пунктов настоящей статьи.

Статья 26

Обмен информацией

(1) Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются информацией, которая может считаться существенной для осуществления

настоящего Соглашения или для администрирования и исполнения национального законодательства в отношении налогов любого вида или наименования, взимаемых от имени Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, в той части, в какой налогообложение по этому законодательству не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статей 1 и 2 настоящего Соглашения.

(2) Любая информация, полученная Договаривающимся Государством согласно пункту 1 настоящей статьи, должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, упомянутых в пункте 1 настоящей статьи, принудительным взысканием или уголовным преследованием, принятием решений по возражениям и жалобам в отношении этих налогов, либо надзором за такой деятельностью. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

(3) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не должны истолковываться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- a) проводить в целях предоставления информации административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) предоставлять информацию, которая в соответствии с законами или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;

- с) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, промышленную, предпринимательскую или профессиональную тайну либо деловую процедуру, или предоставление которой противоречило бы государственной политике (*ordre public*).
- (4) Если Договаривающееся Государство запрашивает информацию согласно положениям настоящей статьи, то другое Договаривающееся Государство предпринимает имеющиеся в его распоряжении меры для получения запрошенной информации даже в случае, если это другое Государство для собственных налоговых целей в такой информации не нуждается. Обязательство, предусмотренное в предыдущем предложении настоящего пункта, подлежит ограничениям, установленным пунктом 3 настоящей статьи, но эти ограничения ни в коем случае не должны истолковываться как позволяющие Договаривающемуся Государству отказать в предоставлении информации только лишь на том основании, что оно само в национальных налоговых целях в такой информации не заинтересовано.
- (5) Пункт 3 настоящей статьи ни в коем случае не должен истолковываться как позволяющий Договаривающемуся Государству отказать в предоставлении информации только лишь на том основании, что такой информацией располагает банк, иная кредитная организация, номинальный держатель, агент или доверительный управляющий или что такая информация касается имущественных интересов применительно к какому-либо лицу.

Статья 27

Административная помощь при взимании налогов

- (1) Договаривающиеся Государства оказывают друг другу административную помощь при взимании сумм налоговых требований. Такая административная помощь не ограничивается положениями статей 1 и 2 настоящего Соглашения.

Компетентные органы Договаривающихся Государств по взаимному согласию могут установить порядок применения настоящей статьи.

(2) Термин «налоговое требование», использованный в настоящей статье, означает подлежащую уплате сумму налогов любого вида или наименования, взимаемых от имени Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, в той части, в какой такое налогообложение не противоречит настоящему Соглашению или каким-либо иным актам, сторонами которых являются Договаривающиеся Государства, а также относящиеся к такой сумме проценты, административные штрафы и расходы на взимание или на обеспечительные меры.

(3) Если налоговое требование Договаривающегося Государства по законодательству этого Государства может быть исполнено и если оно подлежит уплате лицом, которое согласно законодательству этого Государства в момент исполнения не может препятствовать его взиманию, то такое налоговое требование по запросу компетентного органа этого Государства принимается для целей взимания компетентным органом другого Договаривающегося Государства. Взимание суммы налогового требования осуществляется этим другим Государством в соответствии с положениями его законодательства о принудительном исполнении и взимании его собственных налогов, как если бы это налоговое требование являлось налоговым требованием этого другого Государства.

(4) Если налоговое требование Договаривающегося Государства является требованием, в отношении которого это Государство может в соответствии с его законодательством принимать меры по обеспечению взимания, то такое налоговое требование по запросу компетентного органа этого Государства принимается для целей принятия обеспечительных мер компетентным органом другого Договаривающегося Государства. Это другое Государство принимает обеспечительные меры в отношении такого налогового требования в соответствии с положениями его законодательства, как если бы это налоговое требование являлось

налоговым требованием этого другого Государства, даже в том случае, когда налоговое требование в момент принятия таких мер в первом упомянутом Государстве не может быть исполнено или если оно подлежит уплате лицом, которое вправе препятствовать его взиманию.

(5) Несмотря на положения пунктов 3 и 4 настоящей статьи, налоговое требование, принятое Договаривающимся Государством для целей пункта 3 или 4 настоящей статьи, как таковое в этом Государстве не подлежит срокам давности или положениям о первоочередном рассмотрении налогового требования согласно законодательству этого Государства. Кроме того, налоговое требование, принятое Договаривающимся Государством для целей пункта 3 или 4 настоящей статьи, не имеет в этом Государстве того же преимущественного статуса, которым это налоговое требование отличается по законодательству другого Договаривающегося Государства.

(6) Правовые процедуры на предмет существования, действительности или суммы налогового требования Договаривающегося Государства не могут возбуждаться в судах или административных органах другого Договаривающегося Государства.

(7) Если соответствующее налоговое требование в период с момента представления Договаривающимся Государством запроса в соответствии с пунктом 3 или 4 настоящей статьи и до осуществления другим Договаривающимся Государством взимания суммы соответствующего налогового требования и её перечисления первому упомянутому Государству:

- а) применительно к запросу согласно пункту 3 настоящей статьи утрачивает характер налогового требования первого упомянутого Государства, которое по законодательству этого Государства может быть исполнено и подлежит уплате лицом, которое в момент исполнения по законодательству этого государства не может препятствовать его взиманию, или

b) применительно к запросу согласно пункту 4 настоящей статьи утрачивает характер налогового требования первого упомянутого Государства, в отношении которого это Государство может согласно его законодательству принимать меры по обеспечению взимания,

компетентный орган первого упомянутого Государства незамедлительно уведомляет компетентный орган другого Государства о таком факте, и первое упомянутое Государство либо приостанавливает, либо аннулирует свой запрос, в зависимости от выбора другого Государства.

(8) Положения настоящей статьи никоим образом не должны истолковываться как налагающие на Договаривающееся Государство обязательство:

a) проводить административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;

b) проводить меры, которые бы противоречили государственной политике (ordre public);

c) оказывать административную помощь в случаях, когда другое Договаривающееся Государство не исчерпало любые адекватные меры по взиманию или принятию обеспечительных мер, возможные согласно его законодательству или административной практике;

d) оказывать административную помощь в тех случаях, когда административные расходы этого Государства явно непропорциональны пользе, которую получает другое Договаривающееся Государство от этой помощи.

Статья 28

Положения по налогообложению у источника

(1) Если в Договариваемом Государстве налоги с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов, получаемых резидентом другого Договариваемого Государства, взимаются путем удержания, то право первого упомянутого Государства на производство удержания налога по ставке согласно его национальному законодательству настоящим Соглашением не затрагивается, если иное не оговорено настоящей статьёй. Налог, взимаемый путем удержания, по заявлению налогоплательщика подлежит возврату тогда и постольку, когда и поскольку он в силу настоящего Соглашения уменьшается либо отпадает.

(2) Каждое Договариваемое Государство будет создавать процедуры по производству выплаты доходов, которые согласно настоящему Соглашению в государстве-источнике доходов не подлежат налогообложению или подлежат уменьшенному налогообложению, без удержания налога или с удержанием лишь налога, предусмотренного в соответствующей статье настоящего Соглашения.

(3) Заявления на налоговый возврат подаются до истечения четвертого года, следующего за календарным годом, в котором устанавливаются налоги, удерживаемые у источника с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов.

(4) Договариваемое Государство, в котором возникли доходы, может потребовать подтверждения компетентного органа о резидентстве в другом Договариваемом Государстве.

(5) Компетентные органы по взаимному согласию могут урегулировать осуществление настоящей статьи и, по необходимости, установить иные процедуры по реализации налоговых снижений или освобождений, предусмотренных настоящим Соглашением.

Статья 29

Применение Соглашения в особых случаях

(1) Настоящее Соглашение нельзя истолковывать, будто оно препятствует применению Договаривающимся Государством его национальных правовых актов по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов.

(2) Если положения пункта 1 настоящей статьи ведут к двойному налогообложению, то компетентные органы в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения вступают во взаимные консультации о методах избежания такого двойного налогообложения.

Статья 30

Сотрудники дипломатических представительств и
работники консульских учреждений

Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

Статья 31

Протокол

Прилагаемый Протокол является неотъемлемой частью настоящего Соглашения.

Статья 32

Вступление в силу

(1) Настоящее Соглашение подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами состоится в возможно короткие сроки.

(2) Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах:

а) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу;

б) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу.

(3) С вступлением настоящего Соглашения в силу Соглашение Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик об избежании двойного налогообложения доходов и имущества, подписанное 24 ноября 1981 года, в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном утрачивает силу и перестает применяться:

а) в отношении удерживаемых у источника налогов - к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступило в силу;

б) в отношении прочих налогов - к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступило в силу.

Статья.33
Прекращение действия

Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок, однако, каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее, чем до 30 июня любого календарного года; в таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

- а) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;
- б) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

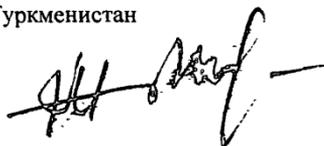
Определяющим для соблюдения срока денонсации является день получения другим Договаривающимся Государством уведомления о денонсации.

Совершено в г. Берлине „29“ августа 2016 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, туркменском и русском языках, причем все тексты имеют силу. При различном толковании немецкого и туркменского текстов текст на русском языке будет считаться определяющим.

За
Федеративную Республику Германия



За
Туркменистан



Протокол

к

Соглашению

между

Федеративной Республикой Германия

и

Туркменистаном

об

избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество

от „29“ августа 2016 года

В связи с подписанием Соглашения между Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество должным образом уполномоченные на то подписавшиеся лица согласовали нижеследующие положения, являющиеся неотъемлемой частью Соглашения:

1. К подпункту б) пункта 3 статьи 2

Налог на доходы физических лиц включает в себя патентную плату, взимаемую в Туркменистане с физических лиц, занимающихся предпринимательской деятельностью, как по фиксированной величине, так и в зависимости от размера совокупного дохода.

2. К статье 7

- а) Если предприятие Договаривающегося Государства продает изделия или товары через постоянное представительство в другом Договаривающемся Государстве или осуществляет в нем коммерческую деятельность, то суммы прибыли данного постоянного представительства исчисляются не на основе вырученной предприятием при этом совокупной суммы, а лишь на основе той суммы, которая может быть отнесена к фактической продажной или коммерческой деятельности постоянного представительства.
- б) Если предприятие имеет постоянное представительство в другом Договаривающемся Государстве, то суммы прибыли данного постоянного представительства, полученные либо в связи с контрактами, в частности, о проектировании, поставке, монтаже или строительстве промышленного, коммерческого или научного оборудования или объекта, либо в связи с государственными заказами, исчисляются не на основе совокупной цены контракта, а лишь на основе той части контракта, которая фактически выполняется постоянным представительством в том Договаривающемся Государстве, в котором оно расположено. Суммы прибыли от поставки товаров постоянному представительству или суммы прибыли в связи с той частью контракта, которая выполняется в том Договаривающемся Государстве, в котором находится местонахождение головного подразделения предприятия, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

- с) Вознаграждения за технические услуги, включая аналитические разработки или проекты научного, геологического либо технического характера, за контракты о конструкции, включая принадлежащие к ним чертежи, или за деятельность по консультированию или надзору (мониторингу) считаются вознаграждениями, к которым применяются положения статьи 7 или статьи 14 Соглашения.
- d) Суммы (за исключением сумм возмещения фактических затрат), которые постоянным представительством выплачиваются головному подразделению предприятия или иному его офису или по которым им выставляется счет указанным офисам, в виде:
- aa) роялти, гонораров или аналогичных платежей как вознаграждение за использование патента или иных прав,
 - bb) комиссионных за оказание специфических услуг или услуг по менеджменту или
 - cc) процентов по денежным суммам, предоставленным займы постоянному представительству, за исключением банковских учреждений,
- не подлежат вычету.

3. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения статей 10 и 11 Соглашения доходы, полученные от прав или долговых требований, предусматривающих участие в прибыли (применительно к Федеративной Республике Германия включая доходы негласного участника, получаемые им от долевого участия как такового, доходы от кредитов (займов), содержащих право на участие в прибыли ("partiarisches Darlehen"), и облигаций с

правом на участие в прибыли), могут облагаться налогом в соответствии с законодательством Договаривающегося Государства, в котором они возникли, если они в этом Государстве подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика этих доходов.

4. К статье 19

Применительно к Федеративной Республике Германия статья 19 Соглашения применяется и к заработной плате и жалованиям, выплачиваемым юридическим лицом публично-правового статуса, если оно надлежащим образом подтверждает этот свой статус.

5. К статье 26

Если в соответствии с национальным законодательством на основании Соглашения передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых актов каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения.

- a) Использование сведений принимающим учреждением допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением.
- b) Принимающее учреждение ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- c) Сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям

может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения.

- d) Передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежавшие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.
- e) По заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его сведений, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не является обязательной, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказывать в выдаче справки превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в ее получении. В остальном права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка.
- f) Если кому-либо противоправно причиняется ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по Соглашению, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждение.
- g) Если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее

учреждение указывает на это принимающему учреждению. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.

- h) Передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
- i) Передающее и принимающее учреждения обязаны действенно охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

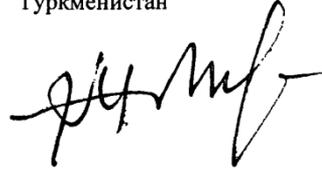
За

Федеративную Республику Германия



За

Туркменистан



[TURKMEN TEXT – TEXTE TURKMÈNE]

Girdejiler we emläk üçin salgytlar babatda
iki gezek salgyt salynmagyny
aradan aýyrmak hakynda

Germaniýa Federativ Respublikasy

bilen

Türkmenistanyň arasynda

Ylalaşyk

Germaniýa Federatiw Respublikasy

we

Türkmenistan –

Girdejiler we emläk üçin salgytlar babatda iki gezek salgyt salynmagyny aradan aýyrmak hakynda Ylalaşyk baglaşmak we Ylalaşýan Döwletleriň ikisiniň arasynda ykdysady hyzmatdaşlygy ösdürmek isläp –

şu aşakdakylar barada ylalaşdylar:

1-nji madda.

Özleri barada Ylalaşyk ulanylýan taraplar

Şu Ylalaşyk Ylalaşýan Döwletleriň biriniň ýa-da ikisiniň-de dahyllylary bolup durýan taraplar babatda ulanylýar.

2-nji madda

Ylalaşygyň täsir edýän salgytlary

(1) Şu Ylalaşyk Ylalaşýan Döwletiň, onuň ýerleriniň biriniň ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň biriniň adyndan alynýan girdejiler we emläk üçin salgytlary almagyň usulyna we tärine garamazdan, şol salgytlar babatda ulanylýar.

(2) Girdejileriň umumy möçberinden, emlägiň umumy möçberinden ýa-da girdejileriň ýa-da emlägiň böleklerinden alynýan islendik salgytlar, şol sanda gozgalýan ýa-da gozgalmaýan emlägi aýrybaşgalamakdan gelýän peýdadan alynýan salgytlar, kärhanalar tarapyndan tölenilýän iş hakynyň ýa-da hak-heşdegiň umumy jeminden alynýan salgytlar,

şeyle hem maýanyň artmagyndan gelýän girdejilerden alynýan salgytlar girdejiler we emläk üçin islendik salgytlar hasaplanylýar.

(3) Häzirki döwürde hereket edýän, özlери babatda şu Ylalaşyk täsir edýän salgytlar, hususan-da, şular bolup durýar

a) Germaniýa Federatiw Respublikasynda:

girdeji salgydy,
korporasiýalardan alynýan salgyt,
senetçilik salgydy,
şol sanda olara salgyt goşmaçalary (mundan beýläk «Germaniýanyň salgytlary» diýlip atlandyrylýar).

b) Türkmenistanda:

edara görmüşli taraplaryň peýdasy (girdejisi) üçin salgyt,
şahsy taraplaryň girdejileri üçin salgyt we
emläk üçin salgyt,
(mundan beýläk «Türkmenistanyň salgytlary» diýlip atlandyrylýar).

(4) Şu Ylalaşyk şeyle hem, oňa gol çekilenden soň bar bolan salgytlara goşmaça ýa-da olaryň ýerine alynjak birmeňzeş ýa barabar salgytlar babatda ulanylýar. Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary öz salgyt kanunlaryna girizilen islendik düýpli üýtgetmeler barada bir-birine habar bererler.

3-nji madda

Umumy kesgitlemeler

(1) Eger ýazgydan başga many çykmaýan bolsa, Ylalaşygyň maksatlary üçin,

- a) «Türkmenistan» adalgasy – halkara hukugyna laýyklykda, Türkmenistanyň özygtyýarly we ýurisdiksiýa hukuklaryny amala aşyran Türkmenistanyň çäklerini aňladýar;
- b) «Germaniýa Federativ Respublikasy» adalgasy – Germaniýa Federativ Respublikasynyň çäklerini, şeýle hem halkara hukugyna we milli kanunçylygyna laýyklykda, janly hem jansyz tebigy serişdeleri gözlemek, işläp geçmek, gorap saklamak, şeýle hem olary dolandyrmak maksady bilen, Germaniýa Federativ Respublikasynyň özygtyýarly we ýurisdiksiýa hukuklaryny amala aşyran, territorial deňzine ýanaşyk deňiz düýbünüň, onuň baýlyklarynyň, şeýle hem olaryň ýokarsynda ýerleşýän suw gatlagynyň sebitini aňladýar;
- c) «Ylalaşýan Döwlet» we «beýleki Ylalaşýan Döwlet» adalgalary ýazga baglylykda Germaniýa Federativ Respublikasyny ýa-da Türkmenistany aňladýar;
- d) «tarap» adalgasy şahsy tarapy, kompaniýany ýa-da taraplaryň islendik beýleki birleşigini aňladýar;
- e) «kompaniýa» adalgasy edara görnüşli tarapy ýa-da salgyt salmak maksatlary üçin edara görnüşli tarap hökmünde garalýan hukuk tarapyny aňladýar;
- f) «Ylalaşýan Döwletiň kärhanasy» we «beýleki Ylalaşýan Döwletiň kärhanasy» adalgalary degişlilikde Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy tarapyndan dolandyrylýan kärhanany ýa-da beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy tarapyndan dolandyrylýan kärhanany aňladýar;
- g) «halkara gatnaşyklary» adalgasy hakyky ýolbaşçylyk edýän edarasynyň ýeri Ylalaşýan Döwletde bolan kärhana tarapyndan ulanylýan deňiz ýa-da howa gämisiniň amala aşyran islendik gatnatmasyny aňladýar, şeýle deňiz ýa-da howa gämisiniň diňe beýleki Ylalaşýan Döwletde ýerleşýän ýerleriň arasynda gatnatma üçin ulanylýan halatlary muňa girmeyär;

h) «milli tarap» adalgasy:

aa) Germaniýa Federativ Respublikasy babatda

Germaniýa Federativ Respublikasynyň Esasy kanunyna laýyklykda islendik nemes adamy, şeýle hem Germaniýa Federativ Respublikasynda hereket edýän kanunçylyga laýyklykda döredilen islendik edara görnüşli tarapy, şereketi we taraplaryň beýleki birleşigini aňladýar;

bb) Türkmenistan babatda

Türkmenistanyň raýatlygyna eýe bolan islendik şahsy tarapy, şeýle hem Türkmenistanda hereket edýän kanunçylyga laýyklykda döredilen islendik edara görnüşli tarapy, şereketi we taraplaryň beýleki birleşigini;

i) «ygtyýarly edara» adalgasy:

aa) Germaniýa Federativ Respublikasy barada ulanylanda – Federal Maliýe ministriligini ýa-da onuň öz ygtyýarlygyny beren edarasyny aňladýar.

bb) Türkmenistan barada ulanylanda – Türkmenistanyň Maliýe ministriligini we Türkmenistanyň Baş döwlet salgyt gullugyny ýa-da olaryň ygtyýarly edilen wekilini;

(2) Eger ýazgydan başga many çykmaýan bolsa, Ylalaşýan Döwlet tarapyndan şu Ylalaşyk ulanylan mahaly, Ylalaşykda kegitlemesi berilmedik islendik adalga, şu Ylalaşygyň hereket edýän döwründe şol Döwletiň salgytlar babatdaky kanunçylygynda oňa berilýän mana eýe bolar we şu Döwletde ulanylýan salgyt kanunçylygyna laýyklykda onuň islendik manysyna şu Döwletiň beýleki hukuk ulgamy tarapyndan bu adalga berilýän manysyndan ýokary many berilýär.

4-nji madda

Dahyllysy

(1) Şu Ylalaşygyň maksatlary üçin «Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy» adalgasy şol Döwletiň kanunçylygy boýunça özüniň ýaşayan ýeri, hemişelik bolýan ýeri, ýolbaşçy edarasynyň ýerleşýän ýeri ýa-da başga bir barabar görkeziji esasynda salgyt salynmaga degişli tarapy aňladýar, şeýle hem, şol sanda şol Döwleti, onuň ýerlerini we onuň edara ediş-çäk birliklerini öz içine alýar. Emma görkezilen adalga şol Döwletdäki çeşmelerden alnan girdejiler babatda ýa-da şol Döwletde ýerleşýän emläk babatda şol Döwletde salgyt salynmaga degişli tarapy öz içine almaýar.

(2) Eger şahsy tarap şu maddanyň 1-nji bölümüniň düzgünlerine laýyklykda Ylalaşýan Döwletleriň ikisiniň-de dahyllysy bolup durýan bolsa, şu aşakdaky düzgünler hereket edýär:

- a) ol hemişelik ýaşayyş jaýy bolan Döwletiniň dahyllysy hasaplanylýar; eger onuň Döwletleriň ikisinde-de hemişelik ýaşayyş jaýy bar bolsa, onda ol haýsy Döwletde has ysnyşykly şahsy we ykdysady aragatnaşyklary (durmuş bähbitleriniň merkezi) bar bolsa, diňe şol Döwletiň dahyllysy hasaplanylýar;
- b) eger-de onuň durmuş bähbitleriniň merkezi bar bolan Döwletini kesgitläp bolmasa ýa-da onuň Döwletleriň hiç birinde hemişelik ýaşayyş jaýy bolmasa, ol diňe adatça ýaşayan ýeri bolan Döwletiň dahyllysy hasaplanylýar;
- c) eger-de ol adatça Döwletleriň ikisinde-de ýaşayan bolsa ýa-da adatça olaryň hiç birinde hem ýaşamaýan bolsa, ol diňe haýsy döwletiň raýaty bolup durýan bolsa, şol döwletiň dahyllysy hasaplanylýar;
- d) eger ol Döwletleriň ikisiniň-de raýaty bolup durýan bolsa ýa-da olaryň hiç biriniň raýaty bolmasa, onda Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary bu meseläni özara ylalaşmak boýunça çözüär.

(3) Eger-de şu maddanyň 1-nji bölümüniň düzgünlerine laýyklykda, şahsy tarap bolmadyk tarap Ylalaşýan Döwletleriň ikisiniň hem dahyllysy bolup durýan bolsa, onda ol özüniň hakyky ýolbaşçylyk edýän edarasy ýerleşýän şol Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy hasaplanylýar.

5-nji madda
Hemişelik wekilçilik

(1) Şu Ylalaşygyň maksatlary üçin «hemişelik wekilçilik» adalgasy kärhananyň telekeçilik işini doly ýa-da bölekleyin amala aşyran hemişelik ýerini aňladýar.

(2) «Hemişelik wekilçilik» adalgasy, hususan-da, şulary öz içine alýar:

- a) dolandyryş ýerini;
- b) bölümi;
- c) edarany;
- d) fabrigi;
- e) ussahanany;
- f) şahtany, nebit ýa-da gaz guýusyny, karýeri ýa-da tebigy serişdeler işlenip geçilýän başga bir islendik ýeri.
- g) önümi ýerlemek üçin ulanylýan jaýy.

(3) «Hemişelik wekilçilik» adalgasy, şeýle hem:

a) gurluşyk meýdançasyny ýa-da gurluşyk, ýa-da ýygnama ýa-da gurnama desgasyny, ýa-da agzalan desgalar bilen bagly gözegçilik işini, eger şeýle meýdança ýa-da desga, ýa-da gözegçilik işi 12 aýdan köp bolan ýagdaýynda;

b) tebigy serişdeleri gözlemek üçin ulanylýan enjamy ýa-da desgany, ýa-da şu işleriň ýerine ýetirilişine gözegçilik etmek bilen bagly hyzmatlary, ýa-da tebigy serişdeleri gözlemek üçin ulanylýan buraw enjamyny ýa-da gämini, eger şeýle ulanyş ýa-da şeýle hyzmatlar 12 aýdan hem köp wagt dowam edýän bolsa, öz içine alýar.

(4) Şu maddanyň ýokardaky düzgünlerine garamazdan, şular «hemişelik wekilçilik» hasap edilmeýär

a) diňe şu kärhana degişli harytlary ýa-da önümleri saklamak ýa-da görkezmek maksatlary üçin ulanylýan desgalar;

b) diňe saklamak ýa-da görkezmek maksatlary üçin saklanýan şu kärhana degişli harytlaryň ýa-da önümleriň gollary;

c) diňe başga bir kärhana tarapyndan işläp taýýarlamak ýa-da gaýtadan işlemek maksatlary üçin saklanýan şu kärhana degişli harytlaryň ýa-da önümleriň gollary;

d) diňe harytlary ýa-da önümleri satyn almak maksatlary üçin ýa-da bu kärhana maglumatlary toplamak üçin saklanýan hemişelik iş ýeri;

e) diňe şu kärhana üçin taýýarlyk ýa-da kömekçi häsiýetli başga bir islendik işi amala aşyrmak maksady bilen saklanýan hemişelik iş ýeri;

f) diňe şu bölümiň işiň (a)-dan – (e) çenli kiçi bölümlerinde görkezilen görnüşleriniň islendik usulda utgaşdyrylmagy üçin saklanýan hemişelik iş ýeri, hemişelik iş ýeriniň şeýle utgaşdyrma netijesinde ýüze çykýan jemi işiň taýýarlyk ýa-da kömekçi häsiýetli bolan şertinde.

(5) 1-nji we 2-nji bölümleriň düzgünlerine garamazdan, eger özi barada 7-nji bölümiň düzgünleri ulanylýan garaşsyz derejeli ýumuşçydan başga bir tarap kärhananyň adyndan hereket edýän we Ylalaşýan Döwletde şol kärhananyň adyndan şertnamalary baglaşmaga ygtyýarlygy bar bolsa we adatça şol ygtyýarlygy amala aşyryýan bolsa, onda şeýle kärhana şu Döwletde şol tarapyň kärhana üçin amala aşyryýan islendik işi babatda hemişelik wekilçiligi bar hökmünde garalýar, eger-de bu tarapyň işi 4-nji bölümiň düzgünlerine laýyklykda hemişelik telekeçilik iş yeriniň üstünden amala aşyrylýan bolsa-da, onuň bu hemişelik iş yerini hemişelik wekilçilige öwürmeýän we şu bölümde görkezilen iş bilen çäklenýän halatlary muňa girmeyär.

(6) Eger-de Ylalaşýan Döwletiň ätiýaçlandyryş kärhanasy şol beýleki Döwletiň çäginde ätiýaçlyk baýraklaryny ýygnaýan bolsa ýa-da şu maddanyň 7-nji bölümüne laýyklykda garaşsyz hukuk ýagdaýly ýumuşçy bolmadyk tarapyň üsti bilen şol ýerde mümkin bolan tewekgelçilikden ätiýaçlandyrmagy amala aşyryýan bolsa, şol ätiýaçlandyryş kärhana beýleki Ylalaşýan Döwletde hemişelik wekilçiligi bar hökmünde garalar, gaýtadan ätiýaçlandyrmak ýagdaýlary muňa girmeyär.

(7) Eger-de kärhana telekeçilik işini diňe araçynyň, dellalyň ýa-da garaşsyz hukuk ýagdaýy bolan başga bir islendik ýumuşçynyň üsti bilen amala aşyryýan bolsa, şol taraplar öz adaty işiniň çäklerinde hereket edýän we olaryň arasynda ylalaşylan ýa-da olaryň üstüne ýüklenen işewürlik we maliýe gatnaşyklarynyň şertleriniň garaşsyz taraplaryň arasynda adatça bar bolan gatnaşyklaryň şertlerinden tapawutlanmaýan ýagdaýynda kärhana Ylalaşýan Döwletde hemişelik wekilçiligi bar hökmünde garalmaz.

(8) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolan kompaniýanyň beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolan kompaniýa gözegçilik edýän ýa-da ol tarapyndan gözegçilik edilýän bolsa, ýa-da şol beýleki Döwletde telekeçilik işini (ýa hemişelik wekilçiligiň üsti bilen, ýa-da baş bir usulda) amala aşyryýan bolsa, bu ýagdaýyň özi şol kompaniýalaryň birini beýleki kompaniýanyň hemişelik wekilçiligine öwürmeýär.

6-njy madda

Gozgalmaýan emläkden alynýan girdejiler

(1) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde ýerleşýän gozgalmaýan emläkden alýan girdejilerine (şol sanda oba ýa-da tokaý hojalygyndan alýan girdejisine) şol beýleki Döwletde salgytlar salnyp bilner.

(2) «Gozgalmaýan emläk» adalgasy garalýan emlägiň ýerleşýän ýeri bolan Ylalaşýan Döwletiň kanunçylygy boýunça oňa berilýän mana eýe bolýar. Bu adalga islendik halatda gozgalmaýan emläk babatdaky kömekçi emlägi, oba we tokaý hojalygynda ulanylýan mallary we enjamlary, ýer eýeçiligi, gozgalmaýan emlägiň öndürýän önümi babatdaky kanunçylygyň düzgünleri özi barada ulanylýan hukuklary hem-de mineral serişdeleri, çeşmeleri we gazylyp alynýan beýleki tebigy baýlyklary işläp geçmek üçin öwezini dolma hökmünde tölenýän üýtgeýän we kesgitli tölegler üçin hukuklary hem-de mineral serişdeleri, çeşmeleri we gazylyp alynýan beýleki tebigy baýlyklary öz içine alýar; deňiz we howa gämilerine gozgalmaýan emläk hökmünde garalmaýar.

(3) Şu maddanyň 1-nji bölümiň düzgünleri gozgalmaýan emlägi göni peýdalanmakdan, ony hakynatutma ýa-da kärendä bermekden, şeýle hem gozgalmaýan emlägi islendik beýleki bir görnüşde peýdalanmakdan alynýan girdejiler babatda ulanylýar.

(4) Şu maddanyň 1-nji we 3-nji bölümleriniň düzgünleri kärhananyň gozgalmaýan emläginden girdejiler we garaşsyz şahsy hyzmatlary etmek üçin niýetlenen gozgalmaýan emläkden girdejiler babatda hem ulanylýar.

7-nji madda

Telekeçilik işinden alynýan peýda

(1) Eger-de Ylalaşýan Döwletiň kärhanasy Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde ýerleşýän hemişelik wekilçiliginiň üsti bilen şol ýerde telekeçilik işi bilen meşgullanýan bolsa, onda

onuň peýdasyna diňe şol Döwletde salgyt salynýar. Eger-de kärhana telekeçilik işini ýokarda agzalan görmüşde amala aşyryň bolsa, beýleki Döwletde onuň peýdasynyň diňe hemişelik wekilçilige degişli bölegine salgyt salnyp bilner.

(2) 3-nji bölümiň düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletiň kärhanasy beýleki Ylalaşýan Döwletde telekeçilik işini şol ýerde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyryň bolsa, onda şol wekilçiligiň hut şonuň ýaly ýa-da barabar şertlerde ýa barabar iş bilen meşgullanýan aýrybaşgalanan we aýratyn kärhana bolan hem-de özi hemişelik wekilçiligi bolan kärhanadan doly garaşsyz hereket edende alyp biljek peýdasy Ylalaşýan Döwletleriň her birinde şol hemişelik wekilçilige degişlidir.

(3) Hemişelik wekilçiligiň peýdasynyň möçberi kesgitlenende şeýle hemişelik wekilçiligiň hajatlary üçin çeken çykdajylarynyň, şol sanda dolandyryş we umumy edara ediş çykdajylarynyň hemişelik wekilçiligiň ýerleşýän ýeri bolan Döwletde ýa-da başga bir ýerde ýüze çykandygyna garamazdan, şol çykdajylaryň kemeldilmegine rugsat berilýär.

(4) Eger Ylalaşýan Döwletde hemişelik wekilçilige degişli peýdany kärhananyň peýdasynyň umumy jemini onuň aýry-aýry birliklerine paýlamak usuly bilen hasaplamak kabul edilen bolsa, şu maddanyň 2-nji bölümüniň düzgünleri şol Ylalaşýan Döwletiň salgyt salynýan peýdany kabul edilen usula laýyklykda hasap etmegini aradan aýyrmaýar; saýlanyp alnan paýlamak usuly şu maddada bar bolan ýörelgelere laýyk gelýän netijeleri bermelidir.

(5) Hiç bir peýda diňe şol hemişelik wekilçiligiň kärhana üçin harytlary ýa önümleri satyn almagy esasynda şu hemişelik wekilçilige degişli edilip bilinmez.

(6) Şu maddanyň ýokardaky bölümleriniň düzgünleri ulanylanda, hemişelik wekilçilige degişli peýda her ýyl şol bir usul arkaly kesgitlenýär, ony üýtgetmek üçin esasyly we ýeterlik sebäp bolan halatlar muňa girmeýär.

(7) Şu maddanyň düzgünleri şereketе gatnaşmakdan girdejiler babatda hem ulanylýar. Eger-de görkezilen hak-heşdekler hemişelik wekilçilik ýerleşýän şol Ylalaşýan Döwletiň salgyt kanunçylygyna laýyklykda gatnaşyjynyň şol hemişelik wekilçilikden alýan girdejilerine degişli bolsa, şu maddanyň düzgünleri şereketе gatnaşyjynyň şol şereketden şereketiň bähbidine eden işi üçin, karzlary (zaýomlary) berendigi ýa-da hojalyk gymmatlyklaryny geçirendigi üçin alýan hak-heşdekler babatda hem ulanylýar.

(8) Eger peýda şu Ylalaşygyň beýleki maddalarynda göz öňünde tutulan girdejileri öz içine alýan bolsa, onda şol beýleki maddalaryň düzgünlerine şu maddanyň düzgünleri öz täsirini ýetirmeýär.

8-nji madda

Deňiz we howa ulaglary

(1) Deňiz ýa-da howa gämilerini halkara gatnatmalarynda ulanmakdan alynýan peýda diňe kärhananyň hakykatda dolandyryş edarasy ýerleşýän şol Ylalaşýan Döwletde salgyt salynýar.

(2) Şu maddanyň maksatlary üçin, «deňiz ýa-da howa gämilerini halkara gatnatmalarynda ulanmakdan alynýan peýda» adalgasy:

- a) yüksüz deňiz ýa-da howa gämilerini käbir wagtarda kireýine bermekden; we
- b) konteýnerleri ulanmakdan ýa-da kireýne bermekden (treýlerleri we olara degişli konteýnerleri daşamak üçin ulanylýan ulaglary goşmak bilen) alynýan peýdanyň jemini öz içine alýar;

eger işiň şeýle görmüşleri deňiz ýa-da howa gämileriniň halkara gatnatmalarynda ulanylmagyna degişli bolsa.

(3) Eger deňiz ulag kärhanasynyň hakykatda ýolbaşçylyk edýän edarasynyň ýeri deňiz gämisiniň bortunda ýerleşýän bolsa, onda ol deňiz gämisiniň ýazga duran porty ýerleşýän şol Ylalaşýan Döwletde ýa-da şeýle ýazga durlan port bolmadyk halatda bolsa, – dahyllysy deňiz gämisini ulanýan tarap bolup durýan Ylalaşýan Döwletde ýerleşýär diýlip hasap edilýär.

(4) Şu maddanyň 1-nji bölüminiň düzgünleri pul-a, bilelikdäki işe ýa-da halkara ulag agentligine gatnaşmaktan alynýan peýda babatda hem ulanylýar.

9-njy madda
Şärikli kärhanalar

(1) Eger-de

- a) Ylalaşýan Döwletiň kärhanasy beýleki Ylalaşýan Döwletiň kärhanasyny dolandyrmaga, oňa gözegçilik etmäge ýa-da onuň maýasyna göni ýa-da gytaklaýyn gatnaşýan bolsa; ýa-da
- b) şol bir taraplar Ylalaşýan Döwletiň kärhanasyny we beýleki Ylalaşýan Döwletiň kärhanasyny dolandyrmaga, oňa gözegçilik etmäge ýa-da onuň maýasyna göni ýa-da gytaklaýyn gatnaşýan bolsa,

we görkezilen ýagdaýlarda iki kärhana hem öz täjirçilik we maliýe gatnaşyklarynda garaşsyz kärhanalaryň arasynda bolmalysyndan tapawutlanýan, ylalaşylan ýa-da olaryň üstüne ýüklenen şertleri berjaý etmäge borçly bolsalar, onda olaryň biriniň adyna geçirilip bilinjek, ýöne şol şertleriň tapawutlylygy sebäpli geçirilmedik peýda şol kärhananyň peýdasynyň hasabyna goşulyp we degişlilikde oňa salgyt salnyp bilner.

(2) Ylalaşýan Döwlet beýleki Ylalaşýan Döwletiň kärhanasyna şol beýleki Döwletde salgyt salnan peýdasyny birinji Döwletiň kärhanasynyň peýdasyna goşanda we degişlilikde

salgyt salanda we şeýlelikde goşulan peýda iki kärhananyň arasyndaky gatnaşyklar iki garaşsyz kärhananyň arasyndaky ýaly bolan şertde birinji agzalan Döwletiň kärhanasynyň adyna hasaplanylýan peýda bolup durýan halatda şol beýleki Döwlet şol peýda üçin özünde hasaplanylýan salgyt babatda degişli düzedişi geçirýär. Şeýle düzedişiň geçirilen mahaly, şu Ylalaşygyň beýleki düzgünleri berjaý edilmelidir; zerurlyk bolan ýagdaýynda Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary özara geňeşmeleri geçirýärler.

10-njy madda

Diwidendler

(1) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolan kompaniýanyň beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysyna töleýän diwidendlerine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) Ýöne şeýle diwidendlere olary töleýän kompaniýa öz dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletinde we onuň kanunçylygyna laýyklykda salgytlar salnyp bilner; emma diwidendleriň hukuk eýesi beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan bolsa, şeýle usulda alynýan salgyt:

- a) eger-de diwidendleri töleýän kompaniýanyň maýasynyň azyndan 25 göterimine göni eýelik edýän kompaniýa (ýöne şereket bolmadyk) hukuk eýesi bolup durýan bolsa, diwidendleriň jemi möçberiniň 5 göteriminden;
- b) ähli beýleki ýagdaýlarda bolsa, diwidendleriň jemi möçberiniň 15 göteriminden köp bolmaly däldir.

Bu bölümiň düzgünleri kompaniýa ujundan diwidendler tölenilýän peýda babatda salgyt salynmagyna täsir etmeýär.

(3) Şu maddada ulanylýan «diwidendler» adalgasy girdejini paýlaýan kompaniýa öz dahyllysy bolan Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda, salgyt salynmak babatda

paýnamalar boýunça girdejiler ýaly düzgünleşdirilmäge degişli paýnamalar boýunça, peýda gatnaşmaga hukuklar ýa-da güwänamalar boýunça, dag-magdan senagatynyň paýnamalary boýunça, esaslandyryjylaryň peýnamalary boýunça ýa-da beýleki girdejileri, şeýle hem paýa girip döredilen maýa goýum gaznasynyň güwänamalary boýunça paýlanýan peýdanyň jemlerini aňladýar.

(4) Eger diwidendler boýunça hukuk eýesi, Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolmak bilen, diwidendleri töleýän kompaniýa öz dahyllysy bolan beýleki Ylalaşýan Döwletde telekeçilik işini şol ýerdäki hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyryýan bolsa ýa-da şol beýleki Döwletde ýerleşýän hemişelik binýatdan garaşsyz şahsy hyzmatlary edýän bolsa we diwidendleri tölemek baradaky paý gatnaşygy şeýle hemişelik wekilçilik ýa-da hemişelik binýat bilen hakykatdan hem bagly bolsa, şu maddanyň 1-nji we 2-nji bölümleriniň düzgünleri ualnylmaýar. Şeýle halatda 7-nji maddanyň ýa-da 14-nji maddanyň düzgünleri ulanylýar.

(5) Eger Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan kompaniýa beýleki Ylalaşýan Döwletden peýdany ýa-da girdejileri alýan bolsa, onda şol beýleki Döwlet şol kompaniýanyň töleýän diwidendlerine salgyt salyp biler, şol diwidendler şol beýleki Döwletiň dahyllysyna tölenilýän ýa-da diwidendleri tölemek üçin esas bolýan eýeçilik hakykatdan-da şol beýleki Döwletde ýerleşýän hemişelik wekilçilige ýa-da hemişelik binýada degişli bolsa we kompaniýanyň paýlanylmadyk peýdasyna salgyt salnyp bilinmeýän bolsa, hatda diwidendleri tölemek üçin serişdeler ýa-da paýlanylmadyk peýda şol beýleki Döwletde emele gelýän peýdadan ýa-da girdejide dolulygyna ýa-da bölekleyin ybarat bolsa, bu kada ulanylmaýar.

11-nji madda

Göterimler

(1) Ylalaşýan Döwletde emele gelýän we beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysyna tölenýän göterimlere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) Ýöne görkezilen göterimlere olaryň emele gelýän Ylalaşýan Döwletinde hem şol Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda salgyt salnyp bilner; ýöne eger-de şu göterimler boýunça hukuk eýesi beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan bolsa, şeýle usulda alynýan salgyt göterimleriniň jemi möçberiniň 10 göteriminden köp bolmaly däldir.

(3) Şu maddanyň 2-nji bölüminiň düzgünlerine garamazdan, aşakdaky düzgünler hereket edýär:

- a) Germaniýa Federatiw Respublikasynda emele gelen we Türkmenistanyň Hökümetine, Türkmenistanyň Merkezi bankyna ýa-da Türkmenistanyň Döwlet daşary ykdysady iş bankyna tölenilýän göterimleriniň jemleri Germaniýanyň salgytlaryndan boşadylýar;
- b) Türkmenistanda emele gelen we Germaniýa Federatiw Respublikasy tarapyndan eksport ýa-da göni daşary ýurt maýa goýumlary bilen baglylykda kepillendiren we karzlar (zaýomlar) boýunça tölenilýän, ýa-da Germaniýa Federatiw Respublikasynyň Hökümetine, Nemes federal bankyna, Ykdysadyýeti dikeltmek boýunça karz instituty (KfW), Maýa goýumlar we ösüş boýunça German jemgyýetine (DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH) tölenilýän göterimleriniň jemleri Türkmenistanyň salgytlaryndan boşadylýar.

(4) Şu maddanyň 2-nji bölüminiň düzgünlerine garamazdan, şu maddanyň 1-nji bölümünde düşündirilýän göterimlere diňe alyjynyň dahyllysy bolup durýan Ylalaşýan Döwletinde, eger-de göterimleriniň jemlerini alyjy olar boýunça hukuk eýesi bolup durýan bolsa we göterimlerini tölenilmegi:

- a) senagat, täjirçilik ýa-da ylmy enjamlary karzyna satmak bilen bagly bolsa; ýa-da
- b) kärhana tarapyndan beýleki kärhana harytlary karzyna satmak bilen bagly bolsa salgyt salnyp bilner.

(5) Şu maddada ulanylýan «göterimler» adalgasy islendik görmüşdäki bergi talaplaryndan girdejileri, şol sanda, talaplaryň ýer böleklerine bolan girew hukugy bilen üpjün edilen ýagdaýlary, hususan-da, döwletiň gymmatly kagyzlary, obligasiýalary boýunça girdejileri, şol sanda olar bilen bagly bolan baýraklary, şeýle hem utuşly zaýomlar boýunça utuşlary aňladýar. Wagty geçirilen tölegler üçin jerimelere şu maddanyň maksatlary üçin göterimler hökmünde garalmaýar.

(6) Eger göterimler boýunça hakyky eýesi Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolmak bilen, göterimler emele gelyän beýleki Ylalaşýan Döwletde telekeçilik işini şol ýerdäki hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyran bolsa, ýa-da şol beýleki Döwletde şol ýerde ýerleşýän hemişelik binýatdan garaşsyz şahsy hyzmatlary amala aşyran bolsa hem-de göterimleriň tölenilmegine esas bolýan bergi talaby şeýle hemişelik wekilçilige ýa-da hemişelik binýada hakykatdan hem degişli bolsa, şu maddanyň 1–4-nji bölümleriniň düzgünleri ulanylmaýar. Şeýle halatda şu Ylalaşygyň 7-nji maddasynyň ýa-da 14-nji maddasynyň düzgünleri ulanylýar.

(7) Eger göterimleri töleýji şol Ylalaşýan Döwletiň özi, onuň ýerleriniň biri ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň biri ýa-da dahyllysy bolsa, göterimler Ylalaşýan Döwletde emele gelyär diýlip hasaplanýar. Eger göterimleri töleýji tarapyň Ylalaşýan Döwletiň dahyllysydygyna ýa-da dälidigine garamazdan, Ylalaşýan Döwletde onuň göterimleriň tölenilmegine esas bolan hemişelik wekilçiligi ýa-da hemişelik binýady bar bolsa we şol göterimleri hem-de olary tölemek boýunça çykdaýlary şeýle hemişelik wekilçilik ýa-da hemişelik binýat çekýän bolsa, onda şeýle göterimler hemişelik wekilçilik ýa-da hemişelik binýat ýerleşýän Döwletde emele gelyär diýlip hasaplanýar.

(8) Eger göterimleriň töleýjisiniň we olar boýunça hukuk eýesiniň arasyndaky ýa-da olaryň ikisiniň we haýsy-da bolsa başga bir üçünji tarapyň arasyndaky aýratyn gatnaşyklar sebäpli göterimleriň tölenilmegine esas bolan bergi talabyna degişli göterimleriň jemi göterimleriň töleýjisiniň we hukuk eýesiniň arasynda şeýle gatnaşyklar ýok mahaly ylalaşylyp bilinjek möçberden köp bolsa, onda şu maddanyň düzgünleri diňe soňky agzalan möçber babatda ulanylýar. Şeýle halatda tölegiň artýan bölegi şu Ylalaşygyň beýleki düzgünlerini nazara

almak bilen, Ylalaşyan Döwletleriň her biriniň kanunçylygyna laýyklykda salgyt salynmaga degişlidir.

12-nji madda

Roýalti

(1) Ylalaşyan Döwletde emele gelyän we beýleki Ylalaşyan Döwletiň dahyllysyna tölenilýän roýaltilere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) Emma görkezilen roýaltilere olar emele gelen Ylalaşyan Döwletde şol Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda hem salgyt salnyp bilner, ýöne roýaltiler boýunça hukuk eýesi beýleki Döwletiň dahyllysy bilup durýan bolsa, şeýle halatda salgyt roýaltileriň jemi möçberiniň 10 göteriminden köp bolmaly däldir.

(3) Şu maddada ulanylýan «roýalti» adalgasy edebiýat, sungat ýa-da ylmy eserler, şol san-da kinematografiki filmler, patentler, söwda belgileri, nusgalar ýa-da modeller, çyzgylar, gizlin kesgitlemeler ýa-da tehnologiýalar ýa bolmasa senagat, täjirçilik ýa ylmy tejribä degişli maglumat üçin awtorlyk hukuklaryny peýdalanmak, ýa bolmasa olary peýdalanmaga hukuk bermek üçin hak-heşdek hökmünde alynýan islendik görnüşdäki tölegleri aňladýar. «Roýalti» adalgasy, şeýle hem atlary, portretleri ulanmak ýa-da olary ulanmaga bolan hukugy ýa-da şuna meňzeş beýleki şahsy hukuklary bermek üçin tölenýän islendik görnüşli hak-heşdekleri, şeýle hem artistleriň we türgenleriň radio we telekompaniýalar tarapyndan amala aşyrylan ýazgylary üçin tölegleri öz içine alýar.

(4) Eger-de roýaltiler boýunça hukuk eýesi Ylalaşyan Döwletiň dahyllysy bolmak bilen, roýaltiler emele gelyän beýleki Ylalaşyan Döwletde telekeçilik işini şol ýerde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyrylan bolsa, ýa-da şol beýleki Döwletde şol ýerde ýerleşýän hemişelik binýatdan garaşsyz şahsy hyzmatlary amala aşyrylan bolsa we roýaltileriň tölenilmegine esas bolan hukuk ýa emläk şol hemişelik wekilçilik ýa-da hemişelik binýat bilen hakykatdan hem bagly bolsa, şu maddanyň 1-nji we 2-nji

bölämleriniň düzgünleri ulanylmaýar. Şeýle halatda şu Ylalaşygyň 7-nji maddasynyň ýa-da 14-nji maddasynyň düzgünleri ulanylýar.

(5) Roýaltleri töleýji Ylalaşýan Döwletiň özi, onuň ýerleriniň biri ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň biri, ýa-da şol Döwletiň dahyllysy bolanda, olar şol Döwletde emele gelen diýlip hasaplanýar. Eger-de roýaltleri töleýän tarapyň Ylalaşýan Döwletiň dahyllysydygyna ýa-da däldigine garamazdan, onuň Ylalaşýan Döwletde roýaltleri tölenilýän berginiň emele gelmegi bilen bagly hemişelik wekilçiligi ýa-da hemişelik binýady bar bolsa we eger-de roýaltleri tölemek borçnamasy hemişelik wekilçiligiň ýa-da hemişelik binýadyň hajatlary üçin kabul edilen bolsa we şol roýaltleri tölemek üçin çykdaýlary şeýle hemişelik wekilçilik ýa-da hemişelik binýat çekýän bolsa, onda roýaltleri hemişelik wekilçilik ýa-da hemişelik binýat ýerleşýän Döwletde emele gelýär diýlip hasaplanýar.

(6) Eger-de töleýjiniň we hukuk eýesiniň arasyndaky ýa-da olaryň ikisiniň we haýsydyr bir üçünji tarapyň arasyndaky aýratyn gatnaşyklar sebäpli, roýaltleriň jemi möçberi şol roýaltleriň esasynda duran hyzmatlaryň möçberi babatda töleýjiniň we hukuk eýesiniň arasynda şeýle gatnaşyklar ýok mahaly ylalaşyp bilinjek möçberden köp bolsa, onda şu maddanyň düzgünleri diňe soňky agzalan möçber babatda ulanylýar. Şeýle halatda tölegiň artýan bölegi Ylalaşýan Döwletleriň her biriniň kanunçylygyna laýyklykda we şu Ylalaşygyň beýleki düzgünlerini nazara almak bilen, salgyt salynmaga degişlidir.

13-nji madda

Emlägi aýrybaşlamakdan alynýan peýda

(1) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde ýerleşýän gozgalmaýan emlägi aýrybaşlamakdan alyan girdejilerine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) Aktiwleri göni ýa-da gytaklaýyn Ylalaşýan Döwletde ýerleşýän gozgalmaýan emläkden ybarat bolan kompaniýanyň paýlanamalarynyň we oňa gatnaşmagyň beýleki

paýlarynyň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejlere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(3) Ylalaşýan Döwletiň kärhanasynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde bar bolan hemişelik wekilçiliginiň aktiwleriniň düzümine girýän ýa-da hemişelik binýada degişli bolan gozgalýan emlägiň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejlere, şol sanda şeýle hemişelik wekilçiligiň (aýratynlykda ýa-da tutuş kärhana bilen bilelikde) ýa-da şeýle hemişelik binýadyň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejlere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(4) Halkara gatnatmalarynda ulanylýan deňiz ýa-da howa gämileriniň, şeýle hem şeýle deňiz we howa gämileriniň ulanylmagy bilen baglanyşykly gozgalýan emlägiň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejilerine diňe kärhananyň hakyky ýolbaşçylyk edýän edarasy ýerleşýän şol Döwletde salgyt salnyp bilner.

(5) 1–4-nji bölümlerde görkezilenden başga islendik emlägiň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejlere diňe emlägi aýrybaşgalaýan tarapyň öz dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletinde salgyt salynýar.

14-nji madda

Garaşsyz şahsy hyzmatlar

(1) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan şahsy tarapyň hünär hyzmatlaryny emläkden ýa-da garaşsyz häsiýetli başga bir işden alýan girdejlere, eger-de şol dahyllynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde öz işini amala aşyrmak üçin yzygiderli elýeterli bolan hemişelik binýady bolmasa, diňe şol Döwletde salgyt salynýar. Eger-de onuň şeýle hemişelik binýady bar bolsa, onda girdejlere, ýöne olaryň diňe şol hemişelik binýada degişli edilip bilinjek bölegi babatda, şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner. Eger-de Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan şahsy tarapyň beýleki Ylalaşýan Döwletde bolmagynyň möhleti degişli salgyt ýylynda başlanýan ýa-da tamamlanýan islendik on iki

aýyň dowamynda jemi 183 günden uzak döwürlere barabar bolsa, şol tarapyň şol beýleki Döwletde zygiderli elýeterli bolan hemişelik binýady bar hasap edilyär we şol beýleki Döwletde amala aşyrylýan işden alynýan girdejiler şol hemişelik binýada degişli edilip bilner. Şeýle ýagdaýda, hemişelik binýada degişli girdejlere şol beýleki Döwletde şu Ylalaşygyň 7-nji maddasynda telekeçilik peýdasynyň jemi möçberini hasaplamak we ony hemişelik wekilçilige degişli etmek üçin beýan edilen ýörelgelere barabar ýörelgelere laýyklykda salgyt salnyp bilner.

(2) «Hünär hyzmatlary» adalgasy, hususan-da, garaşsyz ylmy, edebi, terbiýeçilik ýa-da mugallymçylyk işini, sungatlar ugrunda garaşsyz amala aşyrylýan işi, şeýle hem lukmanlaryň, diň lukmanlarynyň, aklawçylaryň, inženerleriň, binagärleriň we hasapçylyk işi boýunça bilermenleriň garaşsyz işini öz içine alýar.

15-nji madda

Hakynatutma boýunça iş

(1) Şu Ylalaşygyň 16–19-njy maddalarynyň düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletiň biriniň dahyllysynyň hakynatutma iş bilen bagly alýan hak-heşdegine, iş hakyna we şunuň ýaly beýleki töleglere diňe şol Döwletde salgyt salynýar, hakynatutma işiň beýleki Ylalaşýan Döwletde amala aşyrylýan halatlary muňa girmeyär. Eger iş şol Döwletde amala aşyrylýan bolsa, şunuň bilen bagly alnan tölege şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) 1-nji bölümiň düzgünlerine garamazdan, Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde hakynatutma boýunça amala aşyrylýan iş bilen bagly alýan hakyna diňe birinji agzalan Döwletde salgyt salynýar, şunda şu şertler berjaý edilmelidir:

- a) alyjy degişli salgyt ýylynda başlanýan ýa-da tamamlanýan islendik on iki aýlyk döwürde jemi alnanda 183 günden geçmeýän döwrüň dowamynda beýleki Döwletde bolmalydyr, we

b) töleg şol beýleki Döwletiň dahyllysy bolup durmaýan hakyna tutujy tarapyndan ýa-da onuň adyndan tölenilýän bolmalydyr, we

c) tölegleri tölemek boýunça çykadjylary hakyna tutujynyň beýleki Döwletdäki hemişelik wekilçiligi ýa-da hemişelik binýady çekmeli däldir.

(3) Şu maddanyň 2-nji bölümüniň düzgünleri işçi güýjüni bermek boýunça täjirçilik işiniň çäklerinde hakynatutma işgärleriň işi bilen bagly hak-heşdekler babatda ulanylmaýar.

(4) Şu maddanyň ýokardaky düzgünlerine garamazdan, halkara gatnatmalarynda ulanylýan deňiz ýa-da howa gämisiniň bortunda hakynatutma boýunça amala aşyrylýan iş üçin alynýan hak-heşdege deňiz ýa-da howa gämisini ulanýan kärhananyň hakyky ýolbaşçylyk edýän edarasy ýerleşýän şol Ylalaşýan Döwletde salgyt salnyp bilner.

16-njy madda

Gözegçilik geňeşleriniň we direktorlar
geňeşleriniň agzalarynyň hak-heşdekleri

Gözegçilik geňeşleriniň we direktorlar geňeşleriniň agzalarynyň hak-heşdeklerine we Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolan kompaniýanyň gözegçilik geňeşiniň ýa-da direktorlar geňeşiniň agzasy hökmünde alýan sonuň ýaly töleglerine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

17-nji madda

Artistler we türgenler

(1) 7-nji, 14-nji we 15-nji maddalaryň düzgünlerine garamazdan, Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň teatryň, kinonyň, radionyň ýa-da telewideniýäniň artisti ýa-da sazanda ýaly

ýerine ýetiriji artist hökmünde, şeýle hem türgen hökmünde beýleki Ylalaşýan Döwletde amala aşyryan öz şahsy işinden alýan girdejisine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) Eger artistiň ýa-da türgeniň öz ugry boýunça amala aşyryan şahsy işinden alýan girdejisi artustiň ýa-da türgeniň özüne däl-de, başga bir tarapa geçirilýän bolsa, onda şu Ylalaşygyň 7-nji, 14-nji we 15-nji maddalarynyň düzgünlerine garamazdan, şol girdejä artistiň ýa-da türgeniň işi amala aşyrylýan Ylalaşýan Döwletde salgyt salnyp bilner.

(3) Eger-de artistiň ýa-da türgeniň şol Döwletde bolmagy doly ýa-da esasan beýleki Ylalaşýan Döwletiň, onuň ýerleriniň biriniň ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň biriniň döwlet serişdeleriniň hasabyna ýa-da şol beýleki Döwletde jemgyýet üçin peýdaly (haýyr-sogap işi edýän) diýlip ykrar edilen gurama tarapyndan maliýeleşdirilýän bolsa, artistler we türgenler tarapyndan Ylalaşýan Döwletde amala aşyrylýan işden alynýan girdējiler babatda şu maddanyň 1-nji we 2-nji bölümleriniň düzgünleri ulanylmaýar. Şeýle ýagdaýda diňe artistiň ýa-da türgeniň dahyllsý bolup durýan Ylalaşýan Döwletde girdejä salgyt salynýar.

18-nji madda

Pensiýalar, rentalar we şulara meňzeş tölegler

(1) 19-njy maddanyň 2-nji bölümüniň düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletiň dahyllsýna tölenýän pensiýalar we şunuň ýaly beýleki tölegler diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

(2) Ylalaşýan Döwletiň dahyllsý bolup durýan şahsy tarapyň beýleki Ylalaşýan Döwletiň hökmany ýaşayyş-durmuş ätiýaçlandyrmasyň hasabyna alýan töleglerine, şu maddanyň 1-nji bölümüniň düzgünlerinden tapawutlylykda, diňe şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(3) Ylalaşyan Döwletiň ýa-da onuň edara ediş-çäk birlikleriniň biriniň beýleki Ylalaşyan Döwletiň dahyllysyna syýasy taýdan yzarlanmak netijesinde çekilen zyýanyň öwezini dolmagyň, kanuna garşylygyň ýa-da harby hereketleriň (öwezini dolma töleglerini we kömek pullaryny goşmak bilen), hökmany harby ýa-da onuň ýerine geçilýän raýatlyk gullugynyň, jenaýatyň, sanjymlaryň ýa-da şulara meňzeş wakalaryň netijesinde çekilen zyýanyň öwezini dolmagyň hasabyna tölenýän zygyderli we bir gezeklyk töleglere, şu maddanyň 1-nji bölüminiň düzgünlerinden tapawutlylykda, diňe birinji agzalyan Döwletde salgyt salnyp bilner.

(4) «Renta» adalgasy zygyderli, kesgitlenen möhletlerde, ömürboýy ýa-da kesgitlenen ýa-da kesgitläp bolýan döwrüň dowamynda, barabar hyzmat üçin öwezini dolmak hökmünde şu tölegleri göz önünde tutýan borçnama esasynda, pul ýa-da maddy gymmatlyklar görnüşinde berlen kesgitli möçberleriň jemini aňladýar.

(5) Eklençdäki adamlara ýaşayyş serişdeleri hökmünde tölenýän tölegler, şol sanda Ylalaşyan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşyan Döwletiň dahyllysyna çagalar üçin töleýän alimentleri, şol beýleki Döwletde salgyt salynmakdan boşadylýar. Eger-de şu tölegler birinji agzalan Döwletde, olary töleýjiniň salgyt salynýan girdejisiniň goşulan möçberi hasaplananda kemeldilmäge degişli bolsa, şu düzgün ulanylmaýar; ýaşayyş-durmuş ýagdaýyny ýeňilleşdirmek maksady bilen salgyt salynmaýan möçberleriň jemleri, şu düzgüniň talaplaryna laýyklykda, kemeldilme hasap edilmeýär.

19-njy madda
Döwlet gullugy

(1)

- a) Ylalaşyan Döwletiň, onuň ýerleriniň biriniň ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň biriniň şahsy tarapa şol Döwlete, onuň ýerleriniň birine ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň birine edýän gullugy üçin tölenýän hak-heşdek, zähmet

haky we şunuň ýaly beýleki tölegler, pensiyadan başga, diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

b) Emma şeýle hak-heşdekler eger gulluk şol beýleki Ylalaşýan Döwletde amala aşyrylýan bolsa we şahsy tarap şol Döwletiň dahyllysy bolsa, diňe şol Ylalaşýan Döwletde salgyt salnyp bilner, ol:

aa) şol Döwletiň milli tarapy bolmalydyr; ýa-da

bb) diňe gulluk etmek maksady bilen, şol Döwletiň dahyllysy bolmadyk bolmalydyr.

(2)

a) Ylalaşýan Döwlet, onuň ýerleriniň biri ýa-da olaryň edara ediş-çäk birliginiň biri tarapyndan, ýa-da olaryň döreden gaznasyndan şol Döwlete, onuň ýerleriniň birine ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň birine edýän gullugy üçin tölenýän pensiya diňe şol Döwletde salgyt salnyp bilner.

b) Emma şeýle pensiyalar, eger şahsy tarap şol beýleki Döwletiň dahyllysy we milli tarapy bolsa, diňe şol Ylalaşýan Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

(3) 15, 16, 17 we 18-nji maddalaryň düzgünleri Ylalaşýan Döwletiň, onuň ýerleriniň biriniň ýa-da olaryň edara ediş-çäk birliginiň biriniň telekeçilik işi bilen bagly edýän gullugy üçin hak-heşdek we pensiyalar barada ulanylýar.

(4) Şu maddanyň 1-nji bölüminiň düzgünleri degişlilikde diňe şol Döwlet, şol ýer ýa-da şol edara ediş-çäk birlik tarapyndan onuňrazylygy bilen beýleki Ylalaşýan Döwlete iberilen hünärmenlere ýa-da meýletin kömekçilere goýberilýän serişdeleriň hasabyna Ylalaşýan Döwletiň, onuň ýerleriniň biriniň ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň ykdysady hyzmatdaşlyk maksatnamasynyň çäklerinde tölenýän hak-heşdekler babatda ulanylýar.

(5) Şu maddanyň 1-nji we 2-nji bölüminiň düzgünleri degişlilikde Gyote Instituty ýa-da Germaniýa Federativ Respublikasynyň Germaniýanyň akademiki alyşmalar gullugy tarapyndan ýa-da olaryň adyndan tölenýän hak-heşdekler babatda ulanylýar. Ygtyýarly edaralar özara ylalaşmak boýunça Ylalaşýan Döwletleriň beýleki şular ýaly edaralarynyň hak-heşdekleri babatda degişli çemeleşmäni ulanmak barada ylalaşyp bilerler. Eger-de görkezilen hak-heşdeklere edarany döreden döwletde salgyt salynmaýan bolsa, şu Ylalaşygyň 15-nji maddasynyň düzgünleri hereket edýär.

20-nji madda

Talyplar

Ylalaşýan Döwletleriň birine gelmeginden öň beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan ýa-da bolan we birinji agzalan Döwletde diňe okamak ýa-da taýýarlanmak maksady bilen bolýan talyp, tejribe geçýän ýa-da okuwçy tarapyndan ýaşamak, okamak ýa-da taýýarlanmak maksady üçin alynýan tölegleriň çeşmeleriniň şol Döwletiň çäklerinden daşarda ýerleşýän halatynda olara salgyt salynmaýar.

21-nji madda

Beýleki girdejiler

(1) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň şu Ylalaşygyň ýokardaky maddalarynda görkezilmedik girdejilerine olaryň dörän çeşmesine garamazdan, diňe şol Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) Eger gozgalmaýan emläkden alynýan girdejileriň alyjysy Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolmak bilen, beýleki Ylalaşýan Döwletde telekeçilik işini onda ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyrylan bolsa ýa-da şol beýleki Döwletde garaşsyz şahsy hyzmatlary şol ýerdäki hemişelik binýatdan edýän bolsa we girdejiniň tölenmegine esas bolan hukuklar ýa-da emläk gymmatlyklary şeýle hemişelik wekilçilik ýa-da

hemişelik binýat bilen hakykatdan-da bagly bolsa, onda 1-nji bölümiň düzgünleri ulanylmaýar. Şeýle halatda 7-nji ýa-da 14-nji maddanyň düzgünleri ulanylýar.

22-nji madda

Emläk

(1) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysyna degişli bolan we beýleki Ylalaşýan Döwletde ýerleşýän gozgalmaýan emläge şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(2) Ylalaşýan Döwletiň kärhanasynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde bar bolan hemişelik wekilçiliginiň aktiwleri bolup durýan ýa-da Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde garaşsyz şahsy hyzmatlary etmek üçin ulanyan hemişelik binýadyna degişli gozgalýan emläge, şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

(3) Halkara gatnatmalarynda ulanylýan deňiz ýa-da howa gämileri, şeýle hem ýol deňiz ýa-da howa gämileriniň ulanylmagy bilen baglanyşykly gozgalýan emläge kärhananyň hakyky ýolbaşçylyk edýän edarasy ýerleşýän şol Ylalaşýan Döwletde salgyt salnyp bilner.

(4) Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň emläginiň ähli beýleki böleklerine diňe şol Döwletde salgyt salnyp bilner.

23-nji madda

Dahyllylyk edilýän Döwletde iki gezek salgyt
salynmagyny aradan aýyrmak

(1) Germaniýa Federatiw Respublikasynyň dahyllysy babatda salgytlar aşakdaky tertipde bellenýär:

- a) Germaniýanyň salgytlarynyň salgyt binýadyndan Türkmenistandan alynýan girdejliler, şeýle hem şu Ylalaşyga laýyklykda Türkmenistanda salgyt salnyp bilinýän we şu bölümiň b) kiçi bölümüniň täsirine düşmeýän, Türkmenistanda ýerleşýän emläk gymmatlyklary aýrylýar.

Diwidendlerden alynýan girdejliler babatda ýokardaky düzgünler diňe maýasynyň 25 göteriminden az bolmadyk möçberi gönüden-göni Germaniýanyň kompaniýasyna degişli bolan we şol möçber diwidendleri töleýän kompaniýanyň girdejlileri hasaplananda kemeldilmedik ýagdaýynda, Türkmenistanyň dahyllysy bolup durýan kompaniýa tarapyndan Germaniýa Federativ Respublikasynyň dahyllysy bolup durýan (şereket muňa girmeýär) kompaniýa şol diwidendleriň tölenen ýagdaýynda ulanylýar.

Emläge salgyt salmak maksatlary üçin Germaniýanyň salgytlarynyň salgyt binýadyndan, şeýle hem olar boýunça diwidendler tölenýän bolsa, şu kiçi bölümüň ýokardaky bölümleriniň düzgünlerine laýyklykda salgyt binýadyndan kemeldilmäge degişli boljak gatnaşyk paýlary aýrylýar.

- b) Germaniýanyň salgyt kanunçylygynyň girdejiden alynýan Germaniýanyň salgytlary salnanda daşary ýurt salgytlaryny tölendi diýip hasap etmek hakyndaky düzgünlerini nazara almak bilen, aşakdaky girdejliler boýunça Türkmenistanyň kanunçylygyna we şu Ylalaşyga laýyklykda tölenen Türkmenistanyň salgytlary tölendi diýip hasap edilýär:

- aa) şu bölümiň a) kiçi bölümüniň täsirine düşmeýän diwidendler babatda;
- bb) göterimler babatda;
- cc) royaltiller babatda;

- dd) şu Ylalaşygyň 13-nji maddasynyň 2-nji bölümüne laýyklykda Türkmenistanda salgyt salnyp bilinýän girdejiler babatda;
- ee) şu Ylalaşygyň 15-nji maddasynyň 3-nji bölümüne laýyklykda Türkmenistanda salgyt salnyp bilinýän girdejiler babatda;
- ff) gözegçilik geňeşleriniň we direktorlar geňeşleriniň agzalaryna berilýän hak-heşdekler babatda;
- gg) şu Ylalaşygyň 17-nji maddasynda göz önünde tutulan girdejiler babatda.
- c) Eger-de Germaniýa Federativ Respublikasynyň dahyllysy hemişelik wekilçiligiň peýda alan hojalyk (hasabat) ýylynda ýa-da Türkmenistanyň dahyllysy bolup durýan kompaniýanyň peýdany hasabyna paýlan hojalyk (hasabat) ýylynda öz jemi içerki girdejisini diňe ýa-da diňe diýen ýaly Germaniýa Federativ Respublikasynyň daşary salgytlar hakyndaky Kanunynyň 8-nji maddasynyň 1-nji bölümüniň 1–6 sanlarynyň täsirine düşýän işiň görnüşlerinden alandygy barada tassyklama bermeyän bolsa, şu Ylalaşygyň 7-nji we 10-njy maddalarynda göz önünde tutulýan girdejiler we olaryň esasy bolup durýan emläk gymmatlyklary babatda şu bölümiň a) kiçi bölümüniň düzgünleriniň ýerine şu bölümiň b) kiçi bölümüniň düzgünleri ulanylýar; hemişelik wekilçiligiň harajatlary üçin niýetlenen gozgalmaýan emläk we ondan alnan girdejiler (şu Ylalaşygyň 6-njy maddasynyň 4-nji bölümi) babatda, şeýle hem şu gozgalmaýan emlägi (şu Ylalaşygyň 13-nji maddasynyň 1-nji bölümi) we hemişelik wekilçiligiň aktiwleri bolup durýan gozgalýan emlägi (şu Ylalaşygyň 13-nji maddasynyň 3-nji bölümi) aýrybaşgalamakdan alnan peýdanyň jemi möçberi babatda şol bir düzgün hereket edýär.
- d) Emma, şu Ylalaşygyň düzgünlerine laýyklykda Germaniýa Federativ Respublikasy, öz tarapyndan girdejiňiň ýa-da emlägiň galan möçberleri babatda ulanylýan salgyt töleginiň möçberi kesgitlenende, Germaniýanyň salgytlaryny

salmakdan boşadylan girdejileri ýa-da emläk gymmatlyklaryny nazara almak hukugyny özünde alyp galýar.

e) Şu bölümiň a) kiçi bölüminiň düzgünlerine garamazdan, iki gezek salgyt salynmagy şu bölümiň b) kiçi bölümüne laýyklykda salgyt tölendi diýip hasap etmegiň üsti bilen aradan aýrylýar,

aa) eger-de Ylalaşýan Döwletlerde girdejiler ýa-da emläk şu Ylalaşygyň dürli düzgünlerine degişli bolup durýan ýa-da dürli taraplaryň hasabyna geçirilýän (şu Ylalaşygyň 9-njy maddasynda göz önünde tutulan ýagdaýlardan başga) bolsa, we haçan-da degişli girdejlere ýa-da emläk gymmatlyklaryna şeýle dürli degişli etmek ýa-da hasaba geçirmek netijesinde salgyt salynmaýan ýa-da şeýle düşünişmezligiň bolmadyk ýagdaýyndaka görä az möçberli salgyt salynýan ýagdaýynda, ýa-da

bb) eger-de Germaniýa Federativ Respublikasynyň ygtyýarly edarasy Türkmenistanyň ygtyýarly edarasy bilen geňşmelerden soň özüniň şu bölümiň b) kiçi bölümüne laýyklykda salgyt tölendi diýip hasap etmek usulyny ulanmakçy bolýan beýleki girdejiler barada habar berýän bolsa. Şu bölümiň b) kiçi bölümüne laýyklykda iki gezek salgyt salynmagy habarnama berlen senenama ýylyndan soňky senenama ýylynyň birinji gününden salgyt tölendi diýip hasap etmegiň üsti bilen aradan aýrylýar.

(2) Türkmenistanyň dahyllysy babatda salgytlar aşakdaky tertipde bellenýär:

eger-de Türkmenistanyň dahyllysy şu Ylalaşygyň düzgünlerine laýyklykda Germaniýa Federativ Respublikasynda salgyt salnyp bilinjek girdeji alýan ýa-da emläge eýelik edýän bolsa, Türkmenistan:

- a) şu dahyllynyň girdejisinden alynýan salgydy Germaniýa Federatiw Respublikasynda tölenen girdejiden alynýan salgyda barabar jemi möçberde kemeltmäge;
- b) şu dahyllynyň emläginden alynýan salgydy Germaniýa Federatiw Respublikasynda tölenen emläkden alynýan salgyda barabar jemi möçberde kemeltmäge rugsat berýär.

Kemeldilýän şeýle möçberler islendik halatda girdeji ýa-da emläk üçin salgydyň kemeldilmegine rugsat berilmeginden öň hasaplanan, ýagdaýlara baglylykda Germaniýa Federatiw Respublikasynda salgyt salnyp bilinjek girdejä ýa-da emläge degişli böleginden köp bolmaly däldir.

Eger şu Ylalaşygyň islendik düzgünine laýyklykda, Türkmenistanyň dahyllysynyň alan girdejisi ýa-da emlägi Türkmenistanda salgyt salmakdan boşadylan bolsa, Türkmenistan, muňa garamazdan, şol dahyllynyň girdejisiniň ýa-da emläginiň galan bölegine salgydyň möçberi hasaplanan mahaly salgytdan boşadylan girdejinini ýa-da emlägi hasaba alyp biler.

24-nji madda
Kemsitmezlik

(1) Ylalaşýan Döwletiň milli taraplary beýleki Ylalaşýan Döwletde şol beýleki Döwletiň hut şol ýagdaýlarda, hususan-da, dahyllylyk babatda milli taraplarynyň sezewar edilýän ýa-da sezewar edilip bilinjek salgyt salynmagyndan ýa-da sonuň bilen bagly borçnamalardan başga, ýa bolmasa has agyr salgyt salmak bilen bagly islendik salgyt salynmagyna, ýa-da onuň bilen bagly borçnamalara sezewar edilmeli däldir. 1-nji maddanyň düzgünlerine garamazdan, şu düzgün Ylalaşýan Döwletleriň hiç biriniň dahyllysy bolup durmaýan taraplar barada hem ulanylýar.

(2) Ylaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan raýatlygy ýok adamlar Ylaşýan Döwletleriň hiç birinde degişli Döwletiň milli borçnamalarynyň hut şol ýagdaýlarda sezewar edilýän ýa-da sezewar edilip bilinjek salgyt salynmagyndan we onuň bilen bagly borçnamalardan başga ýa-da has agyr islendik salgyt salynmagyna ýa-da onuň bilen bagly islendik borçnamalara sezewar edilmeli däldir.

(3) Ylaşýan Döwletiň kärhanasynyň beýleki Ylaşýan Döwletdäki hemişelik wekilçiligi babatda salgyt salmak düzgüni şol beýleki Döwletiň şeýle işi amala aşyran kärhanalary baradaky salgyt salmak düzgünlerinden az amatly bolmaly däldir. Şu düzgün Ylaşýan Döwleti öz dahyllylaryna berýän salgyt salynmaýan möçberleri, salgyt ýeňillikleri ýa-da indirimleri beýleki Ylaşýan Döwletiň dahyllylaryna bermäge borçly edýän hökmünde düşündirilmeli däldir.

(4) 9-ňjy maddanyň 1-nji bölüminiň, 11-nji maddanyň 8-nji bölüminiň, 12-nji maddanyň 6-njy bölüminiň düzgünleri ulanylandan başga halatlarda Ylaşýan Döwletiň kärhanasynyň beýleki Ylaşýan Döwletiň dahyllysyna töleyän göterimleri, roýaltileri we beýleki tölegleri şeýle kärhananyň salgyt salynýan peýdasy hasaplananda, ol birinji agzalan Döwletiň dahyllysyna tölenendäki ýaly şertlerde kemeldilmäge degişlidir. Degişlilikde, Ylaşýan Döwletiň kärhanasynyň beýleki Ylaşýan Döwletiň dahyllysynyň öňündäki bergileri, şol kärhananyň salgyt salynýan emlägi hasaplananda, birinji agzalan Döwletiň dahyllysynyň öňündäki bergiler tölenendäki ýaly şertlerde kemeldilmäge degişlidir.

(5) Ylaşýan Döwletleriň biriniň maýasy beýleki Ylaşýan Döwletiň dahyllysyna ýa-da şeýle taraplaryň birnäçesine göni ýa-da gytaklaýyn degişli bolan ýa-da olar tarapyndan gözegçilik edilýän kärhanalary birinji agzalan Döwletde şol Döwletiň şonuň ýaly kärhanalary babatda sezewar edilýän ýa-da sezewar edilip bilinjek salgyt salynmagyndan we onuň bilen bagly borçnamalardan başga ýa-da has agyr islendik salgyt salynmagyna ýa-da onuň bilen bagly islendik borçnamalara sezewar edilmeli däldir.

(6) Şu Ylalaşygyň 2-nji maddasyna garamazdan, şu maddanyň düzgünleri islendik görmüşli we atly salgytlar babatda ulanylýar.

25-nji madda

Özara ylalaşmak amaly

(1) Eger-de tarap Ylalaşýan Döwletleriň biriniň ýa-da ikisiniň hem hereketleri şu Ylalaşygyň düzgünlerine laýyk gelmeýän salgytlaryň salynmagyna getirýär ýa-da getirer diýip hasap edýän bolsa, ol şu Döwletleriň içerki kanunçylygynda göz önünde tutulan hukuk gorag serişdelerine zyýan ýetirmezden, özi dahyllysy bolup durýan Ylalaşýan Döwletiniň ygtyýarly edarasyna, ýa-da onuň işi 24-nji maddanyň 1-nji bölümüniň täsirine düşýän bolsa, onda özi milli tarapy bolup durýan Ylalaşýan Döwletiniň ygtyýarly edarasyna öz işine seretmek üçin arza berip biler. Iş boýunça arza şu Ylalaşygyň düzgünlerine laýyk gelmeýän salgytlaryň salynmagyna getiren hereket hakyndaky ilkinji habarnamanyň pursadyndan başlap, üç ýylyň dowamynda berilmelidir.

(2) Ygtyýarly edara arzany esasly hasap etse we özi kanagatlanarly çözüde gelip bilmese, şu Ylalaşyga laýyk gelmeýän salgytlaryň salynmagyny aradan aýyrmak maksady bilen, işi beýleki Ylalaşýan Döwletiniň ygtyýarly edarasy bilen özara ylalaşmak boýunça çözmäge çalşar. Gazanylan islendik ylalaşyk Ylalaşýan Döwletleriň içerki kanunçylygynda bar bolan haýsydyr bir wagtlaýyn çäklendirmelere garamazdan, ýerine ýetirilmelidir.

(3) Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary şu Ylalaşyk düşündirililen ýa-da ulanylan mahaly ýüze çykýan kynçylyklary ýa-da şübhelenmeleri özara ylalaşmak boýunça çözmäge çalşarlar. Olar, şeýle hem, şu Ylalaşykda göz önünde tutulmadyk halatlarda iki gezek salgyt salynmagyny aradan aýyrmak maksadyna eýerip, bir-biri bilen geňeşip bilerler.

(4) Ylalaşyan Döwletleriň ygtyýarly edaralary ýokardaky bölümlere düşünmekde ylalaşyk gazanmak maksadyna eýerip, bir-biri bilen, şol sanda olaryň özlerinden ýa-da wekillerinden düzülen bilelikdäki toparyň üsti bilen göni gatnaşykda bolup bilerler.

26-njy madda

Maglumatlary alyşmak

(1) Şeýle derejede salgyt salynmagy şu Ylalaşyga ters gelmeýän bolsa, Ylalaşyan Döwletleriň ygtyýarly edaralary şu Ylalaşygyň düzgünlerini ýerine ýetirmek ýa-da Ylalaşyan Döwletleriň, onuň yerleriniň biriniň ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň biriniň adyndan alynýan islendik görnüşli we atly salgytlar babatda içerki kanunçylygy dolandyrmak ýa-da ýerine ýetirmek üçin möhüm diýip hasap edilip bilinjek maglumatlary alyşýarlar. Maglumatlary alyşmak 1-nji we 2-nji maddalaryň düzgünleri bilen çäklenmeýär.

(2) Ylalaşyan Döwletleriň birinden şu maddanyň 1-nji bölümüne laýyklykda alnan islendik maglumat şol Döwletiň içerki kanunçylygyna laýyklykda alnan maglumat ýaly aýan edilmesiz hasap edilmelidir we diňe şu maddanyň 1-nji bölümünde görkezilen salgytlary mejburi töletdirmek ýa bolmasa kazyýet taýdan yzarlamak, ýa-da şikâýatlara garamak, ýokarda aýdylanlaryň ählisine gözegçilik etmek bilen meşgullanýan taraplara ýa-da edaralara (şol sanda kazyýetler we dolandyryş edaralary) habar berilýär. Şeýle taraplar ýa-da edaralar şu maglumatlary diňe görkezilen maksatlar üçin ulanyp bilerler. Olar şu maglumatlary açyk kazyýet mejlisiniň barşynda ýa-da kazyýet çözütllerinde aýan edip bilerler.

(3) Şu maddanyň 1-nji we 2-nji bölümleriniň düzgünleri Ylalaşyan Döwletiň üstüne şu borçlary ýükleýän hökmünde düşündirilmez:

- a) ol ýa-da beýleki Ylalaşyan Döwletiň kanunçylygyna ýa-da edara ediş tejribesine ters gelýän edara ediş çärelerini geçirmek;

- b) ol ýa-da beýleki Ylalaşýan Döwletiň kanunçylygy boýunça ýa-da adaty edara ediş tejribesiniň barşynda alyp bolmaýan maglumatlary bermek;
- c) söwda, senagat, telekeçilik ýa-da hünär syryny, ýa-da işewürlük amalyňy aýan etjek maglumatlary, ýa-da aýan edilmegi döwlet syýasatyna (ordre public) ters geljek maglumatlary bermek.

(4) Eger maglumatlar şu maddanyň düzgünlerine laýyklykda Ylalaşýan Döwlet tarapyndan soralan bolsa, beýleki Ylalaşýan Döwlet, hatda eger şeýle maglumat öz salgyt maksatlary üçin beýleki Döwlete zerur bolmasa-da, soralan maglumatlary almak üçin maglumatlary toplamak boýunça öz ygtyýarynda bolan çäreleri geçirýär. Ýokardaky sözlemdäki borçnama şu maddanyň 3-nji bölümünde kesgitlenen çäklendirmelere degişlidir, ýöne hiç bir halatda şeýle çäklendirmek özünde diňe içerki gyzyklanmanyň ýokdugy sebäpli, maglumatlary bermekden boýun gaçyrmaga Ylalaşýan Döwlete rugsat berýän hökmünde düşündirilip bilinmez.

(5) Hiç bir halatda 3-nji bölüm diňe maglumatlaryň eýesi bank, beýleki maliýe edarasy, nominal saklaýjy, ýumuşçy ýa-da ynanylan dolandyryjy bolup durýandygy sebäpli, ýa bolmasa maglumatyň haýsydyr bir tarapyň emläk bähbitlerine degişlidigi sebäpli, Ylalaşýan Döwlet maglumatlary bermekden boýun gaçyrmaga rugsat berýän hökmünde düşündirilmez.

27-nji madda

Salgyt salnanda berilýän edara ediş kömegi

(1) Ylalaşýan Döwletler salgyt talaplarynyň möçberiniň jemi alnanda birek-birege edara ediş kömegini berýärler. Şeýle edara ediş kömegi şu Ylalaşygyň 1-nji we 2-nji maddalarynyň düzgünleri bilen çäklendirilmeýär. Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary özara ylalaşmak boýunça şu maddany ulanmagyň tertibini kesgitläp bilerler.

(2) Şu maddada ulanylýan «salgyt talapy» adalgasy şeýle salgyt salynmagynyň şu Ylalaşyga ýa-da Ylalaşýan Döwletleriň taraplary bolup durýan haýsydyr bir beýleki namalara ters gelmeýän böleginde, Ylalaşýan Döwletiň, onuň ýerleriniň biriniň ýa-da olaryň edara ediş-çäk birlikleriniň biriniň adyndan alynýan islendik görnüşli we atly salgytlaryň tölenmäge degişli möçberiniň jemini, şeýle hem şeýle möçberiniň jemine degişli görümleri, edara ediş jerimelerini we salgydy almak ýa-da üpjün ediş çärelerini geçirmek üçin çykarylýan çykdajylary aňladýar.

(3) Eger Ylalaşýan Döwletiň salgyt talabyny şol Döwletiň kanunçylygy boýunça ýerine ýetirip bolýan bolsa we ony şol Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda talabyň ýerine ýetirilýän pursadynda onuň alynmagyna pägel berip bilmeýän tarap tölemeli bolsa, şeýle salgyt talabyny şol Döwletiň ygtyýarly edarasynyň talap etmegi boýunça beýleki Ylalaşýan Döwletiň ygtyýarly edarasy salgyt almak maksatlary üçin kabul edýär. Şol beýleki Döwlet salgyt talabynyň jemi möçberini almagy, şol salgyt talabynyň şol beýleki Döwletiň özüniň salgyt talaby bolup duran ýagdaýyndaky ýaly, onuň öz salgytlaryny mejburi şertde ýerine ýetirmek we almak baradaky kanunçylygynyň düzgünlerine laýyklykda amala aşyrýar.

(4) Eger Ylalaşýan Döwletiň salgyt talaby şoňa degişlilikde şol Döwletiň öz kanunçylygyna laýyklykda salgyt alynmagyny üpjün etmek boýunça çäre görülip bilinýän talap bolup durýan bolsa, şeýle salgyt talabyny beýleki Ylalaşýan Döwletiň ygtyýarly edarasy şol Döwletiň ygtyýarly edarasynyň talap etmegi boýunça üpjün ediş çärelerini görmek maksatlary üçin kabul edýär. Hatda salgyt talabyny birinji agzalýan Döwletde şeýle çäreler görülen pursadynda ýerine ýetirip bolmajak ýa-da ony şol talabyň alynmagyna päsgel bermäge haky bolan tarapyň ýerine tölenmeli ýagdaýynda hem, şol beýleki Döwlet, şol salgyt talabynyň şol beýleki Döwletiň özüniň salgyt talaby bolup duran ýagdaýyndaky ýaly, şeýle salgyt talaby babatda, içerki kanunçylygynyň düzgünlerine laýyklykda üpjün ediş çärelerini görýär.

(5) Şu maddanyň 3-nji we 4-nji bölümleriniň düzgünlerine garamazdan, Ylalaşýan Döwlet tarapyndan şu maddanyň 3-nji ýa-da 4-nji bölüminiň maksatlary üçin kabul edilen salgyt talaby şol Döwletde şol Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda möhletiniň geçendigine ýa-da

salgyt talabyna ilkinji nobatda seretmek düzgünlerine degişli däldir. Mundan başga-da, Ylalaşýan Döwlet tarapyndan şu maddanyň 3-nji ýa-da 4-nji bölümüniň maksatlary üçin kabul edilen salgyt talaby şol salgyt talabyny beýleki Ylalaşýan Döwletiň kanunçylygy boýunça tapawutlandyryan artykmaç hukuk ýagdaýyna şol Döwletde eýe bolmaýar.

(6) Beýleki Ylalaşýan Döwletiň kazyýetlerinde ýa-da dolandyryş edaralarynda Ylalaşýan Döwletiň salgyt talabynyň barlygy, hakyky ýa-da onuň möçberi barada hukuk amallary gozgalyp bilinmeýär.

(7) Eger degişli salgyt talaby Ylalaşýan Döwletiň şu maddanyň 3-nji ýa-da 4-nji bölümüne laýyklykda talap haty beren pursadyndan beýleki Ylalaşýan Döwletiň degişli salgyt talabynyň jemini almagy amala aşyrmagyna we ony birinji agzalýan Döwletiň hasabyna geçirmegine çenli döwürde:

- a) şu maddanyň 3-nji bölümüne laýyklykda berlen talap haty babatda, şol Döwletiň kanunçylygy boýunça ýerine ýetirilip bilinjek we ýerine ýetirilýän pursatda şol Döwletiň kanunçylygy boýunça onuň alynmagyna päsgel berip bilmejek tarapyň tölemegine degişli, birinji agzalýan Döwletiň salgyt talabynyň häsiýetlerini ýitirýän bolsa, ýa-da
- b) şu maddanyň 4-nji bölümüne laýyklykda berlen talap haty babatda, şol salgyt talaby barada şol Döwletiň öz kanunçylygyna laýyklykda salgydyň alynmagyny üpjün ediş çärelerini görüp bilýän, birinji agzalýan Döwletiň salgyt talabynyň häsiýetlerini ýitirýän bolsa, birinji agzalan Döwletiň ygtyýarly edarasy beýleki döwletiň ygtyýarly edarasyna gaýragoýulmasyz tertipde şeýle waka hakynda habar berýär we birinji agzalýan Döwlet beýleki Döwletiň saýlap almagyna baglylykda özüniň talap hatyny ýa togtadýar, ýa-da ýatyrýar.

(8) Şu maddanyň düzgünleri hiç bir halatda Ylalaşýan Döwletiň üstüne şu borçlary ýükleýän hökmünde düşündirilmez:

- a) şol ýa-da beýleki Ylalaşýan Döwletiň kanunçylygyna ýa-da edara ediş tejribesine ters gelýän edara ediş çärelerini geçirmegi;
- b) döwlet syýasatyna (ordre public) ters gelip biljek çäreleri geçirmegi;
- c) beýleki Ylalaşýan Döwletiň öz kanunçylygyna ýa-da edara ediş tejribesine laýyklykda mümkin bolan, salgyt salmak ýa-da üpjün ediş çärelerini görmek boýunça islendik barabar çäreleri doly geçirmedik ýagdaýynda;
- d) şol Döwletiň edara ediş çykdajylarynyň beýleki Ylalaşýan Döwletiň şu kömek sebäpli alýan peýdasyna barabar dälidiginiň görnüp duran ýagdaýlarynda edara ediş kömegini bermegi.

28-nji madda

Çeşmesine salgyt salmak boýunça düzgünler

(1) Eger şu maddadan başga many gelip çykmayán bolsa, eger Ylalaşýan Döwletde beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllsynyň diwidendlerinden, göterimlerinden, roýaltlerinden ýa-da beýleki girdejilerinden salgytlar tutup almak arkaly alynýan bolsa, onda birinji agzalýan Döwletiň öz milli kanunçylygyna laýyklykda möçber (stawka) boýunça hukugyna şu Ylalaşyk täsir etmeýär. Tutup almagyň üsti bilen alynýan salgyt töleýjiniň arzasy boýunça, haçan we nähili derejede şu Ylalaşyk boýunça azaldylýan ýa-da ýatyrylýan bolsa, şonda we şonuň ýaly derejede gaýtarylmaga degişlidir.

(2) Her bir Ylalaşýan Döwlet, salgydy tutup almazdan ýa-da diňe şu Ylalaşygyň degişli maddasynda göz önünde tutulan salgydy tutup almak bilen, şu Ylalaşyga laýyklykda girdejileriň çeşmesi bolup durýan döwletde salgyt salynmaga degişli bolmadyk ýa-da azaldylan salgyt salynmaga degişli bolan girdejileri tölemegi amala aşyrmak boýunça amallary döreder.

(3) Salgydy gaýdyp bermek baradaky arzalar diwidendleriň, göterimleriň, roýaltileriň ýa-da beýleki girdejileriň çeşmesinden tutup alynýan salgytlar kesgitlenýän senenama ýylyndan soňky dördünji ýyl tamamlanmanka berilýär.

(4) Girdejileriň dörän Ylalaşýan Döwleti ygtyýarly edaradan beýleki Ylalaşýan Döwletdäki dahyllylyk barada tassyklamany talap edip biler.

(5) Ygtyýarly edaralar özara ylalaşmak boýunça şu maddany amala aşyrmagy kadalaşdyryp we zerurlyga görä, şu Ylalaşykda göz önünde tutulan salgyt salynmagyny azaltmak ýa-da salgyt salynmagyndan boşatmak boýunça beýleki amallary kegitläp bilerler.

29-njy madda

Ylalaşygy aýratyn ýagdaýlarda ulanmak

(1) Şu Ylalaşygy Ylalaşýan Döwlet tarapyndan salgyt salynmaktan gaça durmagyň ýa-da salgytlary tölemekden boýun gaçyrmagyň önüni almak boýunça onuň milli hukuk namalaryny ulanmaga päsgel berýän hökmünde düşündirmek bolmaz.

(2) Eger şu maddanyň 1-nji bölüminiň düzgünleri iki gezek salgyt salynmagyna getirýän bolsa, onda ygtyýarly edaralar şu Ylalaşygyň 25-nji maddasynyň 3-nji bölüminiň düzgünlerine laýyklykda şeýle iki gezek salgyt salynmagynyň önüni almagyň usullary barada özara geňeşmeleri geçirýärler.

30-njy madda
Diplomatik wekilhanalaryň we
konsullyk edaralaryň işgärleri

Şu Ylalaşygyň düzgünleri diplomatik wekilhanalaryň we konsullyk edaralaryň işgärleriniň halkara hukugynyň umumy kadalary ýa-da ýörite ylalaşyklaryň esasynda berlen salgyt ýeňilliklerine täsir etmeýär.

31-nji madda
Teswirnama

Goşulýan Teswirnama şu Ylalaşygyň aýrylmaz bölegi bolup durýar.

32-nji madda
Güýje girmegi

(1) Şu Ylalaşyk tassyklanmaga degişlidir; tassyklamak baradaky hatlary alyşmak mümkin bolan gysga möhletlerde amala aşyrylýar.

(2) Tassyklamak baradaky hatlaryň alşylan güni şu Ylalaşyk güýje girýär we onuň düzgünleri Ylalaşýan Döwletleriň ikisinde-de:

- a) çeşmesinden tutulyp alynýan salgytlar babatda – Ylalaşygyň güýje giren ýylyndan soňky senenama ýylynyň 1-nji ýanwarynda ýa-da şondan soň tölenýän girdejileriň möçberleri barada;
- b) beýleki salgytlar babatda – Ylalaşygyň güýje giren ýylyndan soňky senenama ýylynyň 1-nji ýanwaryndan soňky döwür üçin alynýan salgytlaryň jemleri barada ulanylýar.

(3) Şu Ylalaşygyň güýje girmegi bilen Girdejiler we emläk üçin salgytlar babatda iki gezek salgyt salynmagyny aradan aýyrmak hakynda Germaniýa Federatiw Respublikasy bilen Sowet Sosialistik Respublikalary Soýuzynyň arasynda 1981-nji ýylyň 24-nji noýabrynda gol çekilen Ylalaşyk Germaniýa Federatiw Respublikasy bilen Türkmenistanyň arasyndaky gatnaşyklarda güýjüni ýitirýär we:

- a) çeşmesinden tutulyp alynýan salgytlar babatda – Ylalaşygyň güýje giren ýylyndan soňky senenama ýylynyň 1-nji ýanwarynda ýa-da şondan soň tölenýän möçberler barada;
- b) beýleki salgytlar babatda – Ylalaşygyň güýje giren ýylyndan soňky senenama ýylynyň 1-nji ýanwaryndan soňky döwür üçin alynýan salgytlaryň jemleri barada ulanylmayar.

33-nji madda

Hereketiniň bes edilmegi

Şu Ylalaşyk kesgitli bolmadyk möhlete baglaşylýar, emma Ylalaşýan Döwletleriň her biri şu Ylalaşygyň güýje giren gününden başlap baş ýyllyk döwürden soň gelyän islendik senenama ýylynyň 30-njy iýunyna çenli beýleki Ylalaşýan Döwlete diplomatik ýollar boýunça ýazmaça habarnama bermek arkaly şu Ylalaşygyň hereket etmegini bes etdirip biler; şeýle halatda şu Ylalaşyk:

- a) çeşmesinden tutulyp alynýan salgytlar babatda – Ylalaşygyň ýatyrylandygy barada ygylan edilen ýyldan soňky senenama ýylynyň 1-nji ýanwarynda ýa-da şondan soň tölenýän girdejileriň jemleri barada;
- b) beýleki salgytlar babatda – Ylalaşygyň ýatyrylandygy barada ygylan edilen ýyldan soňky senenama ýylynyň 1-nji ýanwaryndan soňky döwür üçin alynýan salgytlaryň jemleri barada mundan beýläk ulanylmaga degişli däldir.

Beýleki Ylalaşýan Döwletiň Ylalaşygyň ýatyrylmagy baradaky habarnamany alan güni möhletleri hasaplamak üçin kesgitleýji bolup durýar.

Berlin şäherinde 2016njy ýylyň «29» ~~avgustynda~~ nemes, türkmen we rus dillerinde, iki asyl nusgada amal edildi, özi-de ähli nusgalaryň hem birmeňzeş güýji bardyr. Nemes we türkmen ýazgylaryna dürli düşündiriliş berlende, rus dilindäki ýazgy kesgitleýji düýlip hasap ediler.

Germaniýa Federativ Respubli-
kasynyň adyndan



Türkmenistanyň adyndan



Girdejiler we emläk üçin salgytlar

babatda iki gezek salgyt salynmagyny aradan aýyrmak hakynda

Germaniýa Federatiw Respublikasynyň

we

Türkmenistanyň

arasyndaky

Ylalaşyga

2016-njy ýylyň «29» awgusty

Teswirnama

Girdejiler we emläk üçin salgytlar babatda iki gezek salgyt salynmagyny aradan aýyrmak hakynda Germaniýa Federatiw Respublikasynyň we Türkmenistanyň arasynda Ylalaşyga gol çekilendigi bilen baglylykda, göwnejaý derejede ygtyýarly edilen aşakda gol çekenler Ylalaşygyň aýrylmaz bölegi bolup durýan aşakdaky düzgünleri ylalaşdylar:

1. 2-nji maddanyň 3-nji bölüminiň b) kiçi bölümüne

Şahsy taraplaryň girdejilerine salynýan salgyt Türkmenistanda telekeçilik işi bilen meşgullanýan şahsy taraplardan hem, kesgitlenen möçberde hem goşulan girdejisiniň möçberine baglylykda alynýan patent tölegini öz içine alýar.

2. 7-nji madda

- a) Eger Ylalaşýan Döwletiň kärhanasy beýleki Ylalaşýan Döwletde hemişelik wekilçiligiň üsti bilen önümleri ýa-da harytlary satýan ýa-da onda täjirçilik işi bilen meşgullanýan bolsa, onda şol hemişelik wekilçiligiň peýdasynyň jemleri kärhananyň şunlukda gazanan goşulan jemiň esasynda däl-de, diňe hemişelik wekilçiligiň hakyky satuw ýa-da täjirçilik işine degişli edilen jemiň esasynda hasaplanýar.
- b) eger beýleki Ylalaşýan Döwletde kärhananyň hemişelik wekilçiligi bar bolsa, onda şol hemişelik wekilçiligiň ýa-da, hususan-da, senagat, täjirçilik ýa-da ylmy enjamlaryň ýa-da desganyň taslamasyny işläp düzmek, ibermek, gurnamak ýa-da gurnamak hakyndaky şertnamalar bilen ýa-da döwlet buýurmalary bilen baglylykda alan peýdasynyň jemleri şertnamanyň goşulan bahasynyň esasynda däl-de, diňe şertnamanyň hemişelik wekilçiligiň özüniň ýerleşýän ýeri bolan şol Ylalaşýan Döwletde hakykatda ýerine ýetirýän böleginiň esasynda hasaplanýar. Hemişelik wekilçilik üçin harytlary ibermekden alynýan peýdanyň möçberleri ýa-da şertnamanyň kärhananyň baş bölümüniň ýerleşýän ýeri bolan şol Ylalaşýan Döwletde ýerine ýetirýän bölegi bilen bagly peýdasynyň möçberlerine, diňe şol Döwletde salgyt salnyp bilner.
- c) Tehniki hyzmatlar, şol sanda seljeriş işlenip taýýarlamalary ýa-da ylmy, geologiki ýa-da tehniki häsiýetli taslamalar üçin, gurnamalar baradaky şertnamalar, şol sanda olara degişli bolup durýan çyzgylar, ýa-da geňeşdarlyk ýa-da gözegçilik (monitoring) etmek işleri üçin tölenýän hak-heşdekler, olar babatda şu Ylalaşygyň 7-nji ýa-da 14-nji maddasy ulanylýan hak-heşdekler diýip hasap edilýär.
- d) Hemişelik wekilçilik tarapyndan kärhananyň baş bölümüne ýa-da onuň beýleki edarasyna şu aşakdaky görnüşlerde tölenýän ýa-da olar boýunça görkezilen edaralara hasap çykarylýan:

- aa) roýaltiler, gonorar ýa-da beýleki hukuklaryň ulanylmagy üçin hak-heşdek hökmünde berilýän şulara meňzeş tölegler,
- bb) ýörite hyzmatlary ýa-da menejment boýunça hyzmatlary etmek üçin komission tölegler ýa-da
- cc) bank edaralaryndan başga edara-kärhanalar tarapyndan hemişelik wekilçilige karz berlen pul möçberleri boýunça göterimler kemeldilmäge degişli däldir.

3. 10-njy we 11-nji maddalara

Ylalaşygyň 10-njy we 11-nji maddalarynyň düzgünlerine garamazdan, peýda gatnaşmagy göz önünde tutýan hukuklardan ýa-da bergi talaplaryndan alnan girdejiilere (Germaniýa Federatiw Respublikasy babatda ulanylanda, şol sanda gizlin gatnaşyjynyň paý gatnaşygyndan alýan girdejileri, peýda gatnaşmaga hukugy öz içine alýan karzlardan («partiarisches Darlehen») we peýda gatnaşmaga hukugy öz içine alýan gymmat bahaly kagyzlardan alynýan girdejiler), eger olar şol Döwletde şol girdejileri töleýjiniň peýdasy hasaplananda kemeldilmäge degişli bolsa, onda olaryň dörän yeri bolan Ylalaşýan Döwletiniň kanunçylygyna laýyklykda salgyt salnyp bilner.

4. 19-njy madda

Germaniýa Federatiw Respublikasy babatda ulanylanda Ylalaşygyň 19-njy maddasy, eger-de köpçülikleýin-hukuk ýagdaýyny bolan edara görnüşli tarap özüniň şol ýagdaýyny göwnejaý tertipde tassyklaýan bolsa, şol edara görnüşli tarapyň töleýän zähmet haky we hak-heşdekleri babatda hem ulanylýar.

5. 26-njy madda

Eger milli kanunçylykda Ylalaşyk esasynda şahsy taraplara degişli maglumatlar berilýän bolsa, onda her bir Ylalaşýan Döwletiň hukuk namalaryny hasaba almak bilen aşakdaky düzgünler hereket edýär:

- a) Kabul edýän edaranyň maglumatlary diňe görkezilen maksatlar bilen we diňe maglumatlary beryän edaranyň göz önünde tutan şertlerine laýyklykda ulanmagyna ýol berilýär.
- b) Maglumatlary kabul edýän edara maglumatlary beryän edarany onuň haýyş etmegi boýunça berlen maglumatlaryň ulanylmagy we şol maglumatlaryň kömegi bilen alnan netijeler barada habardar edýär.
- c) Şahsy taraplara degişli maglumatlar diňe ygtyýarly edaralara berlip bilner. Olaryň soňky beýleki edaralara berilmegi diňe maglumatlary beryän edaranyň deslapkyrazylygy bilen amala aşyrylyp bilner.
- d) Maglumaty beryän edara berilýän maglumatlaryň ygtybarly, şeýle hem zerur bolmagyny we maglumatlary bermegiň göz önünde tutýan maksatlaryna laýyk gelmegini gazanmaga borçludyr. Şunuň bilen birlikde, maglumatlary bermek babatda milli kanunçylygyň çäklerinde hereket edýän gadagan edilmeler hasaba alynmalydyr. Eger-de ygtybarly bolmadyk ýa-da berilmäge degişli bolmadyk maglumatlaryň berlendigi ýüze çykarylsa, onda bu barada maglumaty kabul edýän edarany gaýragoýulmasyz tertipde habardar etmek zerurdyr. Kabul edýän tarap şol maglumatlary düzetmäge ýa-da ýok etmäge borçludyr.
- e) Gyzyklanma bildirýän tarapyň arzasy boýunça oňa özüne degişli maglumatlaryň berlendigi, şeýle hem olary ulanmagyň çäk edilýän maksatlary barada kepilnama berilýär. Eger-de seljerme kepilnamany bermekden ýüz döndermäge döwlet tarapyndan bildirilýän gyzyklanmanyň ýokarda agzalan tarapyň şol kepilnamany

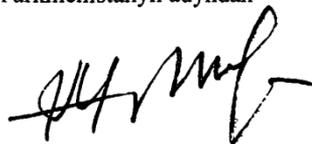
almaga bildirýän gyzyklanmasyndan ähmiýetlidigini görkezýän bolsa, onda kepillnamany bermek hökman däldir. Galan meseleler gyzyklanma bildirýän tarapyň özi hakyndaky maglumatlar barada kepillnama almaga bolan hukuklary çäklerinde maglumat talap edilýän şol Ylalaşýan Döwletiň milli kanunçylygy tarapyndan düzgünleşdirilýär.

- f) Eger-de kimdir birine Ylalaşyk boýunça maglumat alyşmagyň çäklerinde bikanun zyýan ýetirilýän bolsa, onuň öňünde şunuň bilen baglylykda özüniň milli kanunçylygyna laýyklykda maglumaty kabul edýän edara jogapkärçilik çekýär. Ol zyýan çeken tarap babatda özüni aklamak maksady bilen, zyýanyň maglumaty berýän tarapyň ýetirendigine salgylanyp bilmeýär.
- g) Eger-de çäklerinde maglumatlary berýän edaranyň hereket edýän milli kanunçylygy berlen şahsy taraplara degişli maglumatlar babatda ýok etmegiň aýratyn kadalaryny göz öňünde tutýan bolsa, onda maglumaty berýän edara maglumaty kabul edýän tarapa (edara) bu barada habar berýär. Bu kanunçylyga garamazdan, berlen şahsy taraplara degişli maglumatlar, eger-de göz öňünde tutulan maksatlar üçin olaryň mundan beýläk zerurlygy ýok bolsa, berlen maglumatlar ýok edilmäge degişlidir.
- h) Maglumatlary berýän we kabul edýän edaralar şahsy taraplara degişli maglumatlaryň berilmegini we alynmagyny resmi taýdan hasaba almaga borçludylar.
- i) Maglumatlary berýän we kabul edýän edaralar berlen şahsy taraplara degişli maglumatlary elýeterli bolmakdan, olary şoňa hukugy bolmadyk taraplaryň üýtgetmeginden we ýaýratmagyndan netijeli goramaga borçludylar.

Germaniýa Federatiw Respubli-
kasynyň adyndan



Türkmenistanyň adyndan



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
TURKMENISTAN FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH
RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL

The Federal Republic of Germany and Turkmenistan,

Desiring to conclude an Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital and to promote economic cooperation between the two Contracting States,

Have agreed as follows:

Article 1. Persons covered

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2. Taxes covered

1. This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, a Land, or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Agreement shall apply are in particular:

(a) In the Federal Republic of Germany:

Income tax,

Corporation tax,

Business tax,

including the supplements levied thereon
(hereinafter referred to as “German tax”);

(b) In Turkmenistan:

Profit tax (income tax) for legal persons,

Income tax for individuals, and

Wealth tax

(hereinafter referred to as “Turkmen tax”).

4. The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

Article 3. General definitions

1. For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

(a) The term “Turkmenistan” means the territory of Turkmenistan wherein Turkmenistan exercises its sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law;

(b) The term “Federal Republic of Germany” means the territory of the Federal Republic of Germany, as well as the area of the seabed, its subsoil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, wherein the Federal Republic of Germany exercises sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources;

(c) The terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or Turkmenistan, as the context requires;

(d) The term “person” means an individual, a company and any other body of persons;

(e) The term “company” means any body corporate or entity that is treated as a body corporate for tax purposes;

(f) The terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean, respectively, an enterprise carried on by a resident of a Contracting State or an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

(g) The term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

(h) The term “national” means:

(aa) In relation to the Federal Republic of Germany: any German within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in the Federal Republic of Germany;

(bb) In relation to Turkmenistan: any individual possessing the nationality of Turkmenistan and any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in Turkmenistan;

(i) The term “competent authority” means:

(aa) In the Federal Republic of Germany: the Federal Ministry of Finance or the authority to which it has delegated its powers;

(bb) In Turkmenistan: the Ministry of Finance and the Main State Tax Service or their authorized representative.

2. As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4. Resident

1. For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his or her domicile, residence, place of management, or other criterion of a similar nature and also includes that State,

its Länder and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or of capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his or her status shall be determined as follows:

(a) He or she shall be deemed to be a resident only of the State in which he or she has a permanent home available to him or her; if he or she has a permanent home available to him or her in both Contracting States, he or she shall be deemed to be a resident only of the State with which his or her personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

(b) If the State in which he or she has his or her centre of vital interests cannot be determined, or if he or she has not a permanent home available to him or her in either State, he or she shall be deemed to be a resident only of the State where he or she has an habitual abode;

(c) If he or she has an habitual abode in both States or neither of them, he or she shall be deemed to be a resident only of the State of which he or she is a national;

(d) If he or she is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5. Permanent establishment

1. For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term “permanent establishment” includes especially:

(a) A place of management;

(b) A branch;

(c) An office;

(d) A factory;

(e) A workshop;

(f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources, and

(g) A delivery warehouse.

3. The term “permanent establishment” also includes:

(a) A building site, construction or installation project or monitoring activity connected therewith, when it lasts for more than twelve months, and

(b) An installation to prospect for natural resources or monitoring activities connected therewith, or a drilling rig or drill ship used for prospecting for natural resources, when their use or activity lasts for more than twelve months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

(a) The use of facilities solely for the purpose of storage or display of goods or merchandise belonging to the enterprise;

(b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage or display;

(c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

(d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information for the enterprise;

(e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

(f) The maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary nature.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person — other than an agent of an independent status to whom paragraph 7 applies — is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. Notwithstanding the preceding provisions of this article, an insurance company, other than a reinsurance company, of a Contracting State, shall be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State when a person who is not an agent of an independent status within the meaning of paragraph 7 collects premiums or insures risks in the territory of the other State.

7. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business and are not bound in their commercial and financial relations with the enterprise by any conditions which have been agreed or imposed and which differ from those which independent persons would normally agree between themselves.

8. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6. Income from immovable property

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working

of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to the income from immovable property that is used in order to engage in activities of an independent character.

Article 7. Business profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits may be taxed in that other State but only insofar as they are attributable to that permanent establishment.

2. If an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, notwithstanding the provisions of paragraph 3, the profits that are attributable in each Contracting State to that permanent establishment are the profits it might be expected to make, in its dealings with enterprise, if it were a completely independent enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions.

3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude the Contracting State from determining the profits to be taxed by such apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs are applied, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. This article shall also apply to income from participation in a partnership. It shall include payments which a partner receives from the partnership for his or her activity in the service of the partnership, for the granting of loans or the cession of assets, if under the tax law of the Contracting State in which the permanent establishment is situated those payments would be attributed to the partner's income from the permanent establishment.

8. Where profits include items of income which are dealt with separately in other articles of this Agreement, then the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. Shipping and air transport

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. For the purposes of this article, the term “profits from the operation of ships or aircraft in international traffic” includes profits from:

(a) The occasional chartering on a bareboat basis of ships or aircraft, and

(b) The use or rental of containers (including trailers and related equipment for the transport of containers),

insofar as these activities are incidental to the operation of ships or aircraft in international traffic.

3. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

4. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9. Associated enterprises

1. Where

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

2. Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State — and taxes accordingly — profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between both enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the taxes charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10. Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the

beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

(a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;

(b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. The term “dividends” as used in this article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares or other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident, and distributions on units of an investment fund.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein or engages in activities of an independent character through a fixed base situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company’s undistributed profits to a tax on the company’s, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11. Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, the following shall apply:

(a) Interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Government of Turkmenistan, the Central Bank of Turkmenistan or the State Bank for Foreign Economic Affairs shall be exempt from German tax;

(b) Interest arising in Turkmenistan and paid in respect of a loan guaranteed by the Federal Republic of Germany for exports or foreign direct investment, or to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank (German Federal Bank), the Kreditanstalt für Wiederaufbau (Reconstruction Loan Corporation) or DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, German Investment and Development Company) shall be exempt from Turkmen tax.

4. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, the interest referred to in paragraph 1 may be taxed only in the Contracting State in which the recipient is resident when the recipient is the beneficial owner and the payment of interest

(a) Is connected with the sale on credit of industrial, commercial or scientific plant and equipment, or

(b) Is connected with the sale on credit of goods by one enterprise to another enterprise.

5. The term “interest” as used in this article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this article.

6. The provisions of paragraphs 1 to 4 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein, or engages in activities of an independent character through a fixed base situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base.

7. Interest shall also be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land or a political subdivision or local authority thereof or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he or she is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

8. Where, owing to a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12. Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, these royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise in accordance with the law of that State; but when the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged may not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties.

3. The term “royalties” as used in this article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work, including cinematograph films, any patent, trademark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience. The term “royalties” shall also include payments of any kind for the use or right to use names, pictures or other similar personal rights and fees for the recording of artistic or sports events by radio or television.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein, or engage in activities of an independent character through a fixed base situated therein and the rights or property in respect of which the royalties are paid are effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

5. Royalties are deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land or a political subdivision or local authority thereof or a resident of that State. If, however, the payer of the royalties, whether he or she is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or fixed base in connection with which the commitment to pay royalties has been entered into and if the royalties are borne by the permanent establishment or fixed base, then the royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

6. Where, owing to a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of the Agreement.

Article 13. Capital gains

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains derived from the alienation of shares in a company the assets of which, directly or indirectly, consist mainly of immovable property in a Contracting State, may be taxed in that State.

3. Gains derived from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State in order to engage in activities of an independent character, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or together with the whole enterprise), or of such a fixed base, may be taxed in that other State.

4. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

5. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 4 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14. Independent personal services

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other independent activities of a similar character shall be taxable only in that State unless he or she has a fixed base regularly available to him or her in the other Contracting State for the purpose of performing his or her activities. If or she has such a fixed base, the income may be taxed in the

other Contracting State but only so much of it as is attributable to that fixed base. If an individual who is a resident of a Contracting State is present in the other Contracting State for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, he or she shall be deemed for this purpose to be a person who has a fixed base regularly available to him or her in the other Contracting State; income from the aforementioned activity performed in the other State may be attributed to the fixed base. In this case, the income attributable to the fixed base may be taxed in the other State in accordance with the principles of article 7 applying to the determination of business profits and the attribution thereof to a permanent establishment.

2. The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities, as well as the independent activities of physicians, dentists, lawyers, engineers, architects and accountants.

Article 15. Income from employment

1. Subject to the provisions of articles 16 to 19, salaries, wages and similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and

(b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or fixed base which the employer has in the other State.

3. The provisions of paragraph 2 shall not apply to remuneration for temporary agency work.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise operating the ship or aircraft is situated.

Article 16. Directors' fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his or her capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17. Entertainers and sportspersons

1. Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or

a musician, or as a sportsperson, from that resident's personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. When income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsperson acting as such accrues not to the entertainer or sportsperson but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsperson are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income deriving from an activity exercised by entertainers or sportspersons in a Contracting State when their visit to that State was financed wholly or mainly from public funds of the other Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof, or by an organization which in the other Contracting State is recognized as a charitable organization. In such a case, the income shall be taxable only in the Contracting State of which the entertainer or sportsperson is a resident.

Article 18. Pensions, annuities and similar remuneration

1. Subject to the provisions of article 19 (2), pensions and similar remuneration, as well as annuities, which a resident of a Contracting State receives from the other Contracting State may be taxed only in the first-mentioned State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, benefits which an individual, being a resident of a Contracting State, receives from the statutory social security of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, recurrent or non-recurrent remuneration which a Contracting State or a political subdivision or local authority thereof pays to a resident of the other Contracting State as compensation for political persecution or for an injury or damage sustained as a result of war (including restitution payments) or of military or civilian service or of a crime, a vaccination or a similar event shall be taxable only in the first-mentioned State.

4. The term "annuity" means a certain amount payable periodically at stated times, for life or for a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate consideration in money or money's worth.

5. Maintenance payments, including those for children, which are paid by a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall be exempt from taxation in the other State. This shall not apply insofar as maintenance payments are deductible when calculating the taxable income of the payer in the first-mentioned State. Personal allowances to mitigate social insurance charges shall not be deemed a deduction within the meaning of this provision.

Article 19. Government service

1.

(a) Salaries, wages and other similar remuneration, except for pensions, paid by a Contracting State, a Land, or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

(b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

(aa) Is a national of that State, or

(bb) Did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

2.

(a) Pensions paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a Land, or a political subdivision or a local authority thereof, to an individual in respect of services rendered to that Contracting State, a Land, or a political subdivision or a local authority thereof shall be taxable only in that State.

(b) However, such pensions shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

3. The provisions of articles 15, 16, 17 or 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, or a political subdivision or a local authority thereof.

4. Paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis* to remuneration paid to professionals or volunteers seconded to a Contracting State, with its consent, under an economic cooperation programme of the other Contracting State, a Land, or a political subdivision or a local authority thereof, from funds made available exclusively by that State, Land, or a political subdivision or a local authority thereof.

5. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to remuneration paid by the Goethe Institute or the German Academic Exchange Service (*Deutscher Akademischer Austauschdienst*) of the Federal Republic of Germany. Equivalent treatment of the remuneration of other similar institutions of the Contracting States may be mutually agreed by the competent authorities. The provisions of article 15 shall apply if this remuneration is not taxed in the founding State of the institution.

Article 20. Students

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his or her education or training receives for the purpose of his or her maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21. Other income

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein or engages in activities of an independent character through a fixed base situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22. Capital

1. Capital represented by immovable property owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or of a fixed base available to a resident of a Contracting State in order to engage in activities of an independent character in the other State, may be taxed in the other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23. Elimination of double taxation in State of residence

1. Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

(a) There shall be exempted from the assessment basis of the German tax any item of income arising in Turkmenistan and any assets situated in Turkmenistan which may be taxed in Turkmenistan and are not dealt with in subparagraph (b).

In the case of items of income from dividends, the preceding provisions shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of Turkmenistan at least 25 per cent of the capital of which is owned directly by the German company and which were not deducted when determining the profits of the company distributing these dividends.

There shall be exempted from the assessment basis of tax on capital, distributions on holdings, in the event that any are made, which would be exempted from the assessment basis in accordance with the preceding sentences.

(b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German tax payable in respect of the following items of income the Turkmen tax paid under the laws of Turkmenistan and in accordance with this Agreement:

(aa) Dividends not dealt with in paragraph (a);

(bb) Interest;

(cc) Royalties;

(dd) Items of income which may be taxed in Turkmenistan in accordance with article 13 (2);

(ee) Items of income which may be taxed in Turkmenistan in accordance with article 15 (3);

(ff) Directors' fees;

(gg) Items of income as defined in article 17.

(c) The provisions of subparagraph (b) shall apply instead of the provisions of subparagraph (a) to items of income as defined in articles 7 and 10 and to the assets from which such income is derived if the resident of the Federal Republic of Germany does not prove that the gross income of the permanent establishment in the business year in which the profit has been realized or of the company resident in Turkmenistan in the business year for which the dividends were paid was

derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of section 8 (1), subparagraphs 1 to 6, of the German Foreign Tax Act; the same shall apply to immovable property used by a permanent establishment and to income from this immovable property of the permanent establishment (article 6 (4)) and to profits from the alienation of such immovable property (article 13 (1)) and of the movable property forming part of the business property of the permanent establishment (article 13 (3)).

(d) The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and assets which are under the provisions of this Agreement exempted from German tax.

(e) Notwithstanding the provisions of subparagraph (a), double taxation shall be avoided by allowing a tax credit as laid down in subparagraph (b),

(aa) If in the Contracting States items of income or assets are placed under different provisions of the Agreement or attributed to different persons (except pursuant to article 9) and this conflict cannot be settled by a procedure in accordance with article 25 (3) and if as a result of this difference in placement or attribution the relevant income or assets would remain untaxed or be taxed lower than without this conflict, or

(bb) If, after due consultation with the competent authority of Turkmenistan, the Federal Republic of Germany notifies through the diplomatic channel other items of income to which it intends to apply the credit method under subparagraph (b). Double taxation shall then be avoided for the notified income by allowing a tax credit in accordance with subparagraph (b) from the first day of the calendar year following that in which the notification was made.

2. Tax shall be determined in the case of a resident of Turkmenistan as follows:

If a resident of Turkmenistan derives income or owns assets which in accordance with the provisions of this Agreement may be taxed in the Federal Republic of Germany, Turkmenistan shall allow:

(a) As a deduction from the income tax of that resident, an amount equal to the income tax paid in the Federal Republic of Germany;

(b) As a deduction from capital tax of that resident, an amount equal to the capital tax paid in the Federal Republic of Germany.

However, such deductions may never exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable as the case may be to the income or capital which may be taxed in the Federal Republic of Germany.

Where in accordance with any provision of this Agreement income derived or capital owned by a resident of Turkmenistan are exempt from tax in Turkmenistan, Turkmenistan may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

Article 24. Non-discrimination

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of article 1, also apply to persons who are not residents of either Contracting State.

2. Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances are or may be subjected.

3. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants solely to its own residents.

4. Except where the provisions of article 9 (1), article 11 (8) or article 12 (6) apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purposes of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

5. Enterprises of a Contracting State the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

6. The provisions of this article shall, notwithstanding the provisions of article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25. Mutual agreement procedure

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him or her in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he or she may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his or her case to the competent authority of the Contracting State of which he or she is a resident or, if his or her case comes under article 24 (1), to that of the Contracting State of which he or she is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives.

Article 26. Exchange of information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Agreement or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of a Contracting State, a Land, or a political subdivision or local authority thereof, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. The exchange of information is not restricted by articles 1 and 2.

2. Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

3. In no case shall the foregoing paragraphs be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

(a) To carry out administrative measures for the supply of information which are at variance with the laws and administrative practice of that or the other Contracting State;

(b) To supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

(c) To supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

4. If information is requested by a Contracting State in accordance with this article, the other Contracting State shall use the means at its disposal to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3, but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic tax interest in such information.

5. In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee, or person acting in an agency or a fiduciary capacity, or because it relates to ownership interests in a person.

Article 27. Assistance in the collection of taxes

1. The Contracting States shall lend assistance to each other in the collection of revenue claims. This assistance is not restricted by articles 1 and 2. The competent authorities of the Contracting States may by mutual agreement settle the mode of application of this article.

2. The term "revenue claim" as used in this article means an amount owed in respect of taxes of every kind and description imposed on behalf of a Contracting State, a Land, or a political

subdivision or local authority thereof, insofar as the taxation thereunder is not contrary to this Agreement or any other instrument to which the Contracting States are parties, as well as interest, administrative penalties and costs of collection or conservancy related to such amount.

3. When a revenue claim of a Contracting State is enforceable under the laws of that State and is owed by a person who, at that time, cannot, under the laws of that State, prevent its collection, that revenue claim shall, at the request of the competent authority of that State, be accepted for the purposes of collection by the competent authority of the other Contracting State. That revenue claim shall be collected by that other State in accordance with the provisions of its laws applicable to the enforcement and collection of its own taxes as if the revenue claim were a revenue claim of that State.

4. When a revenue claim of a Contracting State is a claim in respect of which that State may, under its law, take measures of conservancy with a view to ensure its collection, that revenue claim shall, at the request of the competent authority of that State, be accepted for purposes of taking measures of conservancy by the competent authority of the other Contracting State. The other State shall take measures of conservancy in respect of that revenue claim in accordance with the provisions of its laws as if the revenue claim were a revenue claim of that other State, even if, at the time when such measures are applied, the revenue claim is not enforceable in the first-mentioned State or is owed by a person who has a right to prevent its collection.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 3 and 4, a revenue claim accepted by a Contracting State for purposes of paragraph 3 or 4 shall not, in that State, be subject to the time limits or accorded any priority applicable to a revenue claim under the laws of that State by reason of its nature as such. In addition, a revenue claim accepted by a Contracting State for the purposes of paragraph 3 or 4 shall not, in that State, have any priority applicable to that revenue claim under the laws of the other Contracting State.

6. Proceedings with respect to the existence, validity or the amount of a revenue claim of a Contracting State shall not be brought before the courts or administrative bodies of the other Contracting State.

7. Where, at any time after a request has been made by a Contracting State under paragraph 3 or 4 and before the other Contracting State has collected and remitted the relevant revenue claim to the first-mentioned State, the relevant revenue claim ceases to be

(a) In the case of a request under paragraph 3, a revenue claim of the first-mentioned State that is enforceable under the laws of that State and is owed by a person who, at that time, cannot, under the laws of that State, prevent its collection, or

(b) In the case of a request under paragraph 4, a revenue claim of the first-mentioned State in respect of which that State may, under its laws, take measures of conservancy with a view to ensure its collection,

the competent authority of the first-mentioned State shall promptly notify the competent authority of the other State of that fact and, at the option of the other State, the first-mentioned State shall either suspend or withdraw its request.

8. In no case shall the provisions of this article be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

(a) To carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

(b) To carry out measures which would be contrary to public policy (ordre public);

(c) To provide assistance if the other Contracting State has not pursued all reasonable measures of collection or conservancy, as the case may be, available under its laws or administrative practice;

(d) To provide assistance in those cases where the administrative burden for that State is clearly disproportionate to the benefit to be derived by the other Contracting State.

Article 28. Procedural rules for taxation at source

1. If in a Contracting State the taxes on dividends, interest, royalties or other items of income derived by a person who is resident of the other Contracting State are levied by withholding at source, the right of the first-mentioned State to apply the withholding of tax at the rate provided under its domestic law shall not be affected by the provisions of this Agreement, except as otherwise provided by this article. Tax withheld at source shall be refunded on application by the taxpayer if and to the extent that it is reduced or eliminated by the Agreement.

2. Each Contracting State shall establish procedures to ensure that the payment of items of income which under this Agreement are not subject to tax or subject only to reduced tax in the source State may be made with no deduction of tax or only that which is provided for in the relevant article.

3. The time limit for refund applications shall be four years as from the end of the calendar year in which the withholding tax was applied to the dividends, interest, royalties or other items of income.

4. The Contracting State in which the items of income arise may ask for certification by the competent authority of residency in the other Contracting State.

5. The competent authorities may by mutual agreement establish rules for the implementation of this article and if necessary establish other procedures for the implementation of tax reductions and exemptions provided for under the Agreement.

Article 29. Application of the Agreement in certain cases

1. This Agreement shall not be construed as preventing a Contracting State from applying the provisions of its domestic law on the prevention of tax avoidance or tax evasion.

2. If the provisions of domestic law within the meaning of paragraph 1 lead to double taxation, the competent authorities shall consult each other in accordance with article 25 (3) on how to avoid such double taxation.

Article 30. Members of diplomatic missions and consular posts

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 31. Protocol

The attached protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 32. Entry into force

1. This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

2. The Agreement shall enter into force on the date on which the instruments of ratification are exchanged and shall have effect in both Contracting States:

(a) In the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after 1 January of the calendar year following that in which the Agreement has entered into force;

(b) In the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods after 1 January of the calendar year following that in which the Agreement has entered into force.

3. The Agreement between the Union of Soviet Socialist Republics and the Federal Republic of Germany for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and fortune of 24 November 1981 shall expire and shall cease to be applied in relations between the Federal Republic of Germany and Turkmenistan upon the entry into force of this Agreement:

(a) In the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after 1 January of the calendar year following that in which the new Agreement has entered into force;

(b) In the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods after 1 January of the calendar year following that in which the new Agreement has entered into force.

Article 33. Termination

This Agreement shall remain in force for an indefinite period. However, either Contracting Party may terminate the Agreement through the diplomatic channel by giving written notice of termination by 30 June of any calendar year after five years have elapsed from its entry into force; in this case the Agreement shall no longer apply to

(a) In the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after 1 January of the calendar year following that in which the Agreement has been terminated;

(b) In the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods after 1 January of the calendar year following that in which the Agreement has been terminated.

The effective date for the observance of termination shall be the date on which the notice of termination is received by the other Contracting State.

DONE at Berlin on 29 August 2016 in duplicate, each in the German, Turkmen and Russian languages, each text being equally authentic. In the event of disagreements about the interpretation of the German and Turkmen texts, the Russian text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany

For Turkmenistan

Protocol to the Agreement between the Federal Republic of Germany and Turkmenistan for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital of 29 August 2016

On the occasion of the signature of the Agreement between the Federal Republic of Germany and Turkmenistan for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital, the undersigned, being duly authorized thereto, have agreed the following provisions which form an integral part of the Agreement:

1. With reference to article 2 (3) (b)

The income tax of individuals includes the patent duty imposed as a fixed or revenue-based amount on individuals who engage in business activities in Turkmenistan.

2. With reference to article 7

(a) If an enterprise of a Contracting State sells goods or merchandise through a permanent establishment situated in the other Contracting State, or engages in business there, the profits of that permanent establishment shall be determined not on the basis of the total amount earned by the enterprise therefrom, but on the basis of the amount attributable to the de facto sales or business activity of the permanent establishment.

(b) If an enterprise has a permanent establishment in the other Contracting State, in the event of contracts concerning in particular the design, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific plant or equipment, or of public procurement contracts, the profits of that permanent establishment shall be determined not on the basis of the total contract price, but on the basis of the portion of the contract effectively performed by the permanent establishment in the Contracting State in which the permanent establishment is situated. Profits from the supply of goods to the permanent establishment or profits connected with the portion of the contract performed in the Contracting State in which the head office of the parent company of the enterprise is situated, may be taxed only in that State.

(c) Fees for technical services, including studies or designs of a scientific, geological or technical character, or for construction contracts including the accompanying blueprints, or for advisory or supervisory activities, shall be deemed to be payments to which article 7 or article 14 of the Agreement apply.

(d) No deduction shall be permitted in respect of amounts (apart from refunds of actual expenses) paid by the permanent establishment to the parent company or another branch of that enterprise, or which are billed to the permanent establishment of the parent company or to another office of that enterprise, in the form of:

(aa) Royalties, fees or other payments for the use of patents or other rights;

(bb) Payments for special services or management services, or

(cc) Interest on a loan to a permanent establishment, insofar as a bank is not concerned.

3. With reference to articles 10 and 11

Notwithstanding articles 10 and 11, income deriving from rights or debt claims with profit participation (in the Federal Republic of Germany including the income of a silent partner from his, her or its holding as a silent partner, or income from profit-participating loans or profit-sharing bonds) may be taxed in accordance with the laws of the State in which they originate, if in that State they may be deducted when determining the profit of the debtor.

4. With reference to article 19

In the case of the Federal Republic of Germany, article 19 shall also apply to wages and salaries paid by a legal person governed by public law, provided that it provides appropriate proof of its status.

5. With reference to article 26

If, on the basis of this Agreement, personal data is transmitted in accordance with domestic laws, the following provisions shall additionally apply, subject to the applicable laws in each Contracting State.

(a) The use of the data by the receiving authority shall be permitted only for the specified purposes and under the conditions laid down by the transmitting authority.

(b) The receiving authority shall, upon request, inform the transmitting authority of the use made of the data transmitted and of the results obtained from them.

(c) Personal data may be transmitted only to the competent authorities. Such data may be passed on to other authorities only with the prior consent of the transmitting authority.

(d) The transmitting authority shall be obliged to ensure the accuracy of the data to be transmitted, as well as necessity and proportionality in relation to the goal sought by the transmission. In doing so, the transmission prohibitions applicable under the relevant domestic law shall be observed. If it transpires that inaccurate data or data that should not be transmitted have been transmitted, the receiving authority must be informed immediately. The latter is obliged to correct or delete the data immediately.

(e) If the person concerned so requests, he or she shall be provided with information on the personal data relating to him or her and on the purposes for which they are to be used. There shall be no obligation to provide information if it is deemed that the public interest in not providing the information outweighs that of the person concerned in being informed. Furthermore, the right of the subject of the data to obtain information about data relating to him or her shall be governed by the domestic law of the Contracting Party in whose territory the information is requested.

(f) The receiving authority shall be liable in accordance with its domestic law for any unlawful injury caused to a person by the transmission of data exchanged under this Agreement. It may not claim in its defence with respect to the injured party that the injury has been caused by the transmitting authority.

(g) If the domestic law applicable to the transmitting authority provides for any special rules pertaining to the deletion of transmitted personal data, the transmitting authority shall bring this to the attention of the receiving authority. Irrespective of that law, the personal data transmitted shall be destroyed as soon as they are no longer required for the purpose for which they were supplied.

(h) The transmitting and receiving authorities shall be obliged to keep a record of the transmission and receipt of personal data.

(i) The transmitting and receiving authorities shall be obliged effectively to protect the personal data transmitted against unauthorized access, unauthorized alteration and unauthorized disclosure.

For the Federal Republic of Germany:

[SIGNED]

For Turkmenistan:

[SIGNED]

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE
TURKMÉNISTAN TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN
MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne et le Turkménistan,

Désireux de conclure un Accord tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et à promouvoir la coopération économique entre les deux États contractants,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Personnes visées

Le présent Accord s'applique aux personnes qui sont des résidents d'un État contractant ou des deux États contractants.

Article 2. Impôts visés

1. Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte d'un État contractant, d'un de ses Lands ou d'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, quel que soit le système de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, les impôts sur le montant global des salaires payés par les entreprises, ainsi que les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts en vigueur auxquels s'applique le présent Accord sont notamment :

a) En République fédérale d'Allemagne :

l'impôt sur le revenu ;

l'impôt sur les sociétés ;

la taxe professionnelle ;

y compris les suppléments qui y sont prélevés

(ci-après dénommé « l'impôt allemand ») ;

b) Au Turkménistan :

l'impôt sur les bénéficiaires (impôt sur le revenu) pour les personnes morales ;

l'impôt sur le revenu des personnes physiques ;

l'impôt sur le patrimoine ;

(ci-après dénommé « l'impôt turkmène ») ;

4. Le présent Accord s'applique également à l'ensemble des impôts de nature identique ou dans une large mesure analogue qui seraient établis après la date de signature de l'Accord et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des États contractants se communiquent les modifications significatives apportées à leurs législations fiscales.

Article 3. Définitions générales

1. Aux fins du présent Accord, à moins que le contexte ne commande une autre interprétation :

a) le terme « Turkménistan » désigne le territoire du Turkménistan où le Turkménistan exerce ses droits souverains et sa juridiction conformément au droit international ;

b) le terme « République fédérale d'Allemagne » désigne le territoire de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que la zone des fonds marins, de leur sous-sol et de la colonne d'eau surjacente adjacente à la mer territoriale, sur laquelle la République fédérale d'Allemagne exerce des droits souverains et une juridiction conformément au droit international et à sa législation nationale aux fins d'exploration, d'exploitation, de conservation et de gestion des ressources naturelles vivantes et non vivantes ;

c) les termes « un État contractant » et « l'autre État contractant » désignent, suivant le contexte, soit la République fédérale d'Allemagne, soit le Turkménistan ;

d) le terme « personne » désigne une personne physique ou morale et toute autre association de personnes ;

e) le terme « société » désigne toute entreprise ou entité considérée comme une personne morale à des fins fiscales ;

f) les termes « entreprise d'un État contractant » et « entreprise de l'autre État contractant » désignent respectivement une entreprise exploitée par une personne résidente d'un État contractant et une entreprise exploitée par une personne résidente de l'autre État contractant ;

g) le terme « trafic international » désigne tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un État contractant, sauf lorsque le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre État contractant ;

h) Le terme « personne ressortissante » désigne :

aa) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : toute personne allemande au sens de la loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, et toute personne morale, société de personnes ou association qui tire son statut de la législation en vigueur en République fédérale d'Allemagne ;

bb) en ce qui concerne le Turkménistan : toute personne possédant la nationalité turkmène et toute personne morale, société de personnes et association constituée en vertu de la législation en vigueur au Turkménistan ;

i) le terme « autorité compétente » désigne :

aa) en République fédérale d'Allemagne : le Ministère fédéral des finances ou l'autorité à laquelle il a délégué ses pouvoirs ;

bb) au Turkménistan : le Ministère des finances et le principal service national des impôts ou leurs représentants ou représentantes autorisé(e)s ;

2. Pour l'application de l'Accord à un moment donné par un État contractant, tout terme qui n'y est pas défini a le sens que lui attribue, à ce moment-là, le droit de cet État concernant les impôts auxquels s'applique l'Accord ; le sens attribué à ce terme par le droit fiscal applicable de cet État prévalant sur le sens que lui attribuent les autres branches du droit de cet État, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

Article 4. Personne résidente

1. Aux fins du présent Accord, l'expression « personne résidente d'un État contractant » désigne toute personne qui, en application de la législation dudit État, y est assujettie à l'impôt en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère du même ordre, et inclut également cet État, un Land et ses subdivisions politiques ou collectivités locales. Toutefois, cette expression ne comprend pas les personnes qui ne sont assujetties à l'impôt dans cet État que pour les revenus de sources situées dans cet État ou pour la fortune qui y est située.

2. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne physique est résidente des deux États contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme résidente uniquement de l'État contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent ; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux États contractants, elle est considérée comme résidente de l'État avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux).

b) Si l'État où elle a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer permanent dans aucun des deux États, cette personne est considérée comme résidente du seul État où elle séjourne habituellement.

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux États ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résidente seulement de l'État dont elle possède la nationalité.

d) Si cette personne est ressortissante des deux États ou si elle n'est ressortissante d'aucun d'eux, les autorités compétentes des États contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est résidente des deux États contractants, elle est considérée comme résidente seulement de l'État où son siège de direction effective est situé.

Article 5. Établissement stable

1. Aux fins du présent Accord, le terme « établissement permanent » désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. Le terme « établissement stable » désigne notamment :

- a) un siège de direction ;
- b) une succursale ;
- c) un bureau ;
- d) une usine ;
- e) un atelier ;
- f) une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles ;
- g) un entrepôt de livraison.

3. Le terme « établissement stable » désigne notamment :

- a) un chantier, un projet de construction ou d'installation ou une activité de surveillance qui y est liée, lorsqu'il dure plus de 12 mois ;

b) une installation de prospection de ressources naturelles ou les activités de surveillance qui y sont liées, ou une plateforme de forage ou un navire de forage utilisé pour la prospection de ressources naturelles, lorsque leur utilisation ou leur activité dure plus de 12 mois.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère que l'expression « établissement permanent » ne comprend pas :

a) l'utilisation d'installations pour le stockage ou l'exposition de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise ;

b) l'exploitation d'un stock de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise aux seules fins de stockage ou d'exposition ;

c) un stock de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise est exploité aux seules fins de transformation par une autre entreprise ;

d) une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise ;

e) l'exploitation d'une installation fixe d'affaires aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, toute autre activité de caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) une installation fixe d'affaires utilisée aux seules fins de l'exercice cumulé d'activités mentionnées aux alinéas a) à e), à condition que l'activité d'ensemble de l'installation fixe d'affaires résultant de ce cumul garde un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne (autre qu'un agent ou une agente jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 7) agit pour le compte d'une entreprise et dispose dans un État contractant de pouvoirs qu'elle y exerce habituellement lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, cette entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans cet État pour toutes les activités que cette personne exerce pour l'entreprise, à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont mentionnées au paragraphe 4 et qui, si elles étaient exercées par l'intermédiaire d'une installation fixe d'affaires, ne permettraient pas de considérer cette installation comme un établissement stable selon les dispositions de ce paragraphe.

6. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, une société d'assurance (autre qu'une société de réassurance) d'un État contractant est considérée comme ayant un établissement stable dans l'autre État contractant lorsqu'une personne qui n'est pas un agent ou une agente jouissant d'un statut indépendant au sens du paragraphe 7 perçoit des primes ou assure des risques sur le territoire de l'autre État.

7. Une entreprise d'un État contractant n'est pas réputée avoir un établissement stable dans l'autre État contractant du seul fait qu'elle exerce son activité dans cet autre État contractant par l'entremise d'un courtier ou d'une courtière, d'un ou d'une commissionnaire général(e) ou de tout(e) autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité et que dans leurs relations commerciales ou financières avec l'entreprise, les conditions fixées ne soient pas imposées et ne diffèrent pas de celles généralement acceptées pour des intermédiaires indépendant(e)s.

8. Le fait qu'une société qui est résidente d'un État contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est résidente de l'autre État contractant, ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non), ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. Revenus immobiliers

1. Les revenus qu'une personne résidente d'un État contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou forestières) situés dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Le terme « biens immobiliers » a le sens que lui attribue le droit de l'État contractant où les biens en question sont situés. En tout état de cause, il couvre les biens accessoires aux biens immobiliers, le cheptel et le matériel utilisé dans les activités agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions de la législation foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes au titre de l'exploitation ou de la concession de l'exploitation de gisements miniers, de sources et d'autres ressources naturelles ; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

3. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus des biens immobiliers d'une entreprise et aux revenus des biens immobiliers qui sont utilisés pour l'exercice d'activités de caractère indépendant.

Article 7. Bénéfices des entreprises

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité dans ces conditions, ses bénéfices sont assujettis à l'impôt dans l'autre État contractant, quoiqu'uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

2. Si une entreprise d'un État contractant exerce son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, nonobstant les dispositions du paragraphe 3, les bénéfices qui sont imputables dans chaque État contractant à cet établissement stable sont ceux que l'on pourrait attendre de lui, dans ses rapports avec l'entreprise, s'il était une entreprise totalement indépendante exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'État où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4. S'il est d'usage, dans un État contractant, de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, aucune disposition du paragraphe 2 n'empêche cet État contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage ; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes contenus dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du seul fait qu'il a acheté des biens ou des marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7. Les dispositions du présent article s'appliquent également aux revenus provenant de la participation dans une société de personnes. Elle comprend les paiements qu'un associé ou une associée reçoit de la société de personnes pour son activité au service de la société de personnes, pour l'octroi de prêts ou la cession d'actifs, si, en vertu de la législation fiscale de l'État contractant où est situé l'établissement stable, ces paiements seraient attribués au revenu de l'associé ou de l'associée provenant de l'établissement stable.

8. Lorsque les bénéficiaires comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles du présent Accord, les dispositions de ces articles ne sont pas touchées par les dispositions du présent article.

Article 8. Transport aérien et de surface

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation, en trafic international, de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

2. Aux fins du présent article, les « bénéfices tirés de l'exploitation, en trafic international, de navires ou d'aéronefs » incluent les bénéfices tirés de :

- a) l'affrètement occasionnel de navires, d'aéronefs ou de bateaux en coque nue ;
- b) l'utilisation ou la location de conteneurs (y compris les remorques et les équipements connexes pour le transport de conteneurs), dans la mesure où ces activités sont accessoires à l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international.

3. Si le siège de direction effective d'une compagnie maritime se trouve à bord d'un navire, il est considéré comme situé dans l'État contractant du port d'attache de ce navire ou, à défaut, de port d'attache, dans l'État contractant dont l'exploitant ou l'exploitante du navire est une personne résidente.

4. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux bénéfices provenant de la participation à un consortium, à une coentreprise ou à un organisme international d'exploitation.

Article 9. Entreprises associées

1. Là où :

a) une entreprise d'un État contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant ;

b) les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un État contractant et d'une entreprise de l'autre État contractant ;

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées, qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

2. Lorsqu'un État contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet État (et impose en conséquence) des bénéfices sur lesquels une entreprise de l'autre État contractant a été imposée dans cet autre État et que les bénéfices ainsi inclus sont des bénéfices qui auraient été réalisés par l'entreprise du premier État si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient été convenues entre des entreprises indépendantes, cet autre État

procède à un ajustement approprié du montant de l'impôt qui y a été perçu sur ces bénéfices. Pour déterminer cet ajustement, il est tenu compte des autres dispositions du présent Accord et, si nécessaire, les autorités compétentes des États contractants se consultent.

Article 10. Dividendes

1. Les dividendes payés par une société qui est résidente d'un État contractant à une personne résidente de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Toutefois, ces dividendes sont aussi imposables dans l'État contractant dont la société qui paie les dividendes est résidente, et selon la législation de cet État, mais si le ou la bénéficiaire effectif(ve) des dividendes est une personne résidente de l'autre État contractant, l'impôt ainsi établi ne peut excéder :

a) 5 % du montant brut des dividendes si le ou la bénéficiaire effectif(ve) est une société (autre qu'une société de personnes) qui détient directement au moins 25 % du capital de la société qui paie les dividendes ;

b) 15 % du montant brut des dividendes, dans tous les autres cas.

Le présent paragraphe n'affecte pas l'imposition de la société au titre des bénéfices qui servent au versement des dividendes.

3. Au sens du présent article, le terme « dividendes » désigne les revenus provenant d'actions, de bons ou de droits de jouissance, de parts de mine, de parts de fondateur ou d'autres revenus soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation de l'État dont la société distributrice est résidente, ainsi que la rémunération des porteurs et porteuses de titres de fonds de placement ou de sociétés d'investissement.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le ou la bénéficiaire effectif(ve) des dividendes, étant une personne résidente d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

5. Lorsqu'une société qui est résidente d'un État contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre État contractant, cet autre État ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à une personne résidente de cet autre État ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre État, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

Article 11. Intérêts

1. Les intérêts provenant d'un État contractant et payés à une personne résidente de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Toutefois, ces intérêts sont aussi imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet État, mais si le ou la bénéficiaire effectif(ve) des intérêts est une

personne résidente de l'autre État contractant, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 % du montant brut des intérêts.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les dispositions suivantes s'appliquent :

a) les intérêts provenant de la République fédérale d'Allemagne et payés au Gouvernement du Turkménistan, à la Banque centrale du Turkménistan ou à la Banque d'État pour les affaires économiques étrangères sont exonérés de l'impôt allemand ;

b) les intérêts provenant des Philippines et versés au titre d'un prêt garanti par la République fédérale d'Allemagne à l'égard d'un investissement direct étranger ou d'une opération d'exportation ou versés au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, à la Deutsche Bundesbank, au Kreditanstalt für Wiederaufbau ou à la DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH) sont exonérés de l'impôt turkmène.

4. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les intérêts visés au paragraphe 1 sont imposables uniquement dans l'État contractant dont la personne qui perçoit les intérêts est un résident, si celle-ci est la bénéficiaire effective des intérêts et si les intérêts sont versés :

a) en relation avec la vente à crédit d'équipements industriels, commerciaux ou scientifiques ;

b) en relation avec la vente à crédit de marchandises par une entreprise à une autre entreprise.

5. Le terme « intérêts » employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires et notamment les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ces titres. Les pénalisations pour paiement tardif ne sont pas considérées comme des intérêts au sens du présent article.

6. Les dispositions des paragraphes 1 à 4 ne s'appliquent pas lorsque le ou la bénéficiaire effectif(ve) des intérêts, étant personne résidente d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question.

7. Les intérêts sont réputés provenir d'un État contractant lorsque le débiteur ou la débitrice est cet État lui-même, un Land, une subdivision politique, une collectivité locale ou une personne résidente de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur ou la débitrice des intérêts, qu'il soit ou qu'elle soit ou non une personne résidente d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'État où l'établissement stable, ou la base fixe, est situé.

8. Lorsque, en raison de relations spéciales qui existent entre le débiteur ou la débitrice et le ou la bénéficiaire effectif(ve) ou que l'un(e) et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant versé des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur ou la débitrice et le ou la bénéficiaire effectif(ve) en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des versements reste imposable selon la législation de chaque État contractant, compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 12. Redevance

1. Les redevances provenant d'un État contractant et payées à une personne résidente de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Toutefois, ces redevances sont aussi imposables dans l'État contractant d'où elles proviennent et selon la législation de cet État ; mais si le ou la bénéficiaire effectif(ve) des redevances est une personne résidente de l'autre État contractant, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 % du montant brut des redevances.

3. Le terme « redevances » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique. Le terme « redevances » comprend également les rémunérations de toute nature versées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un nom ou d'une photographie de personne ou tous autres droits analogues de la personnalité, ainsi que les rémunérations versées au titre de la radiodiffusion ou de la télédiffusion des enregistrements d'un ou d'une artiste du spectacle, d'un sportif ou d'une sportive.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le ou la bénéficiaire effectif(ve) des redevances, étant une personne résidente d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les redevances une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou rend dans cet autre État une profession indépendante par l'intermédiaire d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des redevances s'y rattache effectivement. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

5. Les redevances sont réputées provenir d'un État contractant lorsque le débiteur ou la débitrice est cet État lui-même, un Land, une subdivision politique, une collectivité locale ou une personne résidente de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur ou la débitrice des redevances, qu'il ou qu'elle soit ou non une personne résidente d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lesquels l'obligation donnant lieu au paiement des redevances a été contractée et qui supporte la charge des redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'État où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

6. Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont payées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des versements reste imposable selon la législation de chaque État contractant, compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 13. Gains en capital

1. Les revenus qu'une personne résidente d'un État contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou forestières) situés dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Les gains provenant de la cession d'actions d'une société dont les biens sont constitués principalement, directement ou indirectement, de biens immobiliers situés dans un État contractant sont imposables dans cet État.

3. Les bénéfices tirés de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie des biens d'entreprise d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant possède dans l'autre État contractant ou de biens mobiliers appartenant à une base fixe dont dispose un résident d'un État contractant dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris les bénéfices tirés de l'aliénation dudit établissement stable (isolément ou avec toute l'entreprise) ou de ladite base fixe sont imposables dans cet autre État.

4. Les plus-values découlant de l'aliénation de navires ou d'aéronefs exploités en trafic international ou de biens meubles affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs sont uniquement imposables que l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

5. Les gains tirés de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes 1 à 4 ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant ou la cédante est une personne résidente.

Article 14. Professions indépendantes

1. Les revenus qu'une personne résidente de l'un des États contractants tire de l'exercice d'une profession libérale ou d'une activité lucrative indépendante de nature analogue ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'intéressé(e) n'utilise, pour ladite profession ou activité, une installation permanente qui se trouve habituellement à sa disposition dans l'autre État contractant. Si cette personne dispose d'une telle base, les revenus sont imposables dans l'autre État contractant, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à ladite base fixe. Si une personne physique qui est résidente d'un État contractant séjourne dans l'autre État contractant pendant une ou des périodes excédant au total 183 jours au cours de toute période de douze mois commençant ou se terminant dans l'année fiscale considérée, elle est considérée à cette fin comme une personne qui dispose régulièrement d'une base fixe dans l'autre État contractant ; les revenus de l'activité susmentionnée exercée dans l'autre État peuvent être attribués à la base fixe. Dans ce cas, les revenus attribuables à la base fixe sont imposables dans l'autre État conformément aux principes de l'article 7 applicables à la détermination des bénéfices des entreprises et à leur attribution à un établissement stable.

2. L'expression « profession indépendante » comprend notamment les activités indépendantes scientifiques, littéraires, artistiques, éducatives ou pédagogiques, ainsi que les activités indépendantes des médecins, dentistes, avocats et avocates, ingénieurs et ingénieures, architectes et comptables.

Article 15. Revenu d'emploi

1. Sous réserve des dispositions des articles 16 à 19, les salaires, traitements et autres rémunérations analogues qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre État contractant. Dans ce cas, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre État.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'une personne résidente d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État si :

a) la personne bénéficiaire séjourne dans l'autre État pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours commençant ou s'achevant pendant l'exercice considéré ;

b) les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas résident de l'autre État ;

c) la charge de la rémunération n'est pas supportée par un établissement stable ou un bureau fixe que l'employeur a dans l'autre État.

3. Les dispositions du paragraphe 2 ne s'appliquent pas à la rémunération du travail intérimaire.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'État contractant sur le territoire duquel est situé le siège de direction effective de l'entreprise qui exploite le navire ou l'aéronef.

Article 16. Tantièmes

Les tantièmes et autres rétributions similaires qu'une personne résidente d'un État contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration d'une société qui est résidente de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

Article 17. Artistes et athlètes

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'une personne résidente d'un État contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre État contractant en tant qu'artiste du spectacle (artiste de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision), musicien ou musicienne, ou athlète, sont imposables dans cet autre État.

2. Lorsque les revenus d'activités qu'un ou une artiste du spectacle, un ou une athlète exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à cette personne mais à une autre, ces revenus sont, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, imposables dans l'État contractant dans lequel les activités de l'artiste ou de l'athlète sont exercées.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas aux revenus provenant d'activités exercées dans un État contractant par un ou une artiste, un ou une athlète si son séjour dans cet État est financé entièrement ou principalement par des fonds publics de l'autre État contractant, de l'un de ses Lands ou de l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, ou par une entité reconnue comme un organisme caritatif dans cet autre État. Dans ce cas, les revenus ne sont imposables que dans l'État contractant dont l'artiste du spectacle ou l'athlète est une personne résidente.

Article 18. Pensions, rentes et rémunérations analogues

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'article 19, les pensions et autres rémunérations ou rentes similaires payées à une personne résidente d'un État contractant à partir de l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les prestations perçues par une personne physique qui est résidente d'un État contractant au titre du régime public d'assurances sociales de l'autre État contractant sont imposables exclusivement dans cet autre État.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les prestations, périodiques ou non, qu'un État contractant ou l'une de ses subdivisions politiques verse à une personne résidente de l'autre État contractant en réparation d'une persécution politique, d'une blessure ou d'un dommage subi par suite d'une guerre (y compris les paiements de restitution), d'un service militaire ou civil, ou d'un crime, d'une vaccination ou d'un fait analogue ne sont imposables que dans le premier État.

4. Le terme « rente » désigne une somme déterminée payable périodiquement à un individu à des dates déterminées, la vie durant ou pendant une période qui est spécifiée ou peut être établie, en vertu d'une obligation d'effectuer des versements en contrepartie d'un capital suffisant intégralement versé en espèces ou en valeurs appréciables en espèces.

5. Les pensions alimentaires, y compris celles destinées aux enfants, versées par une personne résidente d'un État contractant à une personne résidente de l'autre État contractant ne sont pas imposables dans cet autre État. Cette disposition ne s'applique pas dans la mesure où les pensions alimentaires sont déductibles lors du calcul du revenu imposable du débiteur ou de la débitrice dans le premier État. Les indemnités personnelles destinées à atténuer les charges sociales ne sont pas considérées comme une déduction au sens de la présente disposition.

Article 19. Fonction publique

1.

a) Les salaires, traitements et autres rémunérations similaires, autres que les pensions, payés par un État contractant ou par l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales à une personne physique, au titre de services rendus à cet État ou à cette subdivision ou collectivité, ne sont imposables que dans cet État.

b) Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables que dans l'autre État contractant si les services sont rendus dans cet État et si la personne physique est une personne résidente de cet État qui :

aa) possède la nationalité de cet État ;

bb) n'est pas devenue résidente de cet État à seule fin de rendre ces services.

2.

a) Les pensions versées par un État contractant ou par une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, soit directement, soit par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, à une personne physique au titre de services fournis à cet État, cette subdivision ou collectivité, ne sont imposables que dans cet État.

b) Toutefois, ces pensions ne sont imposables que dans l'autre État contractant si la personne physique est résidente de cet État et en possède la nationalité.

3. Les dispositions des articles 15, 16, 17 et 18 s'appliquent aux rémunérations et aux pensions payées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité lucrative exercée par un État contractant, un Land ou par une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

4. Le paragraphe 1 s'applique mutatis mutandis aux rémunérations payées à des professionnel(le)s ou à des volontaires détaché(e)s dans un État contractant, avec leur consentement, dans le cadre d'un programme de coopération économique de l'autre État contractant, d'un Land ou de l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, sur des fonds mis à disposition exclusivement par cet État, par ce Land ou par l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

5. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent également aux rémunérations payées par l'Institut Goethe ou par l'Office allemand d'échanges universitaires (« Deutscher Akademischer Austauschdienst ») de la République fédérale d'Allemagne. Les autorités compétentes des États contractants peuvent convenir d'appliquer le même traitement aux rémunérations versées par d'autres institutions semblables des États contractants. Les dispositions de l'article 15 s'appliquent si ces rémunérations ne sont pas imposées dans l'État fondateur de l'institution.

Article 20. Étudiants et étudiantes

Les sommes qu'un étudiant, une étudiante ou un ou une stagiaire qui est (ou qui était immédiatement avant de se rendre dans un État contractant) une personne résidente de l'autre État contractant et qui séjourne dans le premier État à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation, reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet État, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet État.

Article 21. Recettes diverses

1. Les éléments du revenu d'une personne résidente d'un État contractant, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents de la présente Convention ne sont imposables que dans cet État.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers lorsque le ou la bénéficiaire de tels revenus, étant une personne résidente d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des revenus s'y rattache effectivement. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

Article 22. Fortune

1. La fortune constituée par les biens immobiliers que possède une personne résidente d'un État contractant et qui est située dans l'autre État contractant, est imposable dans cet autre État.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou par des biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont une personne résidente d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre État.

3. Le capital constitué par des navires et des aéronefs exploités en trafic international ainsi que par des biens meubles affectés à l'exploitation de ces navires et aéronefs est uniquement imposable dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Les autres éléments de la fortune d'une personne résidente d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

Article 23. Élimination de la double imposition dans l'État de résidence

1. Dans le cas d'un résident ou d'une résidente de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est déterminé comme suit :

a) Est exempté de l'assiette de l'impôt allemand tout élément de revenu provenant des Pays-Bas qui, conformément à la présente Convention, est effectivement imposé aux Pays-Bas et n'est pas visé à l'alinéa b).

Pour ce qui est des éléments de revenus provenant de dividendes, les dispositions qui précèdent ne s'appliquent qu'aux dividendes versés à une société (mais non à une association de personnes) qui est résidente de la République fédérale d'Allemagne par une société qui est résidente de Chine et dont au moins 25 % du capital est détenu directement par la société allemande, sous réserve que ces dividendes n'aient pas été déduits lors du calcul des bénéfices de la société qui les distribue.

Sont exemptées de l'assiette de l'impôt sur le capital, les distributions sur les participations, au cas où elles seraient effectuées, qui seraient exemptées de l'assiette conformément aux phrases précédentes.

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande en matière de crédit d'impôt étranger, le montant de l'impôt qui est exigible au Turkménistan sur les éléments de revenu ci-après en application de la législation fiscale turkmène et de la présente Convention est admis en déduction de l'impôt allemand :

aa) Dividendes non traités à l'alinéa a) ;

bb) Intérêts ;

cc) Redevances ;

dd) Les revenus imposables au Turkménistan conformément au paragraphe 2 de l'article 13 ;

ee) Les éléments de revenu qui peuvent être imposés au Turkménistan conformément à l'article 15 (3) ;

ff) Tantièmes

gg) Les revenus au sens de l'article 17.

c) Les dispositions de l'alinéa b) s'appliquent à la place de celles de l'alinéa a) aux éléments de revenu définis aux articles 7 et 10 et aux actifs dont proviennent ces revenus si le résident ou la résidente de la République fédérale d'Allemagne ne prouve pas que les revenus bruts obtenus par l'établissement permanent au cours de l'exercice pendant lequel le bénéfice a été réalisé ou par la société résidente au Turkménistan au cours de l'exercice pour lequel les dividendes ont été payés provenaient exclusivement ou presque exclusivement d'activités au sens de l'article 8 (1), alinéas 1 à 6, de la loi allemande sur les impôts étrangers (« Außensteuergesetz ») ; il en va de même en ce qui concerne les biens immobiliers utilisés par cet établissement permanent et les revenus tirés de ces biens immobiliers de l'établissement permanent (article 6, paragraphe 4) ainsi que des bénéfices provenant de l'aliénation de ces biens immobiliers (article 13, paragraphe 1) et des biens mobiliers faisant partie de l'actif de l'établissement permanent (article 13, paragraphe 3).

d) Toutefois, la République fédérale d'Allemagne se réserve le droit de tenir compte, dans le calcul de son taux d'imposition, des éléments de revenu et de fortune qui sont exonérés de l'impôt allemand en vertu des dispositions du présent Accord.

e) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a), la double imposition est évitée en accordant un crédit d'impôt tel que prévu à l'alinéa b) :

aa) si, dans les États contractants, des éléments de revenu sont soumis à des dispositions différentes de la Convention ou attribués à des personnes différentes (sauf en application de l'article 9) et que ce conflit ne peut être réglé par une procédure conforme au paragraphe 3 de l'article 25 et si, par suite de cette différence de placement ou d'attribution, les revenus en cause resteraient non imposés ou seraient imposés à un taux moindre qu'en l'absence de ce conflit ;

bb) si, après avoir dûment consulté l'autorité compétente du Turkménistan, la République fédérale d'Allemagne notifie au Turkménistan par la voie diplomatique d'autres éléments de revenu auxquels elle entend appliquer le mécanisme décrit à l'alinéa b). La double imposition concernant ces revenus est alors évitée en accordant un crédit d'impôt, conformément aux dispositions du sous-paragraphe b), à partir du premier jour de l'année civile suivant immédiatement celle au cours de laquelle la notification a été faite.

2. Dans le cas d'un résident ou d'une résidente du Turkménistan, l'impôt est déterminé comme suit :

Si un résident ou une résidente du Turkménistan tire des revenus ou possède des biens qui, conformément aux dispositions du présent Accord, sont imposables en République fédérale d'Allemagne, le Turkménistan autorise :

a) de déduire de l'impôt sur le revenu de cette personne un montant égal à l'impôt sur le revenu payé en République fédérale d'Allemagne ;

b) de déduire de l'impôt sur la fortune de cette personne, un montant égal à l'impôt sur la fortune payé en République fédérale d'Allemagne.

Toutefois, ces déductions ne peuvent jamais excéder la fraction de l'impôt sur le revenu ou de l'impôt sur la fortune, calculé avant déduction, correspondant selon le cas aux revenus ou à la fortune imposables en République fédérale d'Allemagne.

Lorsque, conformément à une disposition quelconque du présent Accord, les revenus perçus par une personne résidente du Turkménistan ou le capital qu'elle possède sont exonérés d'impôt au Turkménistan, le Turkménistan peut néanmoins tenir compte des revenus ou du capital exonérés, pour le calcul du montant de l'impôt sur le revenu ou sur le capital restant de cette personne.

Article 24. Non-discrimination

1. Les personnes ressortissantes d'un État contractant ne sont soumises dans l'autre État contractant à aucune imposition ou obligation correspondante, qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujettis les personnes ressortissantes de cet autre État qui se trouvent dans la même situation. Nonobstant les dispositions de l'article 1, la présente disposition s'applique aussi aux personnes qui ne sont pas résidentes d'un des États contractants.

2. Les personnes apatrides qui sont résidentes d'un État contractant ne sont assujetties ni dans l'un ni dans l'autre État contractant à un impôt ou une obligation connexe autres ou plus lourds que ceux auxquels sont ou peuvent être assujettis les personnes ressortissantes de l'État concerné qui se trouvent dans une situation analogue.

3. L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant n'est pas établie dans cet autre État d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre État qui exercent la même activité. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder aux personnes résidentes de l'autre État contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt qu'il n'accorde qu'à ses propres résidents.

4. À moins que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 9, du paragraphe 8 de l'article 11 ou du paragraphe 6 de l'article 12 ne soient applicables, les intérêts, redevances et autres montants payés par une entreprise d'un État contractant à un résident ou une résidente de l'autre État contractant sont déductibles, pour la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident ou une résidente du premier État. De même, les dettes d'une entreprise d'un État contractant envers une personne résidente de l'autre État contractant sont déductibles, aux fins du calcul de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident ou une résidente du premier État cité.

5. Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par une ou plusieurs personnes résidentes de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que les impôts et obligations connexes auxquels sont ou pourront être assujetties les autres entreprises similaires du premier État.

6. Les dispositions de cet article s'appliquent, nonobstant les dispositions de l'article 2, aux impôts de toute nature ou dénomination.

Article 25. Procédure amiable

1. Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par un État contractant ou par les deux États contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions du présent Accord, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces États, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'État contractant dont elle est résidente ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 24, à celle de l'État contractant dont elle est ressortissante. Le cas doit être présenté dans un délai de trois ans à compter de la première notification de l'action ayant entraîné une imposition non conforme aux dispositions de l'Accord.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la requête lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de résoudre le cas par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre État contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à l'Accord. Tout accord conclu sera mis en œuvre indépendamment des délais prévus par le droit interne des États contractants.

3. Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent de résoudre d'un commun accord les difficultés ou les doutes qui peuvent surgir quant à l'interprétation ou à l'application de l'Accord. Elles peuvent également se concerter en vue d'éliminer la double imposition dans les cas non prévus par le présent Accord.

4. Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord au sens des paragraphes précédents, y compris au sein d'une commission mixte composée de ces autorités ou de leurs représentants ou représentantes.

Article 26. Échange de renseignements

1. Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements utiles pour appliquer les dispositions du présent Accord ou pour administrer ou appliquer le droit interne relatif aux impôts de toute nature ou dénomination perçus pour le compte d'un État contractant, d'un Land ou d'une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales, dans la mesure où l'imposition qu'il prévoit n'est pas contraire à l'Accord. L'échange d'informations n'est pas limité par les articles 1 et 2.

2. Les renseignements reçus en vertu du paragraphe 1 par un État contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet État et ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts mentionnés dans au paragraphe 1, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts, ou par le contrôle de ce qui précède. Ces personnes ou autorités n'utilisent les renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent divulguer les renseignements dans les procédures judiciaires publiques ou dans les décisions judiciaires.

3. En aucun cas les dispositions des paragraphes précédents ne pourront être interprétées comme imposant à un État :

- a) de prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation ou à sa pratique administrative ou à celle de l'autre État contractant, pour fournir des renseignements ;
- b) de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre État contractant ;
- c) de fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial, ou des renseignements dont la divulgation serait contraire à l'ordre public.

4. Si des renseignements sont demandés par un État contractant conformément au présent article, l'autre État contractant utilisera les moyens à sa disposition pour obtenir les renseignements demandés, quand bien même il n'aurait pas besoin de ces renseignements à ses propres fins fiscales. L'obligation contenue dans la phrase précédente est restreinte par les limites du paragraphe 3, mais ces dernières ne peuvent en aucun cas être interprétées comme autorisant un État contractant à refuser de communiquer des renseignements au seul motif que ces renseignements n'ont aucun intérêt pour lui sur le plan fiscal.

5. Les dispositions du paragraphe 3 ne peuvent, en aucun cas, être interprétées comme permettant à un État contractant de refuser de communiquer des renseignements au seul motif que ceux-ci sont détenus par une banque, un autre établissement financier, un mandataire ou une personne agissant en qualité d'agent, d'agent ou à titre fiduciaire, ou que ces renseignements se rattachent aux droits de propriété d'une personne.

Article 27. Assistance en matière de recouvrement des impôts

1. Les États contractants se prêtent mutuellement assistance aux fins du recouvrement de leurs créances fiscales. Cette assistance n'est pas limitée par les articles 1 et 2. Les autorités compétentes des États contractants règlent d'un commun accord les modalités d'application du présent article.

2. L'expression « créance fiscale », telle qu'elle est utilisée dans le présent article, désigne une somme due au titre d'impôts de toute nature ou dénomination perçus pour le compte d'un État contractant, d'un Land, de leurs subdivisions politiques ou de leurs collectivités locales, dans la mesure où l'imposition correspondante n'est pas contraire au présent Accord ou à tout autre instrument auquel les États contractants sont parties, ainsi que les intérêts, amendes administratives et coûts de recouvrement ou de conservation afférents à ces impôts.

3. Lorsqu'une créance fiscale d'un État contractant est exécutoire en vertu de la législation de cet État et due par une personne qui, à cette date-là, ne peut pas, en vertu de ladite législation, empêcher son recouvrement, ladite créance fiscale doit, à la requête de l'autorité compétente dudit État, être acceptée à des fins de recouvrement par l'autorité compétente de l'autre État contractant.

Cette créance fiscale est recouvrée par cet autre État conformément aux dispositions de sa législation applicable en matière de recouvrement de ses propres impôts comme s'il s'agissait de sa propre créance fiscale.

4. Lorsqu'une créance fiscale d'un État contractant est une créance à l'égard de laquelle cet État peut, en vertu de sa législation, prendre des mesures conservatoires pour assurer son recouvrement, telle créance doit, à la demande des autorités compétentes de cet État, être acceptée aux fins d'adoption de mesures conservatoires par les autorités compétentes de l'autre État contractant. L'autre État devra alors prendre des mesures conservatoires à l'égard de cette créance fiscale conformément aux dispositions de sa législation comme s'il s'agissait de sa propre créance fiscale même si, au moment de l'application desdites mesures, la créance fiscale n'est pas recouvrable dans le premier État ou est due par une personne qui a le droit d'en empêcher le recouvrement.

5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 3 et 4, les délais de prescription et la priorité applicables, en vertu de la législation d'un État contractant, à une créance fiscale en raison de sa nature en tant que telle ne s'appliquent pas à une créance fiscale acceptée par cet État aux fins du paragraphe 3 ou 4. En outre, une créance fiscale acceptée par un État contractant aux fins du paragraphe 3 ou 4 ne peut se voir appliquer aucune priorité dans cet État en vertu de la législation de l'autre État contractant.

6. Les procédures concernant l'existence, la validité ou le montant d'une créance fiscale d'un État contractant ne sont pas soumises aux tribunaux ou organes administratifs de l'autre État contractant.

7. Lorsqu'à tout moment après qu'une demande a été formulée par un État contractant en vertu du paragraphe 3 ou 4 et avant que l'autre État ait recouvré et transmis le montant de la créance fiscale en question au premier État, cette créance fiscale cesse d'être :

a) Dans le cas d'une demande présentée en vertu du paragraphe 3, une créance fiscale du premier État qui est recouvrable en vertu des lois de cet État et est due par une personne qui, à ce moment, ne peut, en vertu des lois de cet État, empêcher son recouvrement ;

b) dans le cas d'une demande présentée en vertu du paragraphe 4, une créance fiscale du premier État à l'égard de laquelle cet État peut, en vertu de sa législation, prendre des mesures conservatoires pour assurer son recouvrement.

Les autorités compétentes du premier État notifient sans délai ce fait aux autorités compétentes de l'autre État et le premier État, au gré de l'autre État, suspend ou retire sa demande.

8. En aucun cas les dispositions du présent article ne pourront être interprétées comme imposant à un État :

a) de prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre État contractant ;

b) de prendre des mesures qui seraient contraires à l'ordre public ;

c) de prêter assistance si l'autre État contractant n'a pas pris toutes les mesures raisonnables de recouvrement ou de conservation, selon le cas, prévues par sa législation ou ses pratiques administratives ;

d) de prêter assistance dès lors que la charge administrative pour cet État est clairement disproportionnée par rapport à l'avantage que doit en tirer l'autre État contractant.

Article 28. Règles de procédure pour l'imposition à la source

1. Si les impôts sont perçus dans un État contractant par retenue sur les dividendes, les intérêts, les redevances ou d'autres éléments de revenu provenant d'une personne qui est un résident de l'autre État contractant, le présent Accord ne modifie en rien le droit de prélèvement fiscal du premier État, au taux prévu par sa législation nationale, sauf disposition contraire du présent Accord. L'impôt retenu à la source est remboursé sur demande du contribuable si et dans la mesure où il est allégé ou annulé par l'Accord.

2. Chaque État contractant établit des procédures pour que le paiement des éléments de revenu qui, en vertu du présent Accord, ne sont pas soumis à l'impôt ou ne sont soumis qu'à un impôt réduit dans l'État de la source, puisse se faire sans déduction d'impôt ou avec la seule déduction prévue à l'article pertinent.

3. Le délai de demande de remboursement est de quatre ans à compter de la fin de l'année civile au cours de laquelle la retenue à la source a été appliquée aux dividendes, intérêts, redevances ou autres éléments de revenu.

4. L'État contractant d'où proviennent les éléments de revenu peut demander à l'autorité compétente de certifier la résidence dans l'autre État contractant.

5. Les autorités compétentes peuvent, d'un commun accord, établir les règles d'application du présent article et, si nécessaire, établir d'autres procédures pour la mise en œuvre des réductions et exonérations fiscales prévues par l'Accord.

Article 29. Application du présent Accord dans certains cas

1. Le présent Accord ne peut être interprété comme empêchant les États contractants d'appliquer les dispositions de leur législation nationale relative à la prévention de l'évasion fiscale et de l'évitement fiscal.

2. Si les dispositions du droit interne au sens du paragraphe 1 entraînent une double imposition, les autorités compétentes se consultent conformément au paragraphe 3 de l'article 25 sur les moyens d'éviter cette double imposition.

Article 30. Membres des missions diplomatiques et des postes consulaires

Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou des représentations consulaires en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords spéciaux.

Article 31. Protocole

Le Protocole ci-joint fait partie intégrante du présent Accord.

Article 32. Entrée en vigueur

1. La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible.

2. Le présent Accord entrera en vigueur à la date de l'échange des instruments de ratification et prendra effet dans les deux États contractants :

a) Dans le cas des impôts retenus à la source, en ce qui concerne les revenus perçus le 1^{er} janvier ou après le 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle de l'entrée en vigueur du présent Accord ;

b) Dans le cas des autres impôts, en ce qui concerne les impôts perçus pour des périodes postérieures au 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle de l'entrée en vigueur de l'Accord ;

3. L'Accord entre l'Union des Républiques socialistes soviétiques et la République Fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et la fortune du 24 novembre 1981 expire et cesse d'être appliqué dans les relations entre la République fédérale d'Allemagne et le Turkménistan dès l'entrée en vigueur du présent Accord :

a) Dans le cas des impôts retenus à la source, en ce qui concerne les revenus perçus le 1^{er} janvier ou après le 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle de l'entrée en vigueur du nouvel Accord ;

b) Dans le cas des autres impôts, en ce qui concerne les impôts perçus pour des périodes postérieures au 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle de l'entrée en vigueur du nouvel Accord.

Article 33. Résiliation

La durée de validité du présent Accord est illimitée. Toutefois, chaque Partie contractante peut dénoncer l'accord par la voie diplomatique en donnant un préavis écrit de dénonciation au plus tard le 30 juin de chaque année civile après que cinq années se soient écoulées depuis son entrée en vigueur ; en pareil cas, l'Accord cessera de s'appliquer :

a) Dans le cas des impôts retenus à la source, en ce qui concerne les revenus perçus le 1^{er} janvier ou après le 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle de la résiliation de l'Accord ;

b) Dans le cas des autres impôts, en ce qui concerne les impôts perçus pour des périodes postérieures au 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle de la résiliation de l'Accord ;

La date de prise d'effet de la résiliation est la date à laquelle la notification de la résiliation est reçue par l'autre État contractant.

FAIT à Berlin le 29 août 2016, en deux exemplaires rédigés en langues allemande, russe et turkmène, chacun de ces textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation entre le texte allemand et turkmène, la version russe prévaut.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

[SIGNÉ]

Pour le Turkménistan :

[SIGNÉ]

PROTOCOLE À L'ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE TURKMÉNISTAN TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE DU 29 AOÛT 2016

À l'occasion de la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Turkménistan tendant à éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus des dispositions suivantes qui font partie intégrante de l'Accord :

1. En ce qui concerne l'alinéa b) du paragraphe 3 de l'article 2

L'impôt sur le revenu des personnes physiques comprend le droit de patente imposé comme un montant fixe ou calculé à partir des revenus aux personnes physiques qui exercent des activités commerciales au Turkménistan.

2. En ce qui concerne l'article 7

a) Lorsqu'une entreprise d'un État contractant vend des produits ou des marchandises par l'intermédiaire d'un établissement stable dans l'autre État contractant ou y exerce une activité économique, les bénéfices dudit établissement stable ne sont pas déterminés en tenant compte du produit total de l'entreprise mais simplement du montant attribuable aux ventes ou aux activités économiques réelles de l'établissement stable.

b) Si une entreprise a un établissement stable dans l'autre État contractant, en cas de contrats portant notamment sur la conception, la fourniture, l'installation ou la construction d'équipements industriels, commerciaux ou scientifiques, ou de marchés publics, les bénéfices de cet établissement stable sont déterminés non pas en tenant compte du prix total du contrat, mais de la partie du contrat effectivement exécutée par l'établissement stable dans l'État contractant où il est situé. Les bénéfices provenant de la livraison de biens à l'établissement stable, ou les bénéfices liés à la partie du contrat exécutée dans l'État contractant où est situé le siège de la société mère de l'entreprise, ne sont imposables que dans cet État.

c) Les honoraires pour des services techniques, y compris les études ou les dessins de caractère scientifique, géologique ou technique, ou pour des contrats de construction, y compris les plans qui les accompagnent, ou pour des activités de conseil ou de surveillance, sont considérés comme des paiements auxquels s'appliquent l'article 7 ou l'article 14 de l'Accord.

d) Aucune déduction n'est admise pour les montants (à l'exception des remboursements de frais réels) payés par l'établissement stable à la société mère ou à une autre succursale de cette entreprise, ou qui sont facturés à l'établissement stable de la société mère ou à un autre bureau de cette entreprise, sous la forme de :

aa) Redevances, honoraires ou autres paiements pour l'utilisation de brevets ou d'autres droits ;

bb) Paiements pour des services spéciaux ou des services de gestion ;

cc) Les intérêts d'un prêt à un établissement stable, dans la mesure où il ne s'agit pas d'une banque.

3. En ce qui concerne les articles 10 et 11

Nonobstant les articles 10 et 11, les revenus provenant de droits ou de créances avec participation aux bénéfices (en République fédérale d'Allemagne, y compris les revenus d'un

associé ou d'une associée tacite provenant de sa participation à ce titre, ou les revenus de prêts avec participation aux bénéfiques ou d'obligations avec participation aux bénéfiques) peuvent être imposés conformément à la législation de l'État d'où ils proviennent, si dans cet État ils peuvent être déduits lors de la détermination du bénéfice du débiteur ou de la débitrice.

4. En ce qui concerne l'article 19

Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, l'article 19 s'applique également aux traitements et salaires versés par une personne morale de droit public, à condition qu'elle apporte la preuve appropriée de son statut.

5. En ce qui concerne l'article 26

Si, en vertu du présent Accord, des données à caractère personnel sont transmises conformément aux lois nationales, les dispositions suivantes s'appliquent en outre, sous réserve des lois applicables dans chaque État contractant.

a) L'utilisation des données par l'autorité réceptrice n'est autorisée qu'aux fins indiquées et dans les conditions fixées par l'autorité émettrice.

b) Sur demande, l'autorité réceptrice informe l'autorité émettrice de l'utilisation faite des données transmises et des résultats obtenus à partir de celles-ci.

c) Les données à caractère personnel ne peuvent être transmises qu'aux autorités compétentes ; Ces données ne peuvent être transmises à d'autres autorités qu'avec l'accord préalable de l'autorité qui les transmet.

d) L'autorité émettrice a l'obligation de veiller à l'exactitude des données qu'elle s'apprête à transmettre ainsi qu'à la nécessité de la transmission et à son caractère proportionnel au regard des finalités de la transmission. Ce faisant, les interdictions de transmission applicables en vertu du droit interne pertinent doivent être respectées. S'il s'avère que des données inexacts ou qui ne devraient pas être transmises ont été transmises, l'autorité destinataire doit en être informée immédiatement. Celle-ci est alors tenue de corriger ou de détruire les données ;

e) Si la personne concernée le demande, elle reçoit des informations sur les données à caractère personnel la concernant et sur les fins auxquelles elles sont destinées. Il n'y a pas d'obligation de fournir des informations s'il est estimé que l'intérêt public à ne pas fournir l'information l'emporte sur celui de la personne concernée à être informée. Par ailleurs, le droit de la personne concernée d'obtenir de l'information sur les données à son sujet est régi par le droit interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'information est demandée.

f) L'autorité destinataire est responsable, conformément à son droit interne, de tout préjudice illicite causé à une personne par la transmission de données échangées dans le cadre du présent Accord. Elle ne peut prétendre, pour sa défense à l'égard de la personne lésée, que le préjudice a été causé par l'autorité de transmission.

g) Si le droit interne applicable à l'autorité expéditrice prévoit des règles particulières concernant l'effacement des données à caractère personnel transmises, l'autorité expéditrice le porte à l'attention de l'autorité destinataire. Indépendamment de cette loi, les données à caractère personnel transmises sont détruites dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles elles ont été fournies.

h) Les autorités émettrice et réceptrice sont tenues de conserver une trace de la transmission et de la réception des données à caractère personnel.

i) Les autorités qui transmettent les données et celles à qui elles sont destinées sont tenues de protéger de manière efficace les données à caractère personnel contre toute consultation, modification et publication ou communication non autorisées.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

[SIGNÉ]

Pour le Turkménistan :

[SIGNÉ]